

Preussische Allgemeine



Nr. 16 · 21. April 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Abkehr von Wilhelm?

Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster sagt sich von ihrem Namensgeber los. Anmerkungen zu einem neuen Beispiel gedankenloser Geschichtsvergessenheit
Seiten 3 und 8



AUFGEFALLEN

Auf das Atom-Aus folgte der Atom-Import

Seit Mitternacht des vergangenen Sonnabends ist die Kernenergie in Deutschland Geschichte. Zumindest auf der Erzeugerseite. Denn noch immer fließt Atomstrom durch deutsche Netze. Das zumindest berichtete einen Tag nach Abschaltung der letzten drei deutschen Reaktoren „Bild online“.

Zum Beleg führten die Kollegen an, dass mit den stillgelegten AKW auch eine Stromleistung von insgesamt vier Gigawatt vom Netz ging. Dann verglich die „Bild“ den Sonntagmorgen der Abschaltung (16. April) mit dem Sonntag vier Wochen zuvor (19. März), da dieser ähnliche Wetterbedingungen und einen ähnlichen Gesamtstromverbrauch hatte. An beiden Sonntagmorgen, so „Bild“, lag die erzeugte Windenergie bei acht bis neuen Gigawatt, während die Solarerzeugung jeweils nahe null lag. Doch auffälligerweise mussten am 19. März lediglich rund 1,3 Gigawatt Strom importiert werden, um die Strombedarfslücke zu schließen, während es am vergangenen Sonntag ganze sechs Gigawatt waren. Die Differenz von 4,7 Gigawatt liegt etwa bei der Menge, die unserem Land seit der Abschaltung der AKW nicht mehr zur Verfügung steht.

Natürlich musste Deutschland keinen Mangel befürchten. Denn über das europäische Verbundsystem sprangen unsere Partner ein und lieferten zuverlässig den Strom, den wir brauchten. Erzeugt wurde dieser Strom zum großen Teil in französischen Atomkraftwerken sowie in polnischen Kohlekraftwerken. Noch Fragen? *neh*

DEBATTE

Zu späte Lehren aus dem Ende der Kernenergie

Die Kommentare von Union und FDP zum Aus der Atomkraft zeigen, wie sehr die bürgerlichen Parteien wieder eine eigenständige Programmatik brauchen

VON RENÉ NEHRING

Als „schwarzer Tag für Deutschland“ bezeichnete CDU-Chef Friedrich Merz das Abschalten der letzten Atomreaktoren am vergangenen Wochenende. Die im Bund mitregierende FDP hatte bis zuletzt Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme gesät. Und CSU-Chef Markus Söder kündigte an zu überprüfen, ob man mittels Landesrecht das bayerische AKW Isar II in Eigenregie des Freistaats weiterbetreiben könne.

Warum erst jetzt, mag sich da manch Bürger fragen? Warum erst jetzt, wo alles zu spät ist, rührt sich bei Union und Liberalen der Widerstand gegen eine historische Zäsur, die einst von Rot-Grün beschlossen, dann von Schwarz-Gelb wieder rückgängig gemacht und schließlich nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima von der schwarz-gelben Bundesregierung sogar forciert worden war?

Die Antwort hat zwei wesentliche Bestandteile. Der erste ist die – vorsichtig formuliert – inhaltlich-programmatische Flexibilität, die sich in den bürgerlichen Parteien seit Langem breitgemacht hat. Wo man früher den ordnungspolitischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft und den Prinzipien der katholischen Soziallehre verpflichtet war, ist schon seit Langem keine Bereitschaft mehr zu erkennen, sich überhaupt zu etwas zu bekennen oder gar dafür in die Schlacht zu ziehen.

So konnte es kommen, dass in der Ära Merkel – das ist der zweite, vor allem für die Union geltende Aspekt – nicht nur die eigene Programmatik verdrängt wurde, sondern sogar noch die Forderungen der politischen Wettbewerber zu eigenen erklärt wurden. „Asymmetrische Mobilisierung“ wurde dieses Konzept genannt.

Inhaltsleer und zeitgeistabhängig

Zwar gelang es der CDU damit eine Zeit lang, unzählige Wahlen zu gewinnen, sodass manche Strategen im Konrad-Adenauer-Haus schon glaubten, dass gegen die eigene Partei keine Mehrheit mehr gebildet werden könnte. Doch führte dieser Ansatz eben auch dazu, dass die bürgerlichen Parteien, die FDP allein war zu schwach, in der Ära Merkel nach und nach auf eine eigene Programmatik verzichteten und sich zunehmend dem Zeitgeist anpassten. Da dieser Zeitgeist „grün“ war, ergrüneten eben auch die bürgerlichen Parteien und trugen immer häufiger eine Politik mit, die oft das Gegenteil von dem bedeutete, wofür Union und FDP jahrzehntelang erfolgreich gestanden hatten.

Apropos Angela Merkel. Die Ex-Kanzlerin erhielt am Montag die höchste Ehrung unseres Landes, das „Großkreuz in besonderer Ausführung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“. Wofür genau, wusste von den Kommentatoren niemand, war diese Ehrung doch zuvor nur zwei Kanzlern zuteil geworden:

dem ersten Bundeskanzler und Staatsgründer Konrad Adenauer und dem Kanzler der Einheit von 1989/90, Helmut Kohl.

Dass nun auch Merkel diese Ehrung zuteil wurde, obwohl sie für kein historisches Projekt wie etwa den NATO-Doppelbeschluss (Helmut Schmidt) oder die „Agenda 2010“ (Gerhard Schröder) steht, sondern sogar einen Haufen ungelöster Probleme hinterließ, hat schon im Vorfeld für Kopfschütteln und Spekulationen über die Motive des die Ehrung vornehmenden Bundespräsidenten gesorgt. Einige Kommentatoren meinten gar, Merkel habe den Orden vom Sozialdemokraten Steinmeier dafür bekommen, dass sie nicht nur Deutschland, sondern auch ihre Partei als Sanierungsfall hinterlassen habe. Insofern kann man es als einen ersten Schritt der Emanzipation von der langjährigen Vorsitzenden ansehen, dass niemand aus der CDU-Spitze bei der Ehrung zugegen war.

Doch werden symbolische Gesten wie diese allein nicht reichen. Gefordert ist vielmehr eine eigenständige Programmatik, die sich an den Erfolgsrezepten dieser Republik orientiert – sowie nicht zuletzt auch die Bereitschaft, für diese Programmatik in die Schlacht zu ziehen. Ansonsten werden die bürgerlichen Parteien in Zukunft noch öfter feststellen, dass sie wie beim Thema Atomkraft von einer Minderheitenpartei wie den Grünen vor sich hergetrieben werden – und am Ende Gesetz wird, was eigentlich niemand wollte.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Berlins Polizei registriert eine bedrohliche Zunahme von Messerattacken
Seite 5

Kultur

Das Deutsche Hafenumuseum in Hamburg nimmt Fahrt auf
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Auf der Suche nach Öl finden Probebohrungen bei Münden statt
Seite 13

Lebensstil

Das Berliner „DDR-Museum“ ist mit neuem Konzept wiedereröffnet
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Corona-Maßnahmen Noch immer harrt die Sinnhaftigkeit der zahllosen Pandemie-Maßnahmen einer gründlichen Untersuchung. Doch je mehr herauskommt, desto kritischer wird das Bild

Aufarbeitung bleibt wohl unerwünscht

Parteien blockieren Untersuchungsausschuss – Forscher mit vernichtendem Urteil über Drogen-Test

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wird es endlich zu einer gründlichen und gewissenhaften Auswertung der Corona-Maßnahmen kommen, wie es Millionen Deutsche wünschen? Es sieht nicht gut aus: Am 27. September 2022 schon beantragte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die „Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode (Bekämpfung des Corona-Virus)“. Die Diskussion und Abstimmung hierüber sollte am 30. März dieses Jahres stattfinden, wurde dann allerdings von der Tagesordnung genommen. Das resultierte aus der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 26. Januar, welcher aufgrund der „Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE“ zu einer Ablehnung riet.

Insofern ist auch bei der auf den 19. April verschobenen Entscheidung über den Antrag keine Überraschung zu erwarten. Dabei wäre der Bundestag tatsächlich gut beraten, sich – wie von der AfD gefordert – ein „Gesamtbild der Handlungen und Unterlassungen der Bundesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden vor und während der SARS-CoV-2-Pandemie“ zu verschaffen. Denn es dringen fast täglich neue Erkenntnisse an die Öffentlichkeit, welche auf schwere Versäumnisse oder Fehlentscheidungen hindeuten, die unbedingt der Aufarbeitung bedürfen, um Wiederholungen zu vermeiden.

PCR-Test blies Zahlen massiv auf

So zeigt sich nun, dass eine der offiziell nie hinterfragten Hauptsäulen der „Pandemiebewältigung“, nämlich der von dem Charité-Chefvirologen Christian Drosten und dessen Forschungsgruppe entwickelte weltweit erste Labor-Test zum Nachweis des Vorhandenseins des Krankheitserregers SARS-CoV-2, offenbar vollkommen untauglich war und ist. Das geht aus einem von anderen Fachwissenschaftlern geprüften Artikel im „International Journal of Vaccine Theory, Practice and Research“ hervor, der am 4. April erschien und von sechs deutschen, tschechischen, belgischen und niederländischen Exper-

ten um Ulrike Kämmerer vom Universitätsklinikum Würzburg verfasst wurde. Die Publikation trägt den für Laien recht sperrigen Titel „Ein RT-PCR-Test, welcher auf die konservierte 5'-UTR von SARS-CoV-2 abzielt, überwindet die Mängel des ersten von der WHO empfohlenen RT-PCR-Tests“.

Die Autoren stellen zum einen ihren selbst entwickelten Corona-Test vor. Daraufhin kritisieren sie zum anderen den Drogen-Test, der immer wieder euphorisch als „Goldstandard“ in der Diagnostik gefeiert wurde: Dessen tatsächlicher Wert sei praktisch Null, denn er besitze eine viel zu hohe Empfindlichkeit und weise deshalb auch „nicht infektiöse virale RNA ... ohne infektiöse Viren“ nach. Infolgedessen habe er Unmengen falsch-positiver Ergebnisse produziert, deren Anzahl die der richtig-positiven bei Weitem übertrafen habe. So seien streckenweise elf Prozent der PCR-Tests falsch-positiv gewesen – bei einer an tatsächlichen gesundheitlichen Beschwerden ab-

lesbaren COVID-19-Erkrankungsrate von lediglich zwei Prozent – ein vernichtendes Resümee.

Daraus ziehen Kämmerer und deren Kollegen folgenden Schluss: „Zum ersten Mal in der Medizingeschichte wurde ein Labortest ... als alleiniges Kriterium zur Diagnose einer Krankheit ... und zur Definition der Infektiosität eines Virus ... ohne Bewertung klinischer Symptome und ohne Nachweis eines replikationsfähigen Virus verwendet, um die Durchführung bevölkerungsweiter ... Interventionen zu rechtfertigen.“ Dadurch sei es zur „unnötigen Quarantäne gesunder Personen sowie Lockdowns und grausamen Kollateralschäden für Gesellschaften und Volkswirtschaften weltweit durch eine hohe Zahl falsch-positiver ‚PCR-Fälle‘“ gekommen.

Des Weiteren bemängelt die Studie, dass das Vorgehen der Charité-Virologen gegen international anerkannte Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen habe. So wäre es beispielsweise

zwingend nötig gewesen, beim Einreichen von Fachartikeln über den Drogen-Test auf die Interessenkonflikte hinzuweisen, welche sich aus dessen sofortiger kommerzieller Verwertung ergaben.

Und das ist noch nicht die ganze peinliche Wahrheit. Die maßgeblich für die Veröffentlichung von Beiträgen über den Drogen-Test zuständige Zeitschrift „Eurosurveillance“, welche vom Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten der EU in Stockholm herausgegeben wird, wies im November 2020 einen mit zehn formalen und fachlichen Argumenten begründeten Antrag auf Rücknahme der Publikationen über den PCR-Test zurück. Gleichermaßen blieben sämtliche nachfolgenden Vorstöße in diese Richtung erfolglos, obwohl inzwischen zahlreiche kritische Fachartikel vorlagen. Vielmehr lehnte es die Eurosurveillance-Redaktion sogar ab, offenzulegen, wie der Begutachtungsprozess der Beiträge über den „Wert“ des Drogen-Tests abgelaufen ist.



Von wegen „Goldstandard“ – Christian Drostens PCR-Test produzierte jede Menge falsch-positive Ergebnisse, weil er zu empfindlich war: Charité-Virologe Drosten (r.) im Januar 2022 mit dem damaligen RKI-Chef Lothar Wieler Foto: imago/Frank Ossenbrink

„SCHUTZ“

Schäden durch FFP-2-Masken untersucht

Die Verwendung von FFP-2-Masken zur Verhinderung einer Übertragung des Krankheitserregers SARS-CoV-2 war während der vergangenen drei Jahre in vielen Teilen der Welt vorgeschrieben, so auch in Deutschland. Dabei wurde ignoriert, dass es keine überzeugenden Belege für die Wirksamkeit dieser „Mund-Nase-Bedeckungen“ gibt. Ebenfalls kaum auf Interesse stießen die vielen ernstzunehmenden Hinweise auf negative gesundheitliche Folgen des Tragens dieser Masken.

Letztere haben jetzt die zehn Verfasser eines Artikels aufgelistet, welcher am 5. April in der Fachzeitschrift „Frontiers in Public Health“ erschien und auf der Auswertung von 2168 anderen Studien über bedeutsame Probleme bei der längeren, regelmäßigen Nutzung von FFP-2-Masken beruht.

Die Meta-Analyse der Mediziner um den Düsseldorfer Chirurgen Kai Kisielinski ergab, dass bis zu 70 Prozent der Träger über Kopfschmerzen, Kurzatmigkeit, Juckreiz, Akne, Schwindelgefühle und ähnliche Beschwerden klagten. Das erklären die Autoren unter anderem mit der Behinderung der Sauerstoffaufnahme und Kohlendioxidabgabe, welche sowohl bei Gesunden als auch bei Kranken zu einem durch Masken erzeugten Erschöpfungssyndrom führt.

In Anbetracht dessen erscheinen die exzessiven Bestellungen von FFP-2-Masken seitens der Bundesregierung zumindest unüberlegt und sollten im Nachhinein auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden, zumal dafür sehr viel Geld ausgegeben wurde. So berichtet das Wirtschaftsmagazin „Capital“, dass in China noch 230 Millionen für Deutschland bestimmte Schutzmasken lagern, welche „mangelhaft“ seien und deshalb gleich vor Ort vernichtet werden sollen. Hierdurch ist vermutlich ein Schaden von mehreren hundert Millionen Euro entstanden. Die Gesamtkosten für die Anschaffung der umstrittenen FFP-2-Masken beliefen sich allein im Jahre 2020 auf 6,5 Milliarden Euro beliefen. W.K.

FINANZEN

Corona kostete allein 2021 mehr als 30 Milliarden Euro

Das Statistische Bundesamt hat den Anstieg der Gesundheitskosten durch die Pandemie-Bewältigung ermittelt

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat offizielle Zahlen veröffentlicht über den Anstieg der Gesundheitsausgaben in Deutschland. Dabei wird auch der Anteil beziffert, welchen die Corona-Pandemie hieran hatte, wobei sich die Daten in der Regel auf das Jahr 2021 beziehen. In diesem lagen die Gesundheitsausgaben bei insgesamt 474 Milliarden Euro, was rund 5700 Euro je Einwohner und einer Steigerung gegenüber 2020 von 7,5 Prozent entspricht. Das war der stärkste Zuwachs seit Beginn der Berechnungen.

Knapp 41 Milliarden entfielen auf die öffentlichen Haushalte, die ein sattes Plus von 31 Prozent kompensieren mussten.

Wobei der Anstieg 2020 sogar noch höher lag und 72 Prozent betrug. Hierdurch verdoppelte sich der Anteil der öffentlichen Haushalte an den Gesundheitsausgaben gegenüber 2019.

2020 „nur“ 18 Milliarden Euro

Die größten Ausgabenträger waren 2021 allerdings wieder die gesetzlichen Krankenkassen. Sie allein trugen mehr als die Hälfte der Kosten. Damit wuchsen deren Ausgaben im Vergleich zu 2020 um annähernd 14 Milliarden Euro.

Die Kosten für die Bewältigung der Corona-Pandemie im Jahre 2021 beziffert das Amt auf gut 30 Milliarden Euro. Das ist eine erhebliche Steigerung gegenüber

2020, als „nur“ 18 Milliarden fällig waren. Dabei bildeten die in den Corona-Verordnungen vorgeschriebenen Tests den größten Einzelposten: Für diese mussten zehn Milliarden aufgebracht werden, also beinahe ein Drittel der Gesamtaufwendungen. Nicht enthalten darin sind die Selbsttests, welche zulasten der Bürger gingen.

Auf Platz 2 in der Rangliste der Kostentreiber bei der Pandemiebekämpfung stehen die Ausgleichszahlungen für tatsächliche oder vermeintliche Einnahmeausfälle der Krankenhäuser zusammen mit den Corona-Prämien. Diese summieren sich auf insgesamt gut neun Milliarden, also fast ein Drittel der Corona-Gesamtausgaben.

Die jährlichen Ausgaben für Gesundheit sind insgesamt auf einen Betrag von 500 Milliarden Euro angewachsen

Dann wären da noch die Impfungen, welche 2021 für 23 Prozent der laufenden Kosten im Zusammenhang mit der Eindämmung von COVID-19 sorgten und finanzielle Mittel in Höhe von sieben Milliarden Euro verschlangen. Dieser Betrag umfasste die Ausgaben für die Einrichtung und den Betrieb der Impfzentren sowie die Beschaffung der Vakzine. Wie das Statistische Bundesamt schließlich schätzt, stiegen die jährlichen Gesundheitsausgaben von 2021 zu 2022 auf knapp 500 Milliarden Euro. Allerdings machte es noch keine Angaben über den Anteil der Corona-Kosten im Vorjahr. Die dürften aber ebenfalls erheblich gewesen sein. W.K.

Der Kaiser und die Wissenschaften

Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster möchte sich vom Namen ihres Stifters trennen, da sie diesen für historisch belastet hält. Dabei hatte die Wissenschaft im Laufe der Geschichte selten einen Förderer in der Politik wie Wilhelm II.

VON EBERHARD STRAUB

Preußen war nicht, wie dessen Verächter unbeeindruckt verkünden, ein Reich der Kasernen und Truppenübungsplätze, sondern vor allem ein Land der Schulen, Akademien, Hochschulen, Universitäten und Forschungsinstitute. Der Geist von Potsdam und der Geist von Weimar widersprachen sich nicht, sondern ergänzten einander. Preußen war, wie jeder moderne Staat, ein Militärstaat, vor allem aber ein Rechtsstaat. Es wollte diesen zum Kulturstaat erweitern. Nach der furchterlichen Niederlage 1806 und während der französischen Besetzung bis 1813 rief der preußische König Friedrich Wilhelm III. dazu auf, mit moralischen Gütern den Verlust der materiellen auszugleichen, also mit Wissenschaft und Kunst eine innere Freiheit zu behaupten, während die äußere, die politische, aufgehoben ist. Die drei Friedrich-Wilhelms-Universitäten in Berlin, Breslau und später in Bonn repräsentierten diesen Geist der Freiheit und Selbstbestimmung, der die übrige Welt staunen machte. Denn „die französische Universität hat keine Freiheit, die englische keine Wissenschaft, die deutsche Universität hat beides“.

Das unterschied sie, wie der britische Schöngestirnte und Bildungspolitiker Matthew Arnold 1867 lapidar seine Erfahrungen zusammenfasste, mit ihrem Schulbetrieb grundsätzlich von der preußischen und als bald deutschen Verbindung von freier Forschung und freier Lehre, ergänzt um die Lernfreiheit der Studenten. Diese drei Freiheiten waren unmittelbar mit der Bildungsidee eines selbstständigen, freien Menschen verbunden, der auch in der Verwaltung, in den weiten Gebieten staatlicher Wirksamkeit, jeder ihm gestellten Aufgabe mit Zartheit und Behutsamkeit gegenüber allem Lebendigen gewachsen sein konnte. Die Universitäten unterhielt zwar der Staat, aber er garantierte ihnen als Körperschaften eigenen Rechts ihre Unabhängigkeit. Der Talar veranschaulichte, wie bei Richtern und Priestern, den besonderen Rang der freien Universität im freien Staat, der seine Grenzen nicht überschreitet.

Der Anteil Wilhelms an einer geistreichen Epoche

Der Name des Königs, des obersten Freiherrn, bot die Gewähr, geschützt zu sein vor gesellschaftlichen und staatlichen Übergriffen. Das galt auch noch unter Wilhelm II., dem preußischen König, dessen Namen die Universität Münster, 1902 während seiner Regierungszeit eingerichtet, gerade aus ihrem offiziellen Titel entfernen will. Mit diesem Akt fügen sich „die Lehrenden“ von heute den Wünschen einer „Zivilgesellschaft“, die in entschiedener Distanz zu Preußen und dessen Königen eine Voraussetzung zur notwendigen Wehrertüchtigung der Geister erkennen möchte, damit gerade an der Bildungsfront der Ungeist unschädlich gemacht werden kann.

Die Epoche des sogenannten „Wilhelmismus“ war allerdings ungemein geistreich und deswegen lebendig, voller glänzender Überraschungen. Daran hatte Wilhelm II. seinen Anteil. Er vertraute rückhaltlos den großen Kultur- und Wissenschaftsorganisationen: Adolf von Harnack, dem Theologen, Historiker und Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, Wilhelm von Bode, dem Kunsthistoriker und Museumsdirektor, sowie den Beamten im preußischen Kultusministerium Friedrich Schmidt-Ott und Friedrich Althoff, den manche Amerikaner um 1900 für einen der genialsten Männer ihrer Zeit hielten.

Wilhelm II. nannte Friedrich Althoff seinen „Napoleon in der Wissenschaftspolitik“. Anfänglich Professor für Zivilrecht, wollte dieser Ministerialdirektor (von 1882 bis 1908) nie Minister werden, weil er fürchtete,



Verkannter Monarch: Wilhelm II. war einer der größten Förderer der Wissenschaften. Er stiftete u.a. Universitäten und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die heute nach Max Planck benannt ist. Im Bild der Kaiser und König bei der Hundert-Jahr-Feier der Berliner Universität im Jahre 1910
Foto: akg images

dann zu sehr von der Politik beansprucht zu werden. Gerade diese Klugheit, erlaubte es ihm, wie Napoleon in alle Gebiete einzugreifen, sie zu ordnen oder mit anderen geistigen Provinzen zu vereinen. Er wurde zum Autokraten, da durch Erfahrung darüber belehrt, dass ein Einzelner mehr zu erreichen vermag als ein Gremium oder Ausschuss. Seine ausschweifenden Sachkenntnisse machten unweigerlich Eindruck, und, wenn auch widerstrebend, erkannten viele die Vorzüge der berechtigten Autorität im Vergleich zur liberalen Diskussion, bei der man sich verplaudern kann und häufig nur Verwirrung stiftet und damit der Willkür den Weg ebnet. Dennoch sprachen solche Professoren, die mit ihm in Schwierigkeiten geraten waren, von seiner Tyrannei, obschon sie in ihrem Institut daran gewohnt waren, so zu entscheiden, wie sie es für richtig hielten.

„Napoleon der Wissenschaftspolitik“

Friedrich Althoff interessierte nur die Wissenschaft. Die Wissenschaftler mit ihrer Eitelkeit, ihrem Ehrgeiz, Einfluss zu nehmen und zu erweitern, dauernd mit Intrigen beschäftigt, um Konkurrenten möglichst zu schädigen, enttäuschten ihn zunehmend und stimmten ihn zuweilen sehr gereizt, weil er in ihnen das ärgerlichste Hindernis für neue Ideen und ungewohnte Methoden sah. Er konnte souverän im weiten Reich der Wissenschaft herrschen aufgrund seiner umfassenden Kenntnisse über neue Entwicklungen und Ermüdungserscheinungen bei überhandnehmender Routine, vor allem aber, weil sein Souverän, der König und Kaiser, mit einem Machtwort jede weitere Diskussion beendete und es damit Althoff ermöglichte, das durchzusetzen, was ihm dringend geboten erschien.

Den König und den Beamten verband dabei der Wille, den deutschen Universitäten und der deutschen Wissenschaft ihre Überlegenheit zu erhalten, also ihre Weltgeltung im Zeitalter der Weltpolitik, des Welthandels,

der Weltmächte und auch der Weltliteratur und Weltwissenschaft.

Wer in der Wissenschaft den Anschluss verlor, büßte seine Wettbewerbsfähigkeit ein. Das bedeutete, die überlieferte Idee der Universität, ohne sie aufzugeben, den neuen Herausforderungen anzupassen, also auch die Wissenschaft wie einen Großbetrieb zu organisieren, ohne dabei die Einheit der Wissenschaft zu vernachlässigen, auf die der Name Universität hinweist. Berlin sollte die Modelluniversität schlechthin in allen Fächern bleiben, in Göttingen aber vorzugsweise die Naturwissenschaften, in Bonn Romanistik, Altertumswissenschaft und Kunstgeschichte institutionell gefördert werden.

Von Berlin aus sollten die Vorhaben der einzelnen Bundestaaten koordiniert werden im Sinne einer gesamtdeutschen Bildungspolitik, die stets darauf achtete, von anderen Nationen als Vorbild wahrgenommen zu werden, statt in Abhängigkeiten zu geraten. Das Reich trat zunehmend weltweit mit Instituten und Forschungseinrichtungen in Erscheinung, obschon Kultur und Wissenschaft ihm eigentlich entzogen waren. Die Übereinstimmung von Reich und Bundesstaaten genügte Althoff bald nicht mehr: Er zog Österreich-Ungarn in seine Überlegungen mit ein, um das große Mitteleuropa wissenschaftlich zu einigen zum Vorteil aller Beteiligten.

Laboratorium der Moderne

Besondere Aufmerksamkeit schenkten Althoff und Wilhelm II. dem einzigen gefährlichen Konkurrenten, nämlich den USA. Ihre Absicht war es, bei möglichst engem Austausch den Vorsprung zu halten und Deutschland das Privileg zu erhalten, die Universität der gesamten Welt zu sein und das große Laboratorium der wissenschaftlichen Moderne zu bleiben. Dafür reichten die Mittel der einzelnen Staaten und des Reiches nicht aus. Friedrich Althoff und Friedrich Schmidt-Ott, der letzte preußische Kultusminister, folgten

daher dem amerikanischen Beispiel, reiche Bürger über Stiftungen und Schenkungen an Aufgaben zu beteiligen, die bislang als staatliche betrachtet worden waren. Es waren die Kaiser-Wilhelm-Institute (1947 von der englischen Besatzungsmacht gegen den Willen des Physikers in Max-Planck-Institute umbenannt), die – 1910 als reine Forschungsinstitute gegründet – eindrucksvoll bewiesen, dass Forschung und Wissenschaft als eine Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen standen wurden, die dem Reich als Kulturstaat mit ihren Leistungen neue Möglichkeiten erschlossen.

Trotz der Mitwirkung der preußischen Regierung handelte es sich bei diesen Instituten um keine spezifisch preußischen Einrichtungen. Sie waren nationale, gegründet im Namen des Deutschen Kaisers und nicht des preußischen Königs. Mit ihnen sollte die Leistungskraft der deutschen Wissenschaft und der deutschen Wirtschaft demonstriert werden.

Der Enthusiasmus des Bürgertums

Es war nicht allein die Eitelkeit der Industriellen und Handelsherren, die diese dazu veranlasste, hohe Summen zu spenden in der Erwartung hoher Orden oder adliger Titel. Im liberalen Bürgertum gab es einen Enthusiasmus, im öffentlichen Leben mitzuwirken. Staat und Gesellschaft kamen in viel engeren lebhaften Verkehr, weil Staatszwecke auf einmal als nationale und damit als gesellschaftliche galten, was die innere Einheit festigte.

Die Gesellschaft an der Förderung von Bildung und Wissenschaft zu beteiligen, bedeutete aber auch eine Demokratisierung. Die Bürger nahmen gerne die Möglichkeit wahr, vorübergehend oder dauerhaft, etwa mit einer Universitätsgründung wie in Frankfurt am Main 1913, ihren Bürgersinn zu beweisen. So lag es nahe, an den vaterstädtischen oder vaterländischen Stolz der Wohlhabenden und deswegen viel Vermögenden zu appellieren. Um 1910 gab es außerhalb der Vereinigten Staaten nur in Deutschland so viele gut ausgestatteten Stiftungen und eine ähnliche Bereitschaft, mit großzügigen Spenden Vorhaben von nationaler Bedeutung voranzutreiben. Außerdem war die Wirtschaft auf die Wissenschaft angewiesen, mit deren Ergebnissen sie arbeitete, um neue Produkte und Techniken zu entwickeln.

Die Weltgeltung deutscher Wissenschaft versprach der Wirtschaft, sich auf dem Weltmarkt weiterhin bewähren zu können. Wilhelm II. sorgte in Absprache mit Friedrich Althoff, Friedrich Schmidt-Ott und Adolf von Harnack dafür, dass Verwaltung, Professoren und Unternehmer zusammenarbeiteten, einig in der Überzeugung, dass mehr noch als auf der Wehrkraft Deutschlands Stellung in der Welt auf seiner Wissenschaft und Wirtschaft beruhe. Nationalismus und Internationalismus bildeten dabei keine schroffen Gegensätze. Handel und Wandel, auch die Diplomatie, lassen sich nicht vom Eigennutz trennen. Deshalb hielt es Friedrich Althoff für eine wichtige, die Wahrung der jeweiligen Interessen ergänzende Aufgabe, „dem geistigen Verkehr zwischen den Führern der Kulturbestrebungen der verschiedenen Nationen den Weg zu bahnen. Mit diesem neuen Kulturbündel werden wir dem Weltfrieden und der Weltkultur eine feste Grundlage geben.“

Auch ein solcher Rat Friedrich Althoffs, eines engen Vertrauten Wilhelms II., einem US-Amerikaner 1907 erteilt, gehört zum Wilhelmismus.

—
Wilhelm II. und seine Berater waren sich einig in der Überzeugung, dass mehr noch als auf der Wehrkraft Deutschlands Stellung in der Welt auf seiner Wissenschaft und Wirtschaft beruhe

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“ (Landt Verlag 2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014).
www.eberhard-straub.de

MELDUNGEN

Weitaus mehr Asylsucher

Wiesbaden – Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist die Zahl der registrierten Asylsucher in Deutschland im Laufe des vergangenen Jahres von 1,94 auf 3,08 Millionen gestiegen. Das ist der höchste Zuwachs seit Beginn der Erfassung. Unter dem Begriff „Schutzsuchende“ werden im Ausländerzentralregister (AZR) all jene aufgelistet, die aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen in die Bundesrepublik kamen. Die 1,1 Millionen ukrainischen Flüchtlinge machen rund ein Drittel der Ende 2022 erfassten Schutzsuchenden aus. Damit steht die Ukraine an erster Stelle der Herkunftsländer. Dahinter rangieren Syrien mit 674.000, Afghanistan mit 286.000, der Irak mit 211.000 und die Türkei mit 101.000 Menschen. Aus diesen fünf Staaten stammen fast drei Viertel aller Schutzsuchenden. Bei 570.000 Immigranten blieb der Schutzstatus 2022 ungeklärt, und 255.000 angebliche Schutzsuchende wurden offiziell nicht als solche anerkannt. W.K.

Bierabsatz steigt wieder

Berlin – Laut Angaben der Bundesregierung hat sich die Brauwirtschaft nach einem Rückgang in den Jahren der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr wieder erholt. Der Gesamtumsatz liege sogar leicht über dem Vor-Pandemie-Niveau. Im Jahr 2022 lag dieser bei 8,4 Milliarden Euro gegenüber jeweils 7,6 Milliarden in den Jahren 2020 und 2021. Vor der Krise hatte er 2019 bei 8,3 Milliarden Euro gelegen. Allerdings zeigten sich die Brauereibetriebe verhalten optimistisch, da sie noch von den Auswirkungen der Pandemie und dem Ukrainekrieg geprägt seien. Insgesamt ist die Zahl der Brauereibetriebe in Deutschland von 1552 im Jahr 2019 auf 1507 im Jahr 2022 zurückgegangen. Die Bundesregierung hatte die Brauwirtschaft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 mit ermäßigten Biersteuersätzen unterstützt, um die mittelständisch geprägte Brauereibranche zu stärken und die Folgen der Pandemie und der gestiegenen Kosten für Energie und Rohstoffe abzufedern. MRK

Junge Russen suchen Asyl

Berlin – Die Zahl russischer Bürger, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres sprunghaft angestiegen. Bis Ende März hatten 2381 russische Staatsbürger Asyl beantragt, im gesamten vergangenen Jahr waren es 2851. Der deutlichste Anstieg zeichnet sich in der Altersgruppe der 19 bis 30-Jährigen ab, wobei der Anteil der Männer unter den Asylsuchern größer ist als der der Frauen. Waren 2022 noch 59 Prozent der Antragsteller männlich, so sind es im ersten Quartal dieses Jahres 64 Prozent. Der Grund für den rasanten Anstieg der Asylbewerber bei den jungen Russen ist in der Mobilisierung Russlands für den Ukrainekrieg zu sehen, sowie der kürzlich von der russischen Regierung beschlossenen Verschärfung der Maßnahmen gegen Kriegsdienstverweigerer. MRK



Robert Habecks Traum, aus den Grünen eine Volkspartei zu machen, hat den Praxistest ebenso wenig bestanden wie die „wertegeleitete“ Außenpolitik seiner Partei: Der (einstige) grüne Hoffnungsträger beim Bückling im undemokratischen Katar Foto: pa

GRÜNE

Der Realitätsschock

In der lange erfolgsverwöhnten der Partei macht sich Krisenstimmung breit

VON PETER ENTINGER

Scheinbar könnte die Welt für die Grünen kaum besser sein: Ihr Lieblingsthema, der vom Menschen gemachte Klimawandel, ist nicht zuletzt aufgrund der starken Präsenz führender Parteivertreter in den öffentlich-rechtlichen Diskussionsrunden so präsent wie nie zuvor. Die erste Reihe der Ökopartei, Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck, genossen beim Regierungsantritt einen Vertrauensvorschuss der medialen Klasse wie selten ein Politiker zuvor. Habeck, so wurde teilweise der Eindruck erweckt, sei ein Kanzler in der Nachwuchphase.

Mittlerweile ist die erste Euphorie verflogen. Gefühlt befinden sich die Grünen in einer Krise. Das mutet ein wenig seltsam an, denn in allen Umfragen liegen sie über ihrem Ergebnis von der Bundes-

tagswahl 2021, als sie auf 14,8 Prozent kamen. Doch Habecks Traum, aus der chronisch unruhigen Sammlungsbewegung eine Volkspartei zu machen, ist in weite Ferne gerückt.

Extremfall Berlin

Besonders bitter bekamen sie es in Berlin zu spüren. Dort ging Mitte der achtziger Jahre ihr parlamentarischer Stern auf. In der Hauptstadt gibt es Milieus mit einer Stammwählerschaft von mehr als 30 Prozent. Doch nach der Wiederholung der Abgeordnetenhaus-Wahl findet sich die Partei plötzlich auf der Oppositionsbank wieder. CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner hatte bereits im Vorfeld eine Koalition mit den Grünen ausgeschlossen. Sie seien zu autofeindlich, erklärte er. Und selbst die Berliner SPD mühte sich nach ihrer Schlappe gar nicht erst groß um eine Neuaufgabe des rot-rot-grünen Bündnisses und ordnete sich lieber der CDU un-

ter. So staatsmännisch sich Habeck und Co. auch geben, die innere Unruhe der Partei ist eine Konstante geblieben.

„Ein Jahr nach einem Regierungseintritt kommt es in der Regel zu einem Realitätsschock, weil sowohl die Wähler als auch die Mitglieder merken, das man vieles doch nicht so schnell umsetzen kann, wie es versprochen wurde – erst recht nicht in Krisenzeiten, die pragmatische Entscheidungen erfordern. Da müssen die Grünen und ihre Minister oft schmerzhaft Kompromisse eingehen“, analysierte der Politikwissenschaftler Lothar Probst kürzlich das Dilemma, vom dem die mitregierende FDP ein Lied singen kann.

Konflikt mit der FDP

Es scheint manchmal, als würde Kanzler Olaf Scholz (SPD) teils staunend, teils schockiert beobachten, wie sich seine Juniorpartner zerfleischen. Die grüne Basis

wirft den Oberen vor, viel zu viel Rücksicht auf die FDP zu nehmen. Umgekehrt tönt der liberale Parteivize Wolfgang Kubicki, es sei an der Zeit, dass die FDP sichtbarer werde und nicht jede grüne Kröte schlucken müsse.

Quertreiberei Toni Hofreiters

„Bei vielen Auseinandersetzungen in der Koalition ist die mangelnde Führung und Koordination des Kanzleramtes beziehungsweise des Kanzlers das Hauptproblem“, keilt der frühere grüne Fraktionsvorsitzende Toni Hofreiter aus. Er war lange Zeit das parlamentarische Gesicht der Grünen zu Oppositionszeiten. Für die Parteilinie war er als Minister gesetzt. Doch Baerbock und Habeck grätschten ihn in einer Nacht- und Nebelaktion ab. Der Realo Cem Özdemir rückte in das von Hofreiter favorisierte Landwirtschaftsministerium. Seitdem ist Hofreiter mächtig auf Krawall gebürstet.

Die CDU hat sich berappelt

Die CDU, die sich eineinhalb Jahre nach ihrer Abwahl in beachtlicher Geschwindigkeit berappelt hat, kann ihr Glück in diesen Tagen kaum fassen. CDU-Chef Merz wird nicht müde, den Grünen eine Politik der Verbote und Regulierungen vorzuwerfen. Riesige Probleme der Industrie störten Wirtschaftsminister Habeck nicht. Die Energiepolitik der Ampel sei geeignet, die deutsche CO₂-Bilanz zu ruinieren. Merz schließt zwar Bündnisse mit den „Ökos“ auch auf Bundesebene nicht aus, weiß aber, dass Attacken gegen „Klima-Träumereien“ an der schwarzen Basis immer gut ankommen.

„Sie sind eine Verbotspartei“

Baerbock und Habeck befinden sich in einem Zwiespalt. Einerseits ist staatsmännische Attitüde gefragt, andererseits geht es auch darum, die Kernklientel zu befriedigen. Vor allem, wenn Quertreiber wie Hofreiter Oberwasser gewinnen. „Die Scholz-SPD ist nicht mehr der natürliche Partner der Grünen“, meinte er kürzlich, verknipte sich aber die Antwort, mit wem seine Partei denn künftig eine Regierung bilden solle. Es scheint, als seien die grünen Träume so lange realistisch gewesen, wie es Deutschland gut ging. Nun, wo die mittelständische Wirtschaft unter den Belastungen ächzt und mancher Bürger nicht mehr weiß, wie er die Stromrechnung bezahlen soll, stellt sich mehr und mehr die Frage, nach der Finanzierbarkeit der ökologischen Agenda. „Sie sind eine Verbotspartei“, tönt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, der sich im Wahlkampf befindet: „Ihre Themen gehen an der Lebenswelt vieler Bürger vorbei.“

KRIMINALITÄT

Neuer Rekord bei Geldautomaten-Sprengungen

Politik, Polizei und Kreditwirtschaft schieben sich gegenseitig Schuld und Verantwortung zu

Die Anzahl der Sprengungen von Geldautomaten in Deutschland hat laut dem Bundeskriminalamt (BKA) im vergangenen Jahr mit 496 einen neuen Höchststand erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Anstieg um 27 Prozent, also mehr als einem Viertel, zu konstatieren. Und die ersten Monate des laufenden Jahres lassen eine Fortsetzung des Trends vermuten.

Lange Zeit tappten die Ermittler im Dunkeln, bis viele Spuren in die Niederlande führten. Ein Großteil der Sprengungen fand in grenznahen Bundesländern statt. Besonders betroffen sind Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und das Saarland.

Die Überfälle laufen nach Erkenntnissen des BKA immer nach diesem Schema ab: Junge Männer reisen mit gestohlenen Personenkraftwagen nach

Deutschland ein, sprengen einen Automaten und düsen mit dem erbeuteten Geld unter Missachtung jeglicher Verkehrsvorschriften wieder ab. Radar-Fotos, die zuhauf entstehen, nutzen dabei wenig. Meist tauchen die Autos abgestellt hinter der Grenze wieder auf.

„Geldautomaten-Sprengungen sind die Banküberfälle der Moderne“, sagt der bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU). Im Freistaat gab es im vergangenen Jahr 37 Vorfälle.

Vor Jahren hat es in den Niederlanden zahlreiche Fälle von Geldautomaten-Sprengungen gegeben. Weil die Banken dort reagierten und nun auf moderne Sicherheitssysteme setzten, sind die Taten dort stark zurückgegangen. „Bei den reisenden Tatverdächtigen aus den Niederlanden handelt es sich überwiegend um Personen, die häufig einen marokkanischen Migrationshintergrund

aufweisen“, teilte das BKA im vergangenen Jahr mit.

Die Politik, die dem Treiben der international operierenden Banden tatenlos zusieht, will nun die Banken in die Pflicht nehmen. Geldautomatenbetreiber und -hersteller müssten für mehr Sicherheit sorgen, etwa durch den Einsatz von Vernebelungstechnik oder Einfärb- und Klebesystemen, sagte Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) dem „Handelsblatt“: „Sollte das auf freiwilliger Basis nicht geschehen, wird eine gesetzliche Pflicht der Hersteller und Betreiber der Geldautomaten zur Umsetzung geeigneter Schutzmaßnahmen notwendig.“ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist von dem Vorschlag angetan. „Jetzt ist die Kreditwirtschaft in der Verantwortung, diese Maßnahmen schnell und konsequent umzusetzen“, erklärte sie.

In den Niederlanden hat man die Anzahl der Automaten reduziert. Zudem werden die Scheine mit einer Klebevorrückung präpariert, damit sie bei einer Explosion unbrauchbar werden. Die Maßnahmen sind erfolgreich, aber auch teuer.

Der Dachverband der deutschen Kreditwirtschaft geht daher auf Konfrontationskurs: „Es ist schwer nachzuvollziehen, dass die alleinige Verantwortung für die Verhinderung von Sprengungen bei Banken und Sparkassen liegen soll“, erklärte der Verband.

„Wir können nicht jeden Automaten bewachen“, sagt der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Oliver Huth vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. In anderen Ländern müssten Banken die Standorte genehmigen lassen. „Bei uns können die Banken machen, was sie wollen.“ Die Verantwortung wird also hin- und hergeschoben. P.E.

KRIMINALITÄT

Londoner Zustände in Berlin?

Polizei registriert bedrohliche Zunahme von Messerattacken – Oft Täter mit ausländischen Wurzeln

VON HERMANN MÜLLER

Angriffe mit Messern haben sich in Großbritannien zu einem massiven Problem entwickelt. Allein in England und Wales registriert die Polizei mittlerweile jedes Jahr mehr als 40.000 Angriffe mit Messern und spitzen Gegenständen. In den zwölf Monaten bis Ende März 2022 erfasste das britische Statistikamt in beiden Landesteilen 282 Opfer, die durch Messerangriffe starben. Brennpunkt der „knife crime“ (Messerkriminalität) ist London, wo immer mehr Jugendliche ständig ein Messer bei sich tragen. Die Zustände in der britischen Hauptstadt sind möglicherweise ein Blick in eine nicht allzu ferne Berliner Zukunft. Auch in der deutschen Hauptstadt kommt es in aller Öffentlichkeit zu immer mehr brutalen Messerangriffen und macht sich ein Gefühl der Angst breit.

Am 4. April, einem Dienstag, war in Berlin-Wedding eine 33-Jährige vor den Augen ihrer zwei Kinder in einem Bus der BVG-Linie 327 mit sieben Messerstichen angegriffen worden. Die Frau erlitt dabei lebensbedrohliche Verletzungen an Herz und Lunge. Nach Polizeiangaben musste sie zehn Stunden notoperiert werden. Mittlerweile soll sich die Frau zwar noch immer in einem kritischen Zustand befinden, akute Lebensgefahr besteht aber nicht mehr. Als Tatverdächtigen nahmen Zielfahnder der Polizei am Abend des 6. April den Halbbruder der attackierten Frau fest.

Von 2777 auf 3317 gestiegen

Am Vormittag desselben Tages schockierte bereits die nächste Messerattacke die Berliner. Im Stadtviertel Grunewald attackierte ein Fahrgast einen Taxifahrer vermutlich am Hals mit einem Messer. Wie Augenzeugen berichteten, lag der Fahrer nach der Attacke leblos auf der Straße und blutete stark am Hals. Ein Arzt, der sich zufällig in der Nähe aufhielt, leistete sofort medizinische Maßnahmen ein. Die Verletzungen waren allerdings so schwer, dass der 49-jährige Taxifahrer in der Klinik verstarb. Auch in diesem Fall gelang der Berliner Polizei eine Festnahme. Als tatverdächtig gilt ein 24-jähriger Nordafrikaner, der in Belgien bereits am 4. April seine Lebensgefährtin umgebracht haben soll.



„Männer aus gewalttätigen Milieus eingewandert“: Berliner Beamtin am Tatort einer Messerattacke

Foto: imago/Olaf Wagner

Beide Messerangriffe sind Beispiele für eine Entwicklung, die von der Polizei schon seit Jahren registriert wird. Wie aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage des Berliner Abgeordneten Marc Vallendar (AfD) hervorgeht, gab es vergangenes Jahr in Berlin 3317 Straftaten im Bereich „Messerangriff“. Im Jahr zuvor hatte die Polizei in der Hauptstadt 2777 solcher Gewalttaten registriert.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2022, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Ende März für ganz Deutschland vorgelegt hat, waren sogar 8160 Messerangriffe verzeichnet. Im Jahr zuvor lag die Zahl solcher Attacken noch bei 7071. Dabei nicht einmal berücksichtigt sind Raubdelikte, bei denen die Täter ihre Opfer mit einem Messer bedrohen. Aus Sicht von Faeser spiegelt der Anstieg der Gewalt indes den Wegfall der Corona-Beschränkungen wider: „Ein normaler Alltag bringt Tatgelegenheiten für Kriminelle mit sich“, so die Politikerin.

Einige Kommentatoren ziehen andere Schlussfolgerungen. So wies die „Berliner Zeitung“ darauf hin, dass in den vergangenen Jahren Millionen Menschen ins Land gekommen seien, von denen die meisten junge Männer seien: „Junge Männer neigen eher zu Straftaten als ältere Männer oder Frauen, das zeigen alle Statistiken“, so die Zeitung in einem Artikel mit der Überschrift „Es hat sich eine Messerkultur entwickelt – nicht nur in Berlin“. Der Autor stellt zudem fest, dass man sich über den Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Körperverletzungen nicht wundern müsse, wenn ein Teil „der eingewanderten jungen Männer auch noch aus patriarchalischen und gewalttätigen Milieus stammt“.

Strafrechtsreform ist nicht geplant

Ministerin Faeser will auf die wachsende Kriminalität mit mehr Kontrollen und mehr Polizisten reagieren. Im Interview mit der Funke-Mediengruppe schlug sie auch vor, „über Messerverbote in öffentli-

chen Verkehrsmitteln“ nachzudenken. Laut Faeser seien zudem „Waffenverbotszonen an bestimmten Orten“ möglich. Kurz bevor die Ministerin diese Aussage machte, war es zu der Bluttat von Brokstedt gekommen. Dabei hatte ein staatenloser Palästinenser in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein eine 17-Jährige sowie ihren 19-jährigen Freund erstochen.

Als Reaktion auf diese Bluttat hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits „eine gesamtgesellschaftliche Reaktion und eine ernsthafte Debatte darüber“ gefordert, „welche sinnvollen Maßnahmen ergriffen werden können, um Menschenleben zu schützen“. Erstaunlicherweise spielt in der Diskussion eine Reform des Strafrechts keine Rolle. Die Messerangriffe werden von der Justiz in vielen Fällen nur als gefährliche Körperverletzungen angesehen. Sehr viel abschreckender könnte eine Neuregelung sein, nach der bei einem Messerangriff regelmäßig von einem Tötungsversuch ausgegangen wird.

RASSISMUS

Deutschfeindlichkeit grassiert in Cottbus

Immigrantische Jugendbanden wollen „Vormachtstellung“ – Linker Verein kritisiert Erfassung

In Brandenburgs Kriminalstatistik spiegelt sich eine Entwicklung wieder, die noch vor einigen Jahren von offizieller Seite oft geleugnet oder als Einzelfälle abgetan wurde. Bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik des Landes wiesen Innenminister Michael Stübgen (CDU) und Polizeipräsident Oliver Stepien Ende März auf einer Häufung deutschfeindlicher Straftaten in der Stadt Cottbus hin.

Dort sollen ausländische Jugendgruppen versucht haben, eine „Vormachtstellung gegenüber deutschen Jugendlichen“ zu erringen, so Stepien. Dieser Versuch immigrantischer Jugendbanden wird offenbar mit brachialen Mitteln verfolgt. Von den insgesamt 103 deutschfeindlichen Straftaten, die im Land Brandenburg festgestellt wur-

den, entfielen allein 78 auf die Stadt Cottbus. In der Mehrzahl ging es dabei um Gewalttaten. Als tatverdächtig gelten in vielen Fällen Jugendgruppen unterschiedlicher Nationalität.

Nach Angaben von Stepien hat die Polizeidirektion Süd aufgrund der Vorkommnisse sogar eine eigene Ermittlungsgruppe gebildet. Mittlerweile hat neben „strafprozessualen Maßnahmen“ auch die intensive Zusammenarbeit der Polizei mit dem Jugendamt, dem Schulamt, dem Ordnungsamt und der kommunalen Ausländerbehörde zu einem Rückgang der Straftaten in Cottbus geführt.

Körperverletzungen verdreifacht

In der Polizeistatistik für das vergangene Jahr haben die antideutschen Straftaten zu einem Anstieg der „rassistisch moti-

vierten Straftaten“ insgesamt geführt. Wie Medien bereits im Februar berichteten, ist die Zahl solcher Delikte im Jahr 2022 um mehr als 40 Prozent gestiegen. Wie die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage mitteilte, ist die Zahl rassistisch motivierter Straftaten von 208 im Jahr 2021 auf 298 Delikte im vergangenen Jahr gestiegen. Die Zahl rassistisch motivierter Körperverletzungen stieg von 15 Fällen 2021 sogar auf fast das Dreifache mit 44 Fällen 2022.

Zweifel an diesen Zahlen hat inzwischen der Verein Opferperspektive angemeldet. Der Verein engagiert sich nach eigener Darstellung „gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt“. Mit Blick auf den massiven Anstieg rassistischer Straftaten im Land Brandenburg teilte Opferperspektive mit: „Auf

Druck konservativer und rechter Kräfte wurde im Jahr 2019 die Kategorie „Deutschfeindlichkeit“ als Unterkategorie im Themenfeld „Hasskriminalität“ eingeführt, was eine Verzerrung der Daten zu rechten und rassistisch motivierten Straftaten zur Folge hat.“

Der Verein kritisiert auch, in der Statistik würden Taten mehreren Unterthemenfeldern zugeordnet werden können. In der Praxis würde dies dazu führen, dass auch Straftaten, die von nichtdeutschen Tätern gegen Deutsche begangen werden, als „fremdenfeindlich“ gewertet werden. „Aufgrund des mangelhaften Kategoriensystems bilden polizeiliche Statistiken die reale Dimension rassistischer Gewalt immer weniger ab. Das ist gefährlich und droht Rassist:innen in die Hände zu spielen“, so der Verein. H.M.

KOLUMNE

Nichts gelernt

VON THEO MAAS

Vom 24. November 2011 bis zum 11. Dezember 2014 wurde Berlin schon einmal von einer „Großen Koalition“ regiert. Dem damaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit gingen seinerzeit die Grünen so sehr auf die Nerven, dass er sich überraschend für Rot-Schwarz entschied. Immerhin erhielt die CDU damals mit den Ressorts Innen, Justiz und Soziales (zusätzlich Bildung) drei Kernministerien. 2011 kam die CDU auf einen Stimmenanteil von 23,3 Prozent. 2016 waren es dann nur noch 17,6 Prozent

Zwar hatte die CDU wichtige Ressorts bekommen, aber ihre Versprechungen insbesondere in Sachen Innen und Justiz konnten nicht einmal ansatzweise umgesetzt werden. Nach den Wiederholungswahlen im Februar 2023 trieb die politische Not die SPD in das sich nun anbahnende schwarz-rote Bündnis. Die Volksabstimmung über die sogenannte Klimaneutralität stärkt diesem Bündnis gegenüber den nun oppositionellen Grünen zusätzlich den Rücken.

Zwar stellt die CDU jetzt den Regierenden Bürgermeister, aber schon bei der Verteilung der übrigen Senatsposten scheint die Union das „schlechte Ende“ von der Wurst zu bekommen. Dass die Christdemokraten sich das Finanzressort andrehen lassen, zeugt von politischer Dummheit, denn in der Öffentlichkeit wird der Finanzsenator meist als der Böse wahrgenommen, der den Mühseligen und Beladenen Leistungen verweigert.

Kai Wegner, der „Regierende“ in spe, gibt sich überdies als Klimaaktivist: „Auch wenn der Volksentscheid keine Mehrheit gefunden hat, wissen wir doch, wie wichtig das Thema für viele Berlinerinnen und Berliner ist“, so der CDU-Chef. Ist er jetzt Mitglied bei Fridays for Future? Wofür haben 28 Prozent der Wahlgänger eigentlich CDU gewählt?

Hat Wegner die Lektion aus dem Jahre 2016 schon wieder vergessen? Wer seine Wähler in der Regierungsverantwortung enttäuscht, verliert künftig, so die Lehre von damals. Die SPD könnte die vier Jahre Groko nun als Rekonvaleszenz nutzen und nach der nächsten Wahl gestärkt ein neues Linksbündnis ansteuern.

MELDUNG

Chaos bei Besichtigung

Berlin – Eine öffentliche Wohnungsbesichtigung in Berlin-Charlottenburg ist im April auf so viel Interesse gestoßen, dass sie vom Vermieter abgebrochen wurde. Wie Videos und Fotos zeigen, bildete sich trotz Minusgraden eine etwa 150 Meter lange Warteschlange von Hunderten Interessenten. Annonciert worden war eine Drei-Zimmer-Wohnung mit 74 Quadratmetern für eine Warmmiete von 1074 Euro. Gelegentlich ist die Wohnung in der Leibnizstraße, einer Top-Lage in der westlichen Berliner Innenstadt. Bereits eine Stunde, nachdem die Wohnung inseriert worden war, soll es mehr als 600 Anfragen gegeben haben. Die Angebotsmieten sind in Berlin mittlerweile auf im Schnitt 12,55 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Nach München mit Angebotsmieten von 17,39 Euro ist Berlin damit nun die zweit teuerste Großstadt in Deutschland. H.M.

● MELDUNGEN

EMA löscht
Impf-Daten

Amsterdam – Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat offenbar eine Vielzahl von Berichten über die Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe gelöscht. Das schreibt zumindest die Plattform Transparenztest. So sollen bis zum 20. März rund 34 Prozent der 17.951 Meldungen über Todesfälle und 30 Prozent der Mitteilungen über lebensbedrohliche Impffolgen sowie jeweils 25 Prozent der Berichte über andauernde Folgeschäden beziehungsweise Krankenhausaufenthalte infolge der Impfungen aus den Datenbanken der EMA entfernt worden sein. Damit fehlen nunmehr 205.773 abgegebene Meldungen. Die EU-Behörde rechtfertigt ihr Vorgehen mit einer notwendigen „Datenpflege“ und macht geltend, dass es sich bei den gelöschten Fällen oftmals um „Duplikate“ gehandelt habe. Außerdem seien auch etliche Berichte von den übermittelnden Gesundheitsbehörden oder den Herstellern der Vakzine als „ungültig“ zurückgezogen worden. **W.K.**

Lulas Rekord
bei Abholzung

São José dos Campos – Seit dem Amtsantritt des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar hat die Geschwindigkeit der Abholzung des Regenwaldes im Amazonasgebiet deutlich zugenommen, und das obwohl der linke Politiker im Wahlkampf versprochen hatte, die Zerstörung des Ökosystems zu stoppen. Wie Brasiliens Nationales Institut für Weltraumforschung (INPE) nach der Auswertung von Satellitenfotos mitgeteilt hat, habe im März die monatliche Abholzung einen Rekordwert von 356 Quadratkilometer Waldfläche erreicht. Ursache für die Abholzungen im Amazonasgebiet sind vor allem die Ausweitung der Rinderzucht und des Sojaanbaus, als grüne geltende Infrastrukturprojekte wie der Bau von Staudämmen zur Stromerzeugung sowie die Förderung von Bodenschätzen. **W.K.**

WHO fordert
mehr Geld

Genf – Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind derzeit 17,4 Prozent der Erdbewohner im biologisch passenden Alter empfängnis- oder zeugungsunfähig. In den hochentwickelten Staaten soll die Quote mit 17,8 Prozent um 1,3 Punkte höher liegen als in den Entwicklungsländern. Allerdings warnt die Weltgesundheitsorganisation vor Verallgemeinerungen. So betrage die Unfruchtbarkeitsrate in dem afrikanischen Schwellenland Nigeria, in dem eine Frau im Schnitt mehr als fünf Kinder auf die Welt bringe, 31 Prozent. Angeblich beruhen die Zahlen des WHO auf der Auswertung von 133 Studien aus den Jahren 1990 bis 2021. Dabei handelt es sich aber oft wohl nur um Schätzungen auf der Grundlage der Befragung von Frauen im gebärfähigen Alter. Jedenfalls fordert die Weltgesundheitsorganisation nun mehr Geld für die Finanzierung von Fruchtbarkeitsbehandlungen, nachdem sie bislang vorrangig auf Verhütung gesetzt hatte. **W.K.**

USA

Von Abwiegeln bis starke Verärgerung

Die Reaktionen auf das mutmaßlich von Jack Teixeira verursachte Datenleck unterscheiden sich sehr

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Online-Dienst Discord war ursprünglich eine Plattform für Computerspieler, ermöglicht nun aber ebenso den Nachrichtensofortversand oder -austausch. Letzteres gilt gleichermaßen für das englischsprachige Imageboard „4chan“, wobei hier auch eine besonders große Anonymität gegeben ist. Diese beiden bislang wenig bekannten Dienste stehen seit einigen Tagen im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, weil Zeitungen wie „The New York Times“ („NYT“) und „The Washington Post“ darauf gestoßen sind, dass über sie mehrere Hundert angeblich streng vertrauliche Dokumente des Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste der Vereinigten Staaten verbreitet wurden.

Die Unterlagen beinhalten Informationen über die Waffenlieferungen und weitere Unterstützungsleistungen der USA und der NATO an die Ukraine, Angaben zum Munitionsverbrauch und den Truppenstandorten sowie auch den bisherigen Verlusten der Russen und Ukrainer, Erkenntnisse über ausspionierte Verbündete der USA wie Israel und Südkorea, Mitschriften von abgehörten Gesprächen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Bewertungen der weiteren Verteidigungsfähigkeit sowie der Angriffspläne der Ukraine und – das ist besonders brisant – Hinweise auf westliche Maulwürfe im russischen Sicherheitsapparat beziehungsweise Aufstellungen, welche zeigen, dass 97 Angehörige von NATO-Spezialeinheiten bereits in der Ukraine weilen.

Vorwurf der Fälschung

Die Frage nach der Echtheit der Unterlagen wird zumeist bejaht: Es handele sich augenscheinlich um Papiere zur Unterrichtung von Entscheidungsträgern, deren Machart den üblichen Gepflogenheiten entspreche. Allerdings wurden einige der Dokumente aus der Zeit zwischen Ende Februar und Anfang März wohl nachträglich manipuliert, so zum Beispiel jene, die konkrete Zahlen getöteter russischer und ukrainischer Soldaten enthalten.

Angeblich ging der Täter, der die Geheimsachen abfotografiert haben soll und inzwischen als Angehöriger der Massa-

chusetts Air National Guard Jack Teixeira identifiziert wurde, ausgesprochen leichtsinnig vor. Denn die Aufnahmen zeigen teilweise Alltagsgegenstände aus dem Elternhaus des 21-Jährigen, der als Waffennarr und Rassist mit Hang zu Ver-

schwörungstheorien gilt. Das ermöglichte die schnelle Verhaftung des Whistleblowers – sofern es sich tatsächlich um einen handelt und das Ganze kein Täuschungsmanöver ist. Immerhin müssen die Geheimdokumente mittels speziell

gesicherter Drucker, die zudem jeden Bedienvorgang akribisch protokollieren, ausgedruckt worden sein. Somit liegt es durchaus im Bereich des Möglichen, dass die US-Geheimdienste ein Leck simuliert haben, um den Gegner zu täuschen und in die Falle zu locken.

Verbündete sind heftig verärgert

Letzteres scheint wohl die russische Seite anzunehmen, die bislang auffällig zurückhaltend reagierte und keinerlei erkennbare Anstalten macht, die präsentierten Informationen militärisch zu verwerten, also dort offensiv zu werden, wo die Ukraine angeblich Schwächen aufweist. Stattdessen äußerte Moskau lediglich seine Genugtuung darüber, dass man nun den Beweis für eine „Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine“ habe.

Auch die Reaktionen aus Kiew kommen nicht sonderlich spektakulär daher und beschränken sich im Regelfall auf den Vorwurf der Fälschung. So meinte Andriy Yusov, der Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienstes HUR, die russische Seite habe hier wieder einmal recht unprofessionell mit Foto-Software hantiert. Und der Präsidentenberater Mychajlo Podoljak konstatierte ebenso gelassen: „Es ist ein gewöhnliches Geheimdienstspiel.“ Dazu passt allerdings nicht, dass er gleichzeitig beteuert, die ukrainischen Offensivpläne würden durch die Enthüllungen keineswegs gefährdet, da sie bislang noch gar nicht fertig ausgearbeitet seien.

Sichtlich stärker verärgert zeigen sich dahingegen andere Verbündete der USA wie Israel. Zudem drohen Verstimmungen in Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada, denn die Geheimdienste dieser Länder kooperieren eng mit den nun kompromittierten US-Diensten und bilden zusammen mit ihnen die sogenannten Five Eyes (Fünf Augen). Insofern sendet die Regierung in Washington ein dringend nötiges Signal nach außen, wenn sie nun demonstrativ besorgt auftritt und von „einem sehr ernstem Risiko für die nationale Sicherheit“ spricht sowie die Dingfestmachung des Verräters verkündet. Außerdem, so das Pentagon, würden sämtliche mögliche Auswirkungen des Datenlecks aufs Gründlichste analysiert. Details hierzu blieben aber bislang geheim.



Soll für das Datenleck verantwortlich sein: Gefreiter der Nationalgarde Jack Teixeira

FOTO: SCREENSHOT/YOUTUBE

TÜRKEI

Kurden könnten
Präsidentenwahl entscheiden

Erdoğan hat mit der Hüda Par einen kurdischen Verbündeten, aber die HDP unterstützt Kılıçdaroğlu

Der Hohe Wahlausschuss (YSK), die höchste Wahlbehörde der Türkei, hat die Teilnahme von Recep Tayyip Erdoğan an der Präsidentschaftswahl am 14. Mai bestätigt. Der Einspruch des Oppositionsbündnisses, dass Erdoğan's dritte Kandidatur verfassungswidrig sei, wurde abgelehnt. Zur Begründung hieß es, weil Erdoğan die Präsidentschaftswahl um einen Monat vorgezogen hat, handele es sich nicht um eine neue, dritte Amtszeit.

Weil er in Umfragen bis zu zehn Prozentpunkte hinter seinem Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu von der größten Oppositionspartei, der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP, zurückliegt, hat Erdoğan für die anstehenden Wahlen eine der rechtskonservativsten und nationalistischsten Koalitionen in der Geschichte der Türkei zusammengeschustert. Mit

dieser sogenannten Volksallianz hofft er, sich die Wiederwahl als Staatspräsident und die Mehrheit im Parlament zu sichern. Zur Cumhuriyet İttifakı gehören neben Erdoğan's AKP sein langjähriger Verbündeter Devlet Bahçeli und dessen rechts-extreme MHP, die von dieser 1992 abgespaltene BBP, der die Linie der MHP zu wenig radikal war, sowie die YRP, der politische Arm von Millî Görüş.

Ohne die Stimmen der kurdischen Bevölkerung wird es sowohl für Erdoğan als auch für Kılıçdaroğlu schwierig sein, die 50-Prozent-Hürde beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu nehmen. Die Kurden bilden landesweit etwa ein Fünftel der Wahlbevölkerung. Sie leben nicht mehr nur in Anatolien, sondern stellen in allen türkischen Städten um die zwanzig Prozent der Bevölkerung.

So ist es zu erklären, dass Erdoğan nollens volens sogar um kurdische Unterstützung wirbt. Hüda Par, der politische Ableger der Hisbollah-Bewegung unter den Kurden in der Türkei, ist zwar selbst nicht offizieller Partner der Volksallianz, unterstützt diese aber und erhebt bereits Anspruch auf ein Ministerium.

Erdoğan's Problem ist, dass die Hüda Par zwar eine kurdische Partei ist, aber nur einen Bruchteil der Kurden repräsentiert. Die kurdische Hisbollah ist zwar nicht mit der Hisbollah im Libanon gleichzusetzen, ihre Verbindungen zum Iran sind allerdings seit Langem bekannt. Die Hüda Par tritt für die Einführung der Scharia als Ersatz für die säkulare Ordnung in der Türkei ein. Dies wird von der großen Mehrheit der Wähler in der Türkei nicht unterstützt. Ähnlich unpopulär unter den Kurden ist

ihre Unterstützung in den 1990er Jahren für die gezielte Verfolgung kurdischer Landsleute, die als Staatsfeinde betrachtet wurden. Seit die Kurden im Irak und Syrien durch den Freiheitskampf der nationalistischen Peschmerga und der sozialistischen PKK ihre autonomen Regionen haben, sind die radikalen Moslems unter den Kurden auch in der Türkei zu einer Randgruppe geworden.

Ungleich erfolgreicher unter den Kurden als die Hüda Par ist die HDP. Ihre Führer sitzen fast alle in Erdoğan's Gefängnissen, und sie unterstützt die Kandidatur des Oppositionsführers Kılıçdaroğlu. Die Unterstützung der HDP könnte Letzteren bereits im ersten Wahlgang zum Präsidenten machen, und das, obwohl noch weitere sieben Kandidaten sich um das Präsidentenamt bewerben. **Bodo Bost**

VON HERMANN MÜLLER

Als damaliger Bundesumweltminister stellte Jürgen Trittin (Grüne) im Jahr 2004 die Behauptung auf, die Förderung der Erneuerbaren Energien würde einen Durchschnittshaushalt monatlich nicht mehr als eine Kugel Eis kosten. Angesichts der tatsächlichen Strompreisentwicklung müssen die Verbraucher mittlerweile davon ausgehen, dass es sich bei Trittins Eiskugel wahrscheinlich um eine Luxusvariante gehandelt haben muss. Als Trittin seine vollmundige Ankündigung machte, zahlten Privathaushalte durchschnittlich 0,18 Euro je Kilowattstunde. Anfang dieses Jahres betrug der Strompreis im Schnitt mehr als 0,48 Euro.

Derzeit sieht sich Robert Habeck dem Vorwurf ausgesetzt, den Verbrauchern neuerlich eine „Milchmädchenrechnung“ aufgetischt zu haben. Anlass ist ein Entwurf für die Erneuerung des Gebäudeenergiegesetzes. Nach den Vorstellungen Habecks soll bereits ab dem 1. Januar 2024 jede neu installierte Heizung mindestens 65 Prozent Erneuerbare Energien nutzen. Für Hauseigentümer läuft dies faktisch auf eine Pflicht hinaus, eine Wärmepumpe installieren zu müssen.

Doppelt so hoch wie behauptet

Als Grundlage für eine Kabinettsvorlage hatten Habecks Wirtschaftsministerium und das von Klara Geywitz (SPD) geführte Bundesbauministerium am 3. April einen Referentenentwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz veröffentlicht. Trotz der Osterfeiertage hatten die Bundesländer und Verbände nur bis zum 11. April Zeit, Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf mit seinen fast zweihundert Seiten abzugeben. Trotz der knappen Frist legten Experten recht schnell Einschätzungen vor. Dabei fiel die Kritik des Eigentümerverbands Haus & Grund (H&G) besonders vernichtend aus. Der Verband geht auf Grundlage eigener Berechnungen nämlich davon aus, dass die Kosten der Heizungsumstellung für Besitzer von Wohnungen und Häusern doppelt so hoch ausfallen werden wie von Habeck im Gesetzentwurf dargestellt.

Im Gesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums ist zunächst von jährlichen Kosten für „die Bürgerinnen und Bürger von rund 9,157 Milliarden Euro“ die Rede. Ab 2029 sollen es dann laut den Berechnungen des Ministeriums jährlich nur noch 5,039 Milliarden Euro sein. Gegenüber der „Bild“-Zeitung rechnete Kai Warnecke, Präsident des Eigentümerverbandes, vor: „Das Ziel sind 500.000 neue Wärmepumpen im Jahr. Bei Kosten von durchschnittlich 40.000 Euro pro Wärmepumpe entstehen hierdurch jährliche Kosten in Höhe von 20 Milliarden Euro.“



Selbst funktionierende Öl- und Gasheizungen sollen ausgetauscht werden müssen: Viessmann-Vertomat-Heizkessel

GEBÄUDEENERGIEGESETZ

Wie den Bürgern die Kosten niedriger gerechnet werden

Das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen wird die Deutschen teurer zu stehen kommen, als die Ampelregierung sie glauben machen will

Auch beim zeitlichen Rahmen hat Warnecke Zweifel. Habeck will spätestens ab 2045 fossile Öl- und Gasheizungen komplett verbieten. Die Bundesregierung kündigte an, dass ab 2024 jährlich mindestens 500.000 Wärmepumpen in Betrieb genommen werden sollen. Laut Eigentümerverband ist bei diesem Tempo die Umrüstung der über 19 Millionen Wohngebäude in Deutschland bis 2045 gar nicht zu schaffen. Bleibt es bei Habecks Zielvorgabe, dann müssen jedes Jahr in etwa 1,5 Millionen Gebäuden die Heizungen umgerüstet werden. Der Eigentümerverband Haus & Grund wies dabei auch auf die geringere Lebensdauer von Wärmepumpen hin. Öl- oder Gasheizung können rund 30 Jahre laufen, die Lebensdauer einer Wärmepumpe liegt dagegen laut Verbandschef Kai Warnecke nur bei 20 Jahren. Dies bedeutet, dass noch bevor Deutschlands Handwerksbetriebe die Mammutaufgabe einer Kom-

plettumstellung abgeschlossen haben, die ersten Wärmepumpen schon wieder ersetzt werden.

Gas treibt die Strompreise

Experten haben auch eine andere Aussage aus Habecks Ministerium einer kritischen Prüfung unterzogen. Laut dem Gesetzentwurf lohnt sich die Wärmepumpe im Vergleich zum Brennstoffkessel mit Öl oder Gas schon jetzt für Eigentümer. Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI) kommt auf Grundlage eigener Berechnungen allerdings zum Schluss, dass eine Gasheizung auch künftig günstiger sein wird als die Wärmepumpe. Bei der Berechnung für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ging das EWI von steigenden Energiepreisen aus, wenn die staatlichen Energiepreiskontrollen auslaufen. Insbesondere bei der Hoffnung auf sinkende Strompreise ist offenbar Skepsis angebracht.

Johanna Bocklet vom EWI warnt mit Blick auf die strombetriebenen Wärmepumpen: „Ob der Strompreis zeitnah mit dem Ausbau der Erneuerbaren deutlich sinken wird, ist fraglich.“ Die Energieexpertin sagte weiter: „Solange Gas zur Stromerzeugung genutzt wird, treibt der Gaspreis in diesen Stunden den Strompreis.“

Vieles spricht dafür, dass Gas auch bei einem Ausbau der Erneuerbaren eine entscheidende Rolle spielen wird. Gerade in den Wintermonaten, wenn die Wärmepumpen viel Strom verbrauchen, kommt von den wetterabhängigen Windrädern und Solaranlagen nämlich weniger Strom. Im Fall einer sogenannten Dunkelflaute kann der Anteil des Öko-Stroms am Gesamtmix sogar gegen Null gehen. Aufrechterhalten wird die Stromversorgung in solchen Lagen durch fossile Energieträger wie Gas, Stromimporte und bislang auch durch die Kernkraft.

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel will den Bürger noch gläserner machen

Geplantes Maßnahmenpaket soll noch diesen Monat verabschiedet werden

Die Ausschüsse für Wirtschaft und Währung sowie Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments haben ein ganzes Paket neuer Vorschriften angekündigt, welche die Geldwäsche und die Terrorisfinanzierung erschweren sollen und zur weiteren Intensivierung der Überwachung der Bürger führen wird. Hierzu gehören eine Geldwäscherordnung (AMLR), eine 6. Geldwäscherichtlinie (AMLD6) und eine Verordnung zur Einrichtung einer Europäischen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) mit Aufsichts- und Ermittlungsbefugnissen.

Das angekündigte Vorschriftenpaket begrenzt Barzahlungen an Personen, die Waren oder Dienstleistungen anbieten, auf höchstens 7000 Euro und die Übertra-

gungen von Krypto-Vermögenswerten, bei denen Absender und Empfänger nicht eindeutig identifiziert werden können, auf 1000 Euro. Die EU-Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, jeweils eine Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) einzurichten, deren Aufgabe es ist, Informationen über die Besitzverhältnisse von Bankkonten, Immobilien sowie mobilen Besitztümern wie Yachten, Flugzeugen und Autos im Wert von über 200.000 Euro zu sammeln. Sämtliche in den nationalen Zentralregistern gespeicherte Daten sollen digital verfügbar und auch für Personen mit einem „berechtigten Interesse“ wie Wissenschaftler und Journalisten zugänglich sein. Die Zentralstellen sollen für ihre Arbeit auf Grundbücher und ähnliche

Aufstellungen zurückgreifen sowie von juristischen wie natürlichen Personen Auskunft verlangen dürfen.

Vergleichbare Kompetenzen soll die AMLA erhalten. Die EU-Institution, deren Sitz wahrscheinlich Frankfurt am Main wird, soll ab dem Beginn des kommenden Jahres einsatzbereit sein und zudem zur Durchführung von „Vor-Ort-Besuchen“ befugt sein. Laut dem Verordnungsentwurf drohen Unternehmen und Einzelpersonen bei Verstößen oder mangelnder Kooperation Geldbußen in Höhe von 500.000 bis zwei Millionen Euro oder zehn Prozent des Gesamtumsatzes im vorausgegangenen Geschäftsjahr.

Das Maßnahmenpaket soll noch diesen Monat von der Europäischen Kom-

mission, dem EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union diskutiert und verabschiedet werden. Flankiert wird es durch das bereits in Kraft befindliche Sanktionsdurchsetzungsgesetz II der Bundesrepublik. Durch dieses sind seit dem 1. April Barzahlungen beim Grundstückskauf untersagt. Darüber hinaus gingen die Vermögensermittlungs- und Sicherstellungsbefugnisse von den Ländern auf den Bund über.

Ansonsten plant die EU noch die Einführung eines digitalen Euro. Dessen Verwendung setzt zwar eine digitale Identität voraus, doch bis 2030 sollen mindestens acht von zehn EU-Bürgern über eine solche verfügen.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Edelmetalle profitieren

Berlin – Durch den verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien steigt die Nachfrage nach Edelmetallen, was zu deutlichen Preisaufschwüngen führt. Das vermeldet der Geschäftsführer der Fachvereinigung Edelmetalle, York Tetzlaff. So kommt Silber in neun Zehntel aller Photovoltaik-Zellen zum Einsatz. Allein schon deshalb werden bis 2030 zusätzliche 45.000 Tonnen Silber benötigt. Ebenso unverzichtbar ist Platin, das vor allem beim Bau von Brennstoffzellen und in der Wasserstoffelektrolyse eine wichtige Rolle spielt. Gleiches gilt für Palladium und Iridium. In diesem Zusammenhang warnt die Initiative Energiesysteme der Zukunft, dass die Hauptexporteure dieser Edelmetalle „unzuverlässige Lieferländer“ seien, nicht zuletzt Russland. Das decke momentan vier Zehntel des weltweiten Bedarfes an Palladium und könne entsprechend an der Preisschraube drehen. W.K.

China bangt um Kredite

Kiel/Washington – Laut einer gemeinsamen Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und der Weltbank stößt die Verwirklichung des chinesischen Jahrhundertprojekts Neue Seidenstraße auf erhebliche Schwierigkeiten. Viele der in die Initiative eingebundenen Schwellen- und Entwicklungsländer können die Kredite, die sie für die Modernisierung ihrer Infrastruktur bei den Banken in der Volksrepublik aufgenommen haben, nicht mehr bedienen. Mittlerweile sind sechs Zehntel aller von Peking vergebenen Auslandskredite von Zahlungsausfall bedroht. 2010 lag die diesbezügliche Quote nur bei fünf Prozent. Um die Neue Seidenstraße zu retten, reicht China nun massenhaft Notkredite aus, stellt neues Geld zur Verfügung, um die Abzahlung alter Schulden zu ermöglichen und so einen Schuldenerlass zu vermeiden. Bislang erhielten bereits 22 Schuldnerländer 128 Hilfsdarlehen im Umfang von 240 Milliarden US-Dollar. W.K.

Russland fehlen Arbeitskräfte

Moskau – Erstmals seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs hat Russlands Präsident Wladimir Putin bei einer Sitzung über Wirtschaftsfragen zugegeben, dass es in vielen Branchen der russischen Wirtschaft einen eklatanten Arbeitskräftemangel gibt. Und das bei einem historisch niedrigen Stand der Arbeitslosenquote von nur 3,5 Prozent. Zur Lösung des Problems schlug der Präsident vor, das bislang ungenutzte Potential in Provinzregionen und Dörfern zu nutzen, in denen die Arbeitslosenquote höher als der Durchschnitt liege. „Solche Regionen gibt es bei uns“, sagte Putin. Am höchsten ist der Bedarf in der Baubranche, in der 200.000 Stellen frei sind und bei den städtischen Versorgungsbetrieben, denen 90.000 Mitarbeiter fehlen. Putin riet, die Investitionen in die Ausbildung qualifizierter Mitarbeiter zu erhöhen. Dass die Teilmobilisierung im vergangenen Jahr den Arbeitskräftemangel vieler Branchen noch verschlimmert hat, erwähnte Putin nicht. MRK

KOMMENTARE

Entsorgte Tradition

RENÉ NEHRING

Man hat sich inzwischen daran gewöhnt. An die Versuche, durch Namensänderungen bedeutender Institutionen unseres Landes – wie der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – den Eindruck zu erwecken, als habe die Bundesrepublik Deutschland mit der deutschen Geschichte vor ihrer Gründung nichts zu tun. Und doch ist jeder neue Versuch aufs Neue schockierend.

Das jüngste Beispiel ist der Beschluss des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 5. April, den Stifter Wilhelm II. aus ihrem Namen zu streichen und künftig nur noch Universität Münster zu heißen. Vorausgegangen war, wie es auf der Webseite der Universität heißt, eine „Anregung der Gruppe der Studierenden“ zur Entwicklung „eines Konzepts zum historisch-kritischen Umgang“ mit dem Namensgeber Wilhelm II.“

Warum nicht, könnte man denken, war doch der Kaiser durchaus eine historische Figur, über die sich noch heute trefflich streiten ließe. Ein schöner An-

satz für den geforderten „historisch-kritischen Umgang“ hätte zum Beispiel eine jährliche „Wilhelm-Rede“ sein können, in der große Denker der Gegenwart eine Brücke zur Vergangenheit hätten schlagen können.

Doch der Senat der Hochschule entschied sich für die Umbenennung, die faktisch eine Nicht-Benennung ist. Denn Universität Münster (der Zusatz „westfälisch“ wurde gleich mitentsorgt) ist so nichtssagend, dass man sich fragen muss, warum nicht auch das Wort „Universität“ gestrichen wurde, klingt es doch nach Mittelalter und Elitedünkel.

In den mehr als hundert Jahren seit ihrer Gründung lehrten an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zahlreiche bedeutende Geister, unter anderem der evangelische Theologe Karl Barth, der Soziologe Helmut Schelsky, der Staatsrechtler Paul Kirchhof sowie der katholische Theologe und spätere Papst Joseph Ratzinger. Man darf gespannt sein, wohin sich eine Universität entwickelt, in der Leute, deren Namen niemand kennt, ohne Not elementare Traditionsstränge kappen.

Druck auf ÖRR wächst

HANS HECKEL

Bis Ende April wollen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ÖRR) ihren zusätzlichen Finanzbedarf für die Zeit ab 2025 anmelden. Der Betrag wird dann durch eine Kommission geprüft und muss von allen 16 Landesparlamenten absegnen werden. Die Zustimmung der Länder muss laut Rundfunkstaatsvertrag einstimmig erfolgen.

Über Jahrzehnte war all das eine Formsache. Doch die Zeiten haben sich – nicht zuletzt ausgelöst durch die Aufdeckung einer haarsträubenden Selbstbedienungspraxis beim rbb – geändert. Kam bis vor Kurzem nur verhaltener Widerstand aus Sachsen-Anhalt, lehnen nun auch Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Thüringen Beitragserhöhungen ab, wie eine Umfrage der „Welt“ bei den Staatskanzleien ergab.

Weitere Länder pochen zumindest auf „Kostendisziplin“. Die Sicht auf die verschiedenen Koalitionen, die in den

genannten Ländern regieren, zeigt, dass die Skepsis gegenüber den ÖRR parteienübergreifend herrscht, von Linkspartei bis CSU. CSU-Generalsekretär Martin Huber gibt den Sendern auch noch eine politische Botschaft mit auf den Weg: Sie sollten „informieren statt umziehen“. Er hob dabei auf die Ersetzung des Wortes Mutter durch „gebärende Person“ bei der „Tagesschau“ ab.

Ob populistischer Sturm im Wasserglas (in Thüringen und Brandenburg wird nächstes Jahr gewählt) oder nicht: Die Politik hat verstanden, dass es im Volk hinsichtlich der maßlos üppig ausgestatteten Staatssender rumort. Erst recht, seit die Zwangsgebühr selbst bei Menschen erhoben wird, die gar keine Empfangsgeräte besitzen.

Die ÖRR sind gut beraten, dem Aufbruch mit größter Bescheidenheit zu begegnen. Sonst könnte den Bundesländern nichts übrig bleiben, als den Staatsvertrag zu kündigen. Und das war es dann mit ARD und Co.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



„Mutter“ und „gebärende Person“ sind keine Synonyme: Durch die Geburt eines Kindes wird die Gebärende zur Mutter

KOLUMNE

Des Angriffs Sinn

FLORIAN STUMFALL

Es ist eines der wenigen Beispiele dafür, dass die Betreiber des Zeitgeistes ihr Tempo auch einmal zu stark forcieren. Eine Redakteurin der „Tagesschau“ hatte den Versuch unternommen, das unmissverständliche deutsche Wort „Mutter“ zu streichen und durch das Monstrum „gebärende Person“ zu ersetzen. Das war allerdings des revolutionären Eifers zu viel, und der Sender musste einen Rückzieher machen. Doch es wäre falsch, diesen erneuten Anschlag auf die deutsche Sprache als das Versehen einer einzelnen Mitarbeiterin abzutun – denn derlei geschieht nur in einer geistigen Umgebung, die ebenso verrotten wie gleichgeschaltet ist.

Zudem kennzeichnet ein solches ideologisches Milieu, dass dort andere Schwerpunkte gesetzt werden als in der wirklichen Welt. Rücksichten wie die Nähe zur Realität oder die Folgerichtigkeit eines Gedankens, vom Anliegen der Sprachästhetik ganz abgesehen, geraten in den Hintergrund, wenn nicht gar in den Verdacht konterrevolutionärer Bösartigkeit. Dies lässt sich an dem eingangs aufgeführten Beispiel leicht darstellen.

Dadurch nämlich, dass die Redakteuse „Mutter“ durch „gebärende Person“ ersetzt, nimmt sie eine inhaltliche Gleichstellung der beiden Begriffe vor, und das ist nach Wirklichkeit und Logik nicht zulässig. Denn eine „gebärende Person“ ist eine Frau, die, üblicherweise in einem Kreißsaal, gerade dabei ist, ein Kind zur Welt zu bringen. In dem Augenblick aber, da das Kind geboren ist, wird die Gebärende zur Mutter. Diese Eigenschaft behält sie auf Dauer bei, das Gebären aber ist ein zeitlich begrenzter Vorgang. Die Frau erlebt also beide Kennzeichnungen, aber nicht gleichzeitig, sondern nacheinander.

Anschlag auf die deutsche Sprache

Der Angriff der „Tagesschau“ auf die deutsche Sprache stellt sich also als ein Widerspruch zur Wirklichkeit heraus. Und – um das nicht zu vergessen – ebenso als eine Sünde gegen die Schönheit der Sprache. Doch diese beiden Rücksichten sind aus dem Katalog journalistischer Ansprüche gestrichen, weil im Sinne der Ideologie hinderlich. Hier wirken nämlich ersatzweise völlig andere Maximen. Wie überall, wo es um den Umsturz geht und die Zerstörung des kulturellen Besitzstandes, steckt dahinter der Wahn von der Gleich-

heit der Menschen, über ihre grundlegenden Rechte hinaus.

Angewandt auf die Mutter und das Ersatzkonstrukt, bedeutet das die sorglose Dreingabe der sprachlichen Fertigkeiten und der Folgerichtigkeit des Denkens. Denn diese beiden Elemente stellen eine erhöhte Anforderung dar, die dem Gleichheitsprinzip widerspricht. Denn im Geleitzug bestimmt der Langsamste die Geschwindigkeit.

Und wenn sich schon die rationalen Anforderungen schmerzlos streichen lassen, dann besteht kein Grund, bei den äs-

man sich an die Wirklichkeit halten, so wäre die Frage schnell beantwortet: Das bestimmt der Chromosomensatz im menschlichen Erbgut, letztlich die Frage nach einem vorhandenen oder fehlenden Y-Chromosom. Aber darum geht es den Veränderern der Welt gar nicht. Es geht ihnen darum, zu tilgen, was ist und an die Stelle zu setzen, was eine verschwindend kleine Minderheit haben will.

Kein Versehen eines Einzelnen

Wenn sich die Politik dazu erhebt, Grundwahrheiten zu leugnen und die Erfahrung von Jahrtausenden zu missachten, dann geschieht dies, um die Menschen ihrer inneren Sicherheit und geistigen Ordnung zu berauben. Ist es dann so weit gekommen, wird die Leere mit dem süßen Gift der Ideologie gefüllt. Was wirklich ist, erschließt sich nun nicht mehr durch die Erfahrung, sondern die Vorgabe der Herrschenden und deren illusionäre Zielsetzung. Was dieser nicht entspricht, wird getilgt.

Nun ist festzustellen und erregt bei manchem Erstaunen, dass der Umsturzversuch, dessen Teil die Genderei in allen Verästelungen darstellt, als erstes im Bereich der Gesellschaft ansetzt. Nach aller geschichtlichen Erfahrung war es früher meist so, dass eine revolutionäre Kraft zuerst die politische Macht eroberte und dann, im Besitz derselben und im Gefolge die Gesellschaft durch Maßnahmen unter ihr Joch zwang, die von Gehirnwäschen, Denunziantentum, Strafandrohungen und bis zur Zerstörung von Existenzen reichen. Diesmal sind es diese Maßnahmen, die den Boden für eine politische Allmacht bereiten. Zuerst wird die Gesellschaft verunsichert, belogen, bedroht und ihrer selbst entkleidet, dann kommt die Gewalt des Staates.

Dabei gibt es keinen sichtbaren Punkt, an welchem die Wende unmöglich wird. Die Entwicklung geht langsam und in kleinen Schritten und wie von selber und deshalb für viele unauffällig, weil verschiedene Kräfte in stiller Einigkeit daran arbeiten: fast alle Parteien ebenso wie die weit überwiegende Zahl der Medien, Teile der Kirchen, opportunistische Vertreter von Wissenschaft und Konzernen, die Gewerkschaften und allzu viele von der Politik finanzierte Organisationen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

In einem solchen Milieu werden andere Schwerpunkte gesetzt als in der wirklichen Welt

„Peking“ liegt am Kaischuppen

Das Deutsche Hafenmuseum in Hamburg nimmt Fahrt auf – Hamburger Bundesparlamentarier ermöglichten das ehrgeizige Projekt

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Das Hamburger Hafenmuseum am Bremer Kai/Hansahafen inmitten des Hafens der Freien und Hansestadt ist in die neue Saison gestartet. In Erwartung der Fertigstellung des zukünftigen Deutschen Hafenmuseums Hamburg im Stadtteil Grasbrook firmiert das Hafenmuseum am Hansahafen jetzt unter dem Namen „Deutsches Hafenmuseum – Rund um den Schuppen 50A“.

Auch nach der Eröffnung des als Zweistandort-Museum geplanten Deutschen Hafenmuseums in einigen Jahren wird das derzeitige Hafenmuseum als Freilichtmuseum und bedeutendes Denkmal für die Geschichte der deutschen Seehäfen in das Gesamtkonzept des Deutschen Hafenmuseums einbezogen. Mit dem Stückgutfrachter „Bleichen“ von 1958, den historischen Schuten (antriebslose Transportfahrzeuge für Rohstoffe) sowie dem Schutendampfsauger „Sauger IV“ von 1909, dem Schwimm-Dampfkran „Saatsee“ 1917, den Kaikränen und seinem Schaudepot im denkmalgeschützten Kaischuppen 50A sowie den attraktiven Mitmach-Angeboten soll das Hafenmuseum „Rund um den Schuppen 50A“ dann ganzjährig betrieben werden.

Damit sollen später an beiden Standorten des Deutschen Hafenmuseums alle wichtigen Themenfelder des Hafens und seiner vielfältigen Bedeutung dargestellt werden. Der Hafen war und ist eine Schnittstelle des internationalen maritimen Handels und der Lebenswelt der Menschen im Wandel der Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Am Beispiel verschiedener Häfen und ihrer Entwicklung werden die Veränderungen bis zur heutigen Zeit vor dem geschichtlichen Hintergrund veranschaulicht. In diesem Kontext wird das Deutsche Hafenmuseum ein „Museum der Globalisierung“.

Für die Umsetzung dieser Zielvorgaben eröffnete sich erst im letzten Jahr ein realistisches Zeitfenster von rund acht Jahren. 2015 hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages der



Schwimmende Attraktion des Deutschen Hafenmuseums: Die sanierte Viermastbark „Peking“ der Hamburger Reederei F. Laeisz

Stadt Hamburg für die Errichtung eines Deutschen Hafenmuseums sowie für die Rückholung der ehemals Hamburger, dann englischen Viermastbark „Peking“ aus New York und für die aufwendige Sanierung des stählernen Langstreckenseglers 120 Millionen Euro bewilligt.

Die übergeordnete Verantwortung für das Museumsprojekt wurde der Stiftung Historische Museen Hamburg übertragen. In Abstimmung mit der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie der HafenCity Hamburg GmbH und weiterer Partner wurden zunächst verschiedene Standorte für das geplante Hafenmuseum Hamburg diskutiert und wieder verworfen, bevor man sich 2019 auf ein Areal des ehemaligen Überseeterminals im gerade erschlossenen neuen Stadtteil Grasbrook am Südufer der Elbe westlich der Elbbrücken einigte. Gegenüber am Nordufer der

Elbe befindet sich der seit 2002 fortlaufend weiter ausgebaut und entwickelte Stadtteil HafenCity.

Eine besondere Attraktion des zukünftigen Hafenmuseums wird die 1911 auf der Hamburger Werft Blohm & Voss erbaute „Peking“, die derzeit noch im Hansahafen festgemacht hat. Der Langstreckensegler war bis in die 1930er Jahre auf der Salpeterfahrt nach Chile eingesetzt und hat 25 Mal mit verschiedenen Besatzungen das Kap Hoorn umrundet.

Mitfahrt auf Stückgutfrachter

Nach der Restaurierung in einer Werft in Wewelsfleth am Elbnebenfluss Krückau kehrte die „Peking“ 2017 unter dem Geleit zahlreicher Schiffe nach Hamburg zurück und ist seither Hamburgs zweiter Traditionssegler aus der Epoche der spektakulären Sturmfahrten um das Kap Hoorn

mit dem Reiseziel Chile in der Zeit zwischen 1870 und den 1930er Jahren.

Bei der Konzeptionsphase für das Museumsprojekt hat man auswärtige Experten einbezogen. Die bisher vorgestellten Ideen sehen unter anderem vor, maritime Großobjekte auf attraktiv gestalteten Freiflächen des Museums zu platzieren und das Gelände am Kai zum Bestandteil des Museums zu machen. Von einem Aussichtsturm soll der Ausblick auf die Hamburger Innenstadt ermöglicht werden.

Nach den Plänen der Stiftung Historische Museen wird das Hafenmuseum über Bereiche verfügen, die rund um die Uhr öffentlich zugänglich sind, so wie in einem modernen Hafen 24 Stunden täglich, sieben Tage die Woche und 360 Tage im Jahr gearbeitet wird. Für 2023 war die Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs für den Gebäudekomplex vorgese-

hen. Mittlerweile heißt es, der Architekturwettbewerb werde auf Grundlage der vorliegenden Planungen zum gesamten Stadtteil „in nächster Zukunft“ ausgeschrieben. Ein 5680 Quadratmeter großes Gelände ist bereits eingebnet worden, die Funktions- und Freiraumplanung des gesamten Stadtteils sind durchgeführt.

Eine Visualisierung zeigt die neue Bebauung mit einseitigen Befestigungsmauern und Hochwasserschutz. Der Museumskomplex im Zentrum ist durch eine Bastion direkt mit dem Liegeplatz der „Peking“ verbunden. Für den barrierefreien Zutritt bei Ebbe und Flut wird ein absenkbarer Ponton angelegt.

Unterdessen hat das Hafenmuseum „Rund um den Schuppen 50A“ sein vielfältiges Angebot für die Besucher nochmals erweitert. Anhand von historischen Objekten und Berichten ehemaliger Seeleute und Hafenarbeiter wird das Arbeiten am Hafen und auf den Schiffen erlebbar gemacht. Ehrenamtliche Mitarbeiter erklären und demonstrieren die Funktion originaler Werk- und Fahrzeuge auf dem Gelände rund um die historischen 50er-Schuppen am Bremer Kai aus einer langen und wichtigen Periode der Hafengeschichte: die Zeit des Güterumschlags vor der Einführung des Containers.

Mitfahrten auf dem Stückgutfrachter „Bleichen“ sind wieder möglich. In der Hafenmanufaktur kann man an Kursen im Takeln, Segelmachen und maritimen Schmieden teilnehmen. Zu besonderen Anlässen wird eine 70 Kilogramm schwere Kupferhelmtauchausrüstung in Funktion gesetzt. Besucher helfen bei der Versorgung mit Atemluft durch eine Handpumpe. Eine Dekompressionskammer veranschaulicht, wie Taucher sich nach langen und tiefen Tauchgängen in großer Enge wieder an den normalen Luftdruck gewöhnen mussten.

● Mittwochs bis freitags finden geführte Rundgänge auf der historischen Viermastbark von 10 bis 16 Uhr sowie sonabends, sonntags und an Feiertagen von 10 bis 16.30 Uhr alle 30 Minuten statt. www.shmh.de/deutsches-hafenmuseum

KINO-KRITIK

Feurige deutsche Romantik

Christian Petzolds „Roter Himmel“ im Kino – Märchenhaftes Ostsee-Idyll von französischer Leichtigkeit

Deutsche Filme haben im Ausland den Ruf, nur dann erfolgreich zu sein, wenn sie die NS-Zeit im düsteren Ton aufarbeiten oder als schwermütige Gegenwartsdramen im sozialen Elend inklusive Suchtkranken schwelgen. Insofern ist „Roter Himmel“, der jetzt in den Kinos läuft, völlig atypisch für einen deutschen Film. Die Amouren vor einer Ostseekulisse mit Sonne, Strand und Meer versprühen eine Leichtigkeit, wie man sie sonst nur aus dem französischen Kino kennt.

An die besten Werke des französischen Regisseurs Éric Rohmer erinnert Christian Petzolds „Roter Himmel“, der auch nur mit einem kleinen Ensemble auskommt. In einem Ferienhaus im Wald unweit der Ostseeküste Meck-Pomms versammeln sich zunächst vier Personen, verlieben sich, streiten sich und versöhnen sich wieder. Später komplettiert ein von Matthias Brandt gespielter krebserkrankter Verlagslektor die illustre Runde.

Bedroht ist das märchenhafte Idyll um den Jungautor Leon, seinen besten Freund, eine Eisverkäuferin und einen Bademeister von einer nahenden Naturkatastrophe. In dem trockenen Sommer kommt eine Feuerwalze näher, welche die

ganze Romantik, sprich: den Wald – das Sinnbild deutscher Romantik –, und die Liebesbeziehungen gefährdet. Am Ende bleibt mit Leon ein geläuteter Schriftsteller zurück, der sich von seiner selbstgefälligen Prosa verabschiedet, um sich

den wahren Dingen des Lebens zuzuwenden: den menschlichen Schicksalen.

Diese zu portraituren versteht Petzold meisterhaft. Bewiesen hat er das mit Frauenfilmen wie „Barbara“ (mit Nina Hoss) oder zuletzt „Undine“ (mit Paula Beer). Beer steht auch in dem auf der Berlinale mit dem Jury-Preis ausgezeichneten „Roter Himmel“ als verführerisches Wesen im Mittelpunkt und verückt als Nadja mit ihrer Sommerfrische.

Die Hauptrolle verkörpert jedoch der Österreicher Thomas Schubert als Leon, der als arroganter Kotzbrocken wie ein – in Nadja – vernarrter Fremdkörper in diesem Liebesidyll wirkt. Mit Langston Uibel als schwuler und farbiger Bettgenosse des bisexuellen Bademeisters (Enno Trebs) hat Petzold zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Damit erfüllt er die von den Filmförderungen klammheimlich geforderte Diversitätsquote. So oder so: Dieser Film sorgt für Urlaubsgefühle. H. Tews



Trügerisches Ostseeidyll: Leon (Thomas Schubert) trifft Nadja (Paula Beer)

● MELDUNGEN

Gemälde von Domscheit

Lüneburg – Mit „Ich bin doch immer unterwegs ...“ läuft vom 22. April bis 17. September in Kooperation mit dem Litauischen Nationalen Kunstmuseum im Ostpreußischen Landesmuseum eine Ausstellung über den deutsch-litauischen Maler Franz Domscheit (1880–1965). www.ol-ig.de tws

Die Oder als Fotomodel

Potsdam – Vom 21. April bis 18. Juni präsentiert das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam die Sonderausstellung „Götz Lemberg. ODER-CUTS. Porträt einer Grenz.Fluss.Landschaft“. Im Mittelpunkt stehen Fotografien von der Oder. Internet: www.hbpg.de tws

OTTO I.

Der Bayernkönig, der nie regierte

Keiner der sechs bayerischen Könige hielt sich länger auf dem Thron als der vorletzte. Vor 175 Jahren wurde er geboren

VON MANUEL RUOFF

Eine erste Freude in dieser ersten Zeit“. So bezeichnete die zweifache Mutter Marie die Geburt ihres zweiten Sohnes Otto am 27. April 1848. Die Interpretation ist verständlich. Sie selbst war Königin und in Europa herrschte Revolution. Letztere hatte ihren Schwiegervater, Ludwig I., hinweg und ihren Mann als Maximilian II. vorzeitig auf den Thron gespült. Die Zeiten waren aufregend und Otto kam zwei Monate zu früh zur Welt. „Und somit ist zu erklären, daß die gute Königin Mutter mitten in den ganzen Wirren aus dieser Angst heraus plötzlich zu früh ihr Kind geboren hat und diese ganzen Ängste, die sie erlebt hat, dann auf ihren Sohn Otto übertragen hat.“ Diese Interpretation des luxemburgisch-bayerischen Historikers und Autors Jean Louis Schlim klingt plausibel, doch bietet sie keine Erklärung dafür, dass Ottos älterer Bruder Ludwig später ebenfalls verhaltensauffällig wurde.

Die beiden Brüder verstanden sich und hatten Gemeinsamkeiten. Es gab allerdings auch Unterschiede, die den jüngeren zumindest für damalige Verhältnisse fast geeigneter für die Krone erscheinen ließen. Während der großgewachsene, drahtige, dunkelhaarige Ludwig als introvertiert, zurückhaltend und fast schüchtern herüberkam, punktete der kleine, etwas gedrungene, blonde Otto mit seiner lebhaften, heiteren, kontaktfreudigen, leutseligen, offenen und liebenswerten Art. Während Ludwig gerne mit Bauklötzen spielte und am Alpsee fischte, war Otto waffenaffiner. Gerne ging er auf die Jagd oder spielte mit Zinnsoldaten. Beide liebten Musik, aber wo es Ludwig zu Oper und Richard Wagner zog, da bevorzugte Otto die leichtere Operette und Jacques Offenbach. Otto schwärmte für Theater wie Ballett, und auch zum anderen Geschlecht fand er

offenkundig leichter Zugang. Otto wird als regelrechter Sonnyboy beschrieben bis hin zum Vorwurf eines liederlichen Lebenswandels.

Beginn des Königtums 1886

Ganz begeistert äußerte sich seine Cousine Therese, die Tochter des späteren Prinzregenten Luitpold: „Er war unbewusst liebenswürdig, nicht berechnend, nicht gesucht, sondern gerade durch seine bescheidene Liebenswürdigkeit äußerst gewinnend. Zu dieser liebenswür-

digen Bescheidenheit gesellte sich eine Einfachheit und Natürlichkeit, die anziehen musste. Offen und gerade in seinem Wesen war er unerschütterlich fest, wenn es galt, seine Überzeugung zu vertreten. Dazu beseelte ihn eine seltene Güte, ein seltenes Wohlwollen für die Menschheit, welche mich an die meines Vaters gemahnte. All diese edlen Charakterzüge zogen mich an und im Umgang mit ihm fühlte ich mich gehoben, fühlte ich mich, ein besserer Mensch zu werden.“

Nachdem ihr gemeinsamer Vater 1864 überraschend gestorben war, unterstützte Otto seinen älteren Bruder loyal nach Kräften bei der Repräsentation der Krone. Nach dem Ausbruch des Deutschen Krieges 1866 nahm der Prinz im Gegensatz zum König an vorderster Front an den Kämpfen teil. Nach seiner Heimkehr sollen bei ihm vermehrt psychische Veränderungen aufgefallen sein. Der Zeitpunkt lässt auf einen kausalen Zusammenhang mit schrecklichen Fronterlebnissen schließen. Allerdings wurden bereits spätestens Mitte 1865 bei Otto die ersten Anzeichen einer psychischen Störung festgestellt.

Wie am Deutschen nahm Otto auch am Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 aktiv teil. Wie zuvor schon bei anderen Gelegenheiten vertrat er bei der Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles seinen Bruder.

Aufgrund seiner zunehmenden Menschenscheu spielte Ludwig mit dem Gedanken, zugunsten seines Bruders auf den Thron zu verzichten. Das erwies sich jedoch zunehmend als unrealistisch. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg verschlechterte sich Ottos Gesundheitszustand rapide. Nun wurde er zunehmend menschenscheu. Ab Januar 1872 galt Otto als geisteskrank.

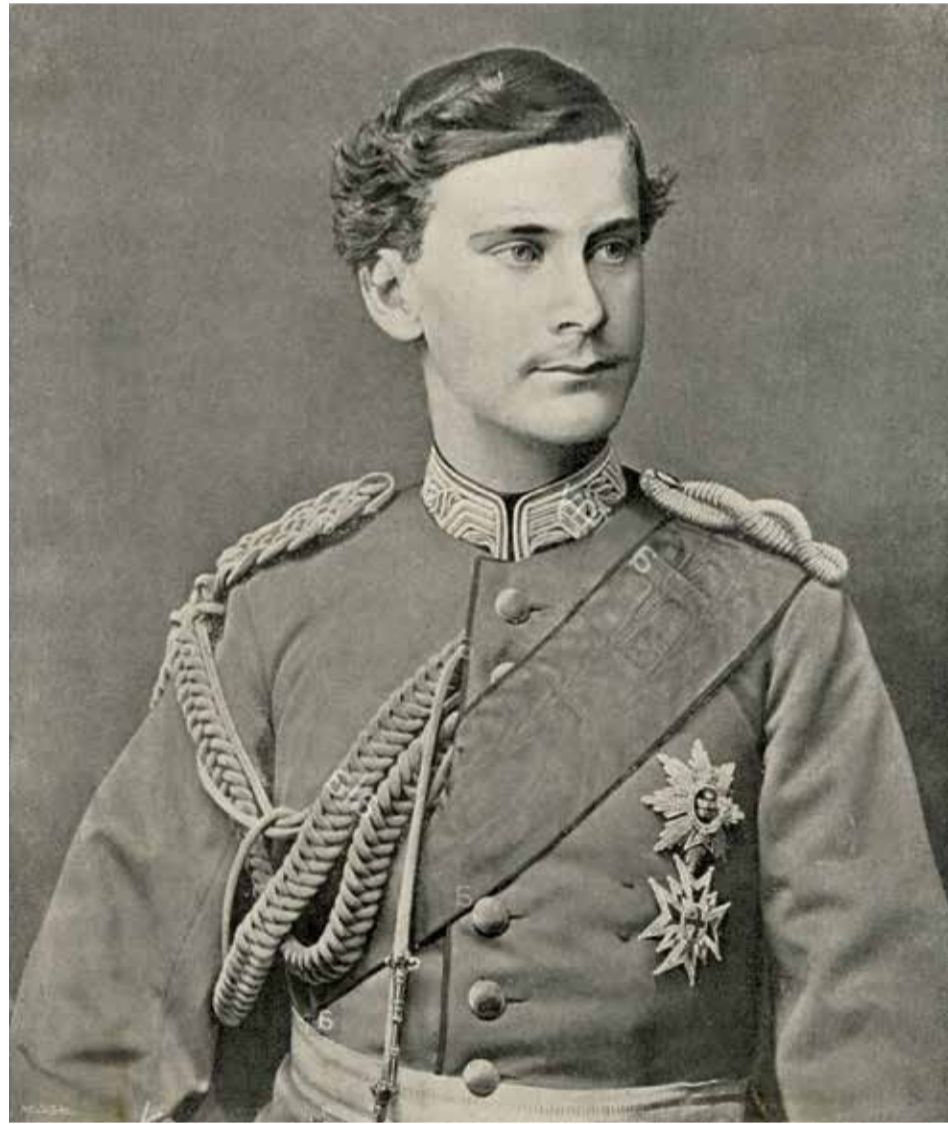
Ende des Königtums 1913/1916

Wie weiland der jüngere gegenüber dem älteren erwies sich nun der ältere gegenüber dem jüngeren Bruder als loyal. Ludwig versuchte Otto die damalige Diskriminierung Geisteskranker weitgehend zu ersparen. Möglicherweise resultierte Ludwigs Empathie und Sympathie auch aus einer Wesensverwandtschaft. Eine solche schloss offenkundig auch Ottos behandelnder Arzt Bernhard von Gudden nicht aus. So notierte Ludwig nach einer Audienz, die er im Jahre 1874 dem Arzt seines Bruders gewährt hatte: „Gudden sieht mich zuweilen so eigentümlich an. Wenn er nur nicht auch an mir noch irgendetwas herausfindet.“

1875 kam es zu einem Eklat, der Ottos Geisteskrankheit öffentlich machte. Während der Fronleichnamsmesse in der Münchner Frauenkirche stürmte er in Jagdkleidung in das Gotteshaus und bat den zelebrierenden Erzbischof Gregor von Scherr auf den Knien um Vergebung seiner Sünden. Nach diesem Zwischenfall wurde Otto vom Schloss Nymphenburg ins Schloss Schleißheim verbracht und unter noch stärkere Überwachung gestellt. Nach einer weiteren Verschlimmerung des Zustandes wurde der zwischenzeitlich Entmündigte in das Schloss Fürstenried bei München gebracht, das eigens für ihn umgebaute wurde.

Dem gesundheitlichen Abstieg stand ein protokollarischer Aufstieg gegenüber. Nach dem mysteriösen Tode König Ludwigs II. im Starnberger See wurde er im Jahre 1886 dessen legitimer Nachfolger. In stärkerem Maße als bei seinem Bruder bestand bei Otto aber kein Zweifel an dessen Regierungsunfähigkeit. Folgerichtig hatte statt ihm ihr gemeinsamer Onkel väterlicherseits Prinz Luitpold für Ludwig nach dessen Erklärung für regierungsunfähig die Regentschaft übernommen, und folgerichtig setzte er seine Regentschaft nach Ludwigs Tod nun für Otto fort. Die Verklärung der Regierungszeit des Prinzregenten liegt nicht zuletzt an dessen Bescheidenheit. Selbst im hohen Alter begnügte er sich mit dem vergleichsweise schlecht vergüteten Posten eines Reichsverwesers und stand bei Thronreden stets neben dem Thron.

Luitpolds ältester Sohn Ludwig war da weniger bescheiden. Er begnügte sich nach dem Tode seines Vaters 1912 nur für eine kurze Übergangszeit mit der Regentschaft. 1913 machte er sich ungeachtet der Tatsache, dass dieser noch lebte, zu Ottos Nachfolger. Wenigstens den Königstitel ließ er dem von Thron Gestoßenen, sodass Bayern skurrilerweise mit Ludwig III. und Otto I. nun zwei Könige parallel hatte, bis letzterer am 11. Oktober 1916 auf Schloss Fürstenried verschied.



Als junger Prinz: Bayerns fünfter König Otto I.

Foto: Wikimedia

HOLTZBRINCK

Vom Buchklub zu einem der bedeutendsten Medienkonzerne

Firmenleitung in dritter Generation: Seit 75 Jahren ist das Unternehmen in Familienhand

Holtzbrinck – der unbekannte Riese“, lautete die Überschrift eines Artikels in der „FAZ“ über die gleichnamige Verlagsgroupe. Tatsächlich gehörte es zur jahrzehntelangen Tradition des Familienunternehmens, möglichst wenig in der Öffentlichkeit präsent zu sein. In den bunten Illustrierten wird man den Namen kaum finden. Wohl deshalb ist kaum bekannt, dass die Verlagsgroupe Georg von Holtzbrinck eines der vier wichtigsten Medienunternehmen Deutschlands ist.

Bekannter als die Familie von Holtzbrinck sind die Namen ihrer Markenartikel im Sortiment: Buchverlage wie S. Fischer und Rowohlt oder Zeitungen wie das „Handelsblatt“ und der Berliner „Tagesspiegel“ gehören zum Familienunternehmen. Holtzbrinck ist heute die Nummer eins im Bereich der Wissenschafts- und Fachpublikationen sowie Unterrichtsverke, und versteht sich als dezentrale Familienholding, die Autoren, Forscher, Lehrer und Leser in ihrem Vorankommen unterstützen möchte.

Die Anfänge waren recht bescheiden. Georg von Holtzbrinck, dessen Todestag sich am 27. April zum 40. Mal jährt, entstammte einer adligen Gutsbesitzerfami-



Firmengründer und Sohn: Georg von Holtzbrinck (l.) gründete das Unternehmen, Stefan (r.) führt die Familienholding heute



Fotos: Ullstein; imago/Lichtgut

lie aus Hagen in Westfalen, die durch Misswirtschaft und Inflation verarmt war. Der spätere Verlagsgründer hatte ein Jura-Studium begonnen und musste für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommen. 1931 baute er ein Zeitschriften- und Buchverlagsgeschäft auf. 1933 war er der NSDAP beigetreten, was seinen Neuanfang nach

dem Krieg erschweren sollte. Nach der vorzeitigen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft erhielt er Berufsverbot. Im Entnazifizierungsverfahren wurde Holtzbrinck zur Zahlung von 1200 Reichsmark verurteilt. 1948 gründete er sein Unternehmen in Stuttgart neu. Zunächst firmierte er unter dem Namen „Stuttgarter

Hausbücherei“, später als „Deutscher Bücherbund“, einem Buchklub ähnlich dem des Bertelsmann Verlags.

Neubeginn in Stuttgart

Trotz seiner NS-Vergangenheit gelang es dem Verlagsgründer, ab den 1960er Jahren ehemals jüdische Verlage wie S. Fischer zu erwerben. In den Folgejahren kamen Anteile an den renommierten Publikumsverlagen Rowohlt, Droemer Knauer und Kindler hinzu. Es erfolgte der Einstieg bei der „Saarbrücker Zeitung“ und beim „Handelsblatt“, was Anlass zur Gründung der Holding gab. 1971 wurde mit Sitz in Stuttgart die Medien-Holding Holtzbrinck Publishing Group gegründet, die heute der jüngste Sohn des Firmengründers, Stefan von Holtzbrinck, leitet.

Aus der Ehe mit Addy geborene Griesenbeck gingen drei Kinder hervor, von denen die 2019 verstorbene Monika und Georg-Dieter im Konzern mitwirkten. Dass der jüngste Sohn Stefan als uneheliches Kind aus der Liaison mit der Sekretärin des Buchverlegers hervorgegangen ist, war ein lange gehütetes Geheimnis, ebenso wie die Tatsache, dass Georg von Holtzbrinck jahrelang ein Doppelleben führte.

Zwar sorgte er für seine beiden Familien vorbildlich, bekannte sich jedoch erst Mitte der 70er Jahre zu Stefans Vaterschaft.

Für die Expansion auf den englischsprachigen Markt Mitte der 1980er Jahre zeichnet Sohn Dieter verantwortlich. Zunächst übernahm er in den USA die Verlage Scientific American und Henry Holt, Mitte der 1990er Jahre kam das britische Unternehmen Macmillan Publishers hinzu. Mit dem Verkauf des Deutschen Bücherbunds wurde ein stärkeres Engagement in elektronische Medien beschlossen. Nach der Umstrukturierung 2009 konzentriert sich das Unternehmen auf Wissenschaft, Bildung und Buchverlage, während die abgetrennte Dieter von Holtzbrinck Medien ihren Schwerpunkt bei Presse und Publikumszeitschriften hat.

Nach Umwegen fand auch Stefan von Holtzbrinck, der nächsten Monat seinen 60. Geburtstag feiert, den Weg ins väterliche Unternehmen. Seit Mai 2001 ist er Vorsitzender der Geschäftsführung und zählt zu den 50 reichsten Personen in Deutschland. Die Mitarbeiterzahl der erfolgreichen Holding wuchs 2020 auf 5067, der Umsatz lag bei 3,2 Milliarden Euro.

Manuela Rosenthal-Kappi

VON MALTE HERWIG

Es ist der 30. Juni 1935, und Adolf Hitler hat Probleme mit seiner Eva: „Mußte es E. wieder einmal sagen, sie ist eine junge Frau und wenn sie mich weiterhin so drängt, sie möchte mehr an meiner Seite sein und auch einmal eine Familie haben, muß ich mich von ihr trennen.“ Sorgen macht ihm am gleichen Tag auch das Stechen in seiner Brust, „da sich meine Ärzte bei einer Untersuchung immer so komisch ansehen.“

Wie menschlich, wie nachvollziehbar: Wer kennt solche Sorgen nicht? Und was tut der Führer des deutschen Volkes, der mit diktatorischer Hand über das Dritte Reich herrscht, um sich von der Last der Staatsgeschäfte zu erholen? „Habe mir etwas Entspannung durch Aktmalerei besorgt“, vertraut der verhinderte Kunstmalere einen Monat später seinem Tagebuch an. „Werde sooft es die Zeit erlaubt mit Zeichenblock und Stift arbeiten.“

So jedenfalls steht es in den angeblichen Tagebüchern des Adolf Hitler, mit deren Veröffentlichung das Magazin „Stern“ am 28. April 1983 einen der größten Presseskandale der Bundesrepublik auslöste. „Wie Sternreporter Gerd Heidemann die Tagebücher fand“, lautete der Titel der 14-seitigen Geschichte, die in Ausgabe 18 des Magazins erschien – jenem berühmten-berühmten Heft, auf dessen Titelseite ein blaues Tagebuch mit den goldenen Initialen „FH“ abgebildet war.

Rätselraten um die Initialen „FH“

Dann nahm die Tragikomödie ihren Lauf, und die Welt rätselte unter anderem über die Frage, was „FH“ denn zu bedeuten habe. „Führer Hitler“? „Führerhauptquartier“? „Führers Hund“? Für die Fans von Helmut Dietls großartiger Komödie „Shtonk“ (1992) sei klargestellt: Ähnliche Diskussionen hat es im Verlagshaus von Gruner + Jahr in Hamburg damals tatsächlich gegeben. Als sich ein Redakteur über die Fraktur-Initialen aus billigem Plastik auf den Tagebüchern wunderte, antwortete Heidemann, Hitlers Sekretär Martin Bormann persönlich habe ihm erzählt, dass sich schon „der Führer“ über die Buchstaben geärgert habe, da man sie leicht als „IH“ lesen könne: „Idiot Hitler“.

Auch die renommierte Fernsehjournalistin Barbara Dickmann war skeptisch, als der „Stern“ sie 1983 von den „Tages-themen“ abwarb, um auf den letzten Metern für „stern-TV“ schnell noch einen Film über den sensationellen Fund zu produzieren. Publicity für die weltweite Vermarktung der Hitler-Story, hoffte der Verlag. Ich mache keinen Werbefilm, dachte sich Dickmann.

Am Tegernsee stellte ihr Gerd Heidemann Hitlers-Chefpilot Hans Baur, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS a.D., vor. Dieser sollte vor der Kamera erzählen, wie das war mit der abgestützten Führermaschine des Piloten Gundelfinger, in der sich die Tagebücher angeblich befunden hatten.

Ein Werbefilm für die Weltsensation

Da man beim „Stern“ um jeden Preis vermeiden wollte, dass vor dem Erscheinen der Weltsensation irgendetwas bekannt wurde, drehte Dickmann unter höchster Geheimhaltung mit einem internationalen Team, zu dem auch ein israelischer Kameramann gehörte.

Erste Bedingung von Baur und seinem Aufpasser: Der jüdische Kameramann darf nicht ins Haus! Gerd Heidemann hatte eine Begründung für den unerhörten Vorgang, erinnert sich Dickmann: „Ein israelischer Kameramann könnte irgendwas erzählen, da kann man sich nicht drauf verlassen, schon gar nicht wenn der bei Baur und den ganzen großkopfigen Nazis dreht“. Heidemann selbst erinnert sich heute nicht mehr an den Kameramann. Er wisse nur, „dass das Filminterview mit General a.D. Hans Baur ohne Komplikationen durchgeführt wurde“, teilt er auf Anfrage mit.



Historische Blamage: Die Ausgabe 18/1983 des „Stern“ mit der vermeintlichen Weltsensation

Foto: ullstein

HITLER-TAGEBÜCHER

Triumph der Sensationgier

Vor vierzig Jahren blamierte sich der „Stern“ mit der Präsentation der vermeintlichen Tagebücher Adolf Hitlers. Was als Coup geplant war, wurde zu einem der größten Skandale der deutschen Pressegeschichte

Dickmanns Eindruck von Baur: „Er war natürlich ein Nazi erster Güte, ist ja klar.“ Und an solchen Nazis hatte man im Verlag Gruner+Jahr gerade großen Bedarf. Bei Karl Wolff, dem ehemaligen General der Waffen-SS und Stabschef von Heinrich Himmler, wurde es der Filmemacherin langsam unheimlich. „Ich saß am Küchentisch, und der Herr Wolff erzählte dann aus der ganzen Zeit und die Tochter hat uns Tee gemacht und ich saß da und aß ihre selbstgebackenen Plätzchen. Und dann so zwischendrin habe ich mir gedacht: Was machst du da eigentlich? Du sitzt da ganz gemütlich mit einem der höchsten Offiziere von Hitler und lässt dir da Tee einschenken.“

Stoff für eine Illustrierte

Doch anders als Gerd Heidemann, der den SS-General „Wölfchen“ nannte und als Trauzeugen auf seine Hochzeit einlud, sollte Barbara Dickmann ihre professionelle Distanz nicht verlieren. Obwohl sie zu den wenigen gehörte, die in das Geheimprojekt eingeweiht waren, hielten Heidemann und Thomas Walde, der Ressortleiter Zeitgeschichte beim „Stern“, sie auf Distanz. Sie durfte filmen, wie Heidemann die Tagebücher aus dem Safe einer Züricher Bank holt. „Aber ich durfte sie

nicht anfassen oder aufblättern“. Später bekam sie lediglich einige Zitate zum Abfilmen vorgelegt.

Schon die wenigen Ausschnitte, die Dickmann filmen durfte, machten sie misstrauisch. Sie fand die ausgewählten Passagen „ziemlich schwach“. Neue Erkenntnisse über das Dritte Reich, über Judenvernichtung und Kriegsgeschehen? Fehlanzeige. Stattdessen: Hitlers Privatmeinung zu den Novemberpogromen 1938 (pure Geldverschwendung) oder zum Holocaust (Himmler ist schuld) und ein Schlüssellochblick ins Führer-Schlafzimmer (Eva hat eine Scheinschwangerschaft). Eine braune Wundertüte – wie gemacht für eine Illustrierte. Das Hitler-Bild, das aus diesen Tagebüchern erscheint, ist ein anderes als das der Geschichtsbücher: Es zeigt den „Führer“ als ganz normalen Menschen.

Dickmann zweifelte, ob die „Stern“-Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt sich überhaupt der Wirkung bewusst waren, die eine Veröffentlichung von Tagebüchern Adolf Hitlers in der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre haben würde. Aber ihr Co-Autor Klaus Harpprecht schien der einzige zu sein, der diese Zweifel teilte. Der renommierte Journalist und ehemali-

ge Redenschreiber von Willy Brandt war mit einer Auschwitz-Überlebenden verheiratet und über jeden politischen Zweifel erhaben. Er führte für die „Stern“-Dokumentation Interviews und sprach einen Kommentar am Ende des Films.

Darin warnte Harpprecht vor der Gefahr, die von dem Einblick in das Seelenleben des Diktators Adolf Hitler ausgeht: „Der nette, der fürsorgliche, der menschliche Hitler. Das kann der Ansatz einer neuen Legendenbildung, die Overtüre einer Verklärung sein. Eine Stimmung, die danach drängt, scheint sich vorzubereiten, auch bei manchen Jungen.“

Der braune Herr Kujau

Es ist durchaus denkbar, dass die „Hitler-Tagebücher“ in den 1980er Jahren einen deutschen Geschichtsrevisionismus beflügelt hätten, wären sie nicht bald als Fälschung aufgefliegen und zurück in einen Safe im Keller des Verlagsgebäudes von Gruner+Jahr verfrachtet worden.

Tatsächlich haben umfangreiche Recherchen des NDR erst vor wenigen Wochen gezeigt, wie braun der Sumpf war, aus dem die Hitler-Tagebücher des „Stern“ quollen. Alt- und Neonazis, Wafenschieber und Kriminelle waren daran beteiligt, dass die Ausgeburt von Kujaus

Phantasie in den „Stern“ und an die deutsche Öffentlichkeit gelangen konnte.

Einer von Kujaus Helfern war der Rechtsanwalt Peter Stöckicht, der Mitglied der NPD war und auch den Neonazi Michael Kühnen vertrat. Ein anderer war der Stuttgarter Neonazi Lothar Zaulich, der als Kühnens Pressesprecher auftrat und Kujau in seiner Fälscherwerkstatt dabei half, sich Hitlers Handschrift anzueignen. Und der listige Hochstapler und Selbstvermarkter Konrad Kujau, den man aus lustigen TV-Auftritten bei Thomas Gottschalk kennt? Der bezeichnete sich selbst, bevor alles aufflog, als überzeugten Neonazi, besuchte seine Stammkneipe in SS-Uniform und hob die Schreibhand zum Hitlergruß.

Weder die Verlagsleitung von Gruner+Jahr noch die Chefredaktion schienen sich Gedanken gemacht zu haben, mit wem sie sich für diese Geschichte eigentlich an einen Tisch setzten. Im Gegenteil: Um die Tagebücher besser vermarkten zu können, ließ sich der „Stern“ sogar auf einen Deal mit der Familie von Rudolf Heß ein: Als Gegenleistung für Informationen über Hitlers noch immer in Spandau inhaftierten ehemaligen Stellvertreter verpflichteten sich Walde und Heidemann, ein Interview mit dessen Frau und Sohn im „Stern“ abzdrukken, in dem diese Hitler und Heß als Männer beschrieben, die nur den Weltfrieden im Sinn gehabt hätten.

Alle Zweifel ignoriert

Nur die beiden Filmemacher Dickmann und Harpprecht hakten nach, obwohl sie ja eigentlich bloß einen Marketingfilm für den größten Fund der „Stern“-Geschichte produzieren sollten. Harpprecht fragte Chefredakteur Felix Schmidt, ob denn mit den „Stern“-Honoraren nicht Aktivitäten finanziert werden könnten, „die weder Ihnen, noch mir, noch, wie ich hoffe, der Mehrzahl Ihrer Leser sehr sympathisch sein können“. Schmidts schmallippige Antwort: „Nach den uns vorliegenden Informationen ist das unwahrscheinlich.“

Der Motor hinter der Geschichte war laut Barbara Dickmann vor allem eins: „Die Sensationgier des ‚Stern‘, eine weltweit beachtete Story herauszubringen, nämlich die Schlagzeile: Wir haben die Hitler-Tagebücher gefunden.“ Dafür hatte der Verlag am Ende fast zehn Millionen Mark gezahlt. Was aus dem Geld wurde, konnte auch der anschließende Prozess gegen Konrad Kujau und Gerd Heidemann nicht klären. Fest steht nur: Die Verantwortlichen bei Gruner+Jahr schienen es nicht zu interessieren, bei welchen dubiosen Typen der Lohn für ihren Knüller gelandet war.

„Die haben Glück gehabt, dass es ‚Shtonk!‘ gegeben hat“, sagt Barbara Dickmann rückblickend. „Dadurch wurde das ganze vom ‚Stern‘ weggenommen und ins Lächerliche gezogen“. Der Film aber, den Barbara Dickmann und Klaus Harpprecht damals über den Fund gemacht haben, ist noch immer sehenswert.

Er zeigt, dass man sich als Journalist nicht mit einer Sache gemein machen muss, auch nicht mit der eigenen. Dass man kritisch nachfragen kann, auch wenn alle wollen, dass man einen Werbefilm über Journalismus dreht. Dass die heute so vielbeschworene journalistische Haltung manchmal dann am mutigsten ist, wenn sie sich gegen die Chefredaktion und die Verlagsleitung im eigenen Haus richtet.

● **Dr. Malte Herwig** ist Publizist und Schriftsteller. Zu seinen Büchern gehört „Meister der Dämmerung, Peter Handke“ (DVA 2010) und „Der große Kalanag. Wie Hitlers Zauberer die Vergangenheit verschwinden ließ und die Welt eroberte“ (Penguin Verlag 2021). 2018 entdeckte Herwig im Keller des ehemaligen „Stern“-Reporters Gerd Heidemann hunderte Audiokassetten mit Gesprächen, die dieser zwischen 1980 und 1983 mit Konrad Kujau geführt hatte, und produzierte danach für Gruner+Jahr den preisgekrönten Podcast „Faking Hitler“.

<https://publicorum.com>

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als die Einwohnerzahl im Großraum New York in den 1950er Jahren die Zehn-Millionen-Grenze überschritt, war die erste „Mega-Stadt“ der Welt geboren. Später erhielten dann auch Tokio-Yokohama, das indonesische Städtekonglomerat Jabodetabek, Indiens Hauptstadtterritorium Delhi, die Pambansang Punong Rehiyon Manila, Grande São Paulo und viele weitere Ballungszentren rund um die Welt den Titel „Megalopolis“. In Afrika betraf dies bislang allerdings nur Groß-Kairo, Groß-Lagos und den Hauptstadtdistrikt von Kinshasa. Doch nun wächst im Westen des Schwarzen Kontinents eine Mega-Region heran, welche zum größten urbanen Raum und möglicherweise auch Wirtschaftszentrum unseres Planeten aufsteigen könnte.

Einer der Kristallisationskerne dabei ist Lagos in Nigeria. Dort leben derzeit rund 25 Millionen Menschen. Wäre Lagos ein Staat, stünde er in puncto Wirtschaftskraft immerhin an vierter Stelle in Afrika. Dabei hatte Lagos 1901 noch 37.000 Einwohner. Im Jahre 2100 soll es die bevölkerungsreichste Stadt der Welt sein mit mehr als 88 Millionen Menschen. Ähnliche Wachstumsraten werden auch für Abidjan, das Verwaltungszentrum der Elfenbeinküste, Accra in Ghana, Lomé in Togo und Cotonou in Benin erwartet. Infolgedessen steht die Geburt einer Metropolregion bevor, welche sich über fast eintausend Kilometer entlang der westafrikanischen Küste erstreckt und alles bislang Dagewesene in den Schatten stellt.

Jeder vierte Erdenbürger Afrikaner

Fachleute wie Daniel Hoornweg von der Ontario Tech University im kanadischen Oshawa sehen zwischen Abidjan und Lagos nicht nur das größte zusammenhängend besiedelte Gebiet im globalen Maßstab entstehen, sondern prognostizieren zugleich, dass hier 2100 um die 500 Millionen Menschen leben könnten. Das korrespondiert mit dem vermutlichen Anwachsen der Bevölkerungszahl in Afrika insgesamt. Die soll von derzeit etwa 1,4 Milliarden auf 3,9 Milliarden zum Ende dieses Jahrhunderts steigen, womit dann 40 Prozent aller Erdenbürger Afrikaner wären.

Natürlich würde das gigantische neue Ballungszentrum infolge der dynamischen Urbanisierung aller Zeiten eine immense geopolitische Bedeutung erlangen, zumal auch noch Ausstrahlungseffekte entlang der afrikanischen Westküste bis nach Dakar-Pikine im Senegal und Luanda in Angola zu erwarten sind, wo ebenfalls Keimzellen für Mega-Städte liegen. Andererseits könnte sich der wirtschaftliche Aufschwung in der Abidjan-Lagos-Metropolregion trotz aller räumlichen Expansion in Grenzen halten, wodurch



„Unglaublich unstrategisch“: Die nigerianische Wirtschaftsmetropole Lagos zählt jetzt schon rund 15 Millionen Einwohner

Foto: imago/Focal Point Agency

BEVÖLKERUNGSEXPLSION

In Westafrika wuchert die größte Mega-Stadt der Welt heran

Im Jahre 2100 werden in einem einzigen Ballungsraum, der von Abidjan in der Elfenbeinküste bis zum nigerianischen Lagos reicht, vermutlich 500 Millionen Menschen leben

dann eher ein soziales Pulverfass und Ausgangspunkt für Migrationsströme ohnegleichen statt eines Motors der Weltwirtschaft entstünde. Immerhin denken momentan drei Viertel aller jungen Menschen in der Region ans Auswandern. Das dürfte sich jedoch ändern, wenn die im Aufbau befindliche Auto-Industrie in Nigeria und Ghana künftig für Wohlstandsschübe sorgt.

Dennoch besteht selbst bei einer günstigen Entwicklung die Gefahr der Entstehung riesiger Slums rund um einige wenige neue globale Leuchttürme des Reichtums. Schließlich neigen westafrikanische Großstädte grundsätzlich dazu, auf chaotische Weise in die Breite anstatt kontrolliert in die Höhe zu wachsen, was aus der nahezu komplett planlos verlaufenden Urbanisierung resultiert. Die Regierungen in Westafrika gingen im Hinblick auf die Stadtentwicklung „unglaublich unstrategisch“ vor, beklagt der gha-

naische Unternehmer und Analyst Bright Simons. Hierzu gehört die Vernachlässigung der Verkehrsinfrastruktur. Die hemmt zudem auch die Intensivierung des Handels.

Wachstum verläuft chaotisch

Zwar haben sich 54 afrikanische Länder im Jahre 2019 auf die Einrichtung einer Freihandelszone geeinigt, doch fehlt es überall an Autobahnen. So existieren außer der 45 Kilometer langen vierspurigen Schnellstraße zwischen Accra und Kasoa auf den rund tausend Kilometern zwischen Abidjan und Lagos nur Verkehrsadern mit zwei Spuren, die durch enge Ortschaften führen. Darüber hinaus lauern dort überall korrupte uniformierte Wegelagerer: 70 Straßensperren der Polizei auf 500 Kilometern Strecke stellen keine Seltenheit dar. Gleichmaßen hinderlich sind die Zustände an den vier Staatsgrenzen zwischen Abidjan und Lagos.

Dazu kommen Sprachbarrieren und Mentalitätsunterschiede. Während die Elfenbeinküste, Benin und Togo zum französischen Kolonialreich gehörten, waren Nigeria und Ghana britisch beherrscht, was man noch heute spürt. Insofern wäre es dringend nötig, sich auf eine gemeinsame Verkehrssprache zu einigen. Das scheitert aber an zwischenstaatlichen Eifersüchteleien und chauvinistischen Attitüden, welche die Zusammenarbeit über die einstmaligen von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen erheblich behindern.

Am ehesten besteht Einigkeit, was den Bau einer Küsten-Autobahn zwischen Abidjan und Lagos betrifft. Die vier- bis sechsspurige Straße soll schon 2026 fertig sein und von der Afrikanischen Entwicklungsbank mit umgerechnet 14,6 Milliarden Euro bezuschusst werden. Der Verkehrsweg könnte den grenzüberschreitenden Handel um mehr als ein Drittel steigern und zu wachsenden Immobilienpreisen entlang

der Transportachse führen. Diese würden dann im Idealfall die Slumbildung eindämmen und Anreize zum effizienteren Bauen in die Höhe geben. Aber auch das kostet Geld, von dem unklar ist, woher es stammen soll. Nach Schätzungen des ugandischen Ökonomen Michiel de Haas benötigt die Region schon jetzt jährlich 18,7 Milliarden Euro für die Schaffung von akzeptablem Wohnraum. Dazu kommen 23,4 Milliarden pro Jahr für Investitionen in die übrige Infrastruktur. Um hier Kapitalgeber zu finden, braucht es vor allem die richtigen Steueranreize und einen ausreichenden Rechtsschutz.

Insofern ist also noch ungeheuer viel zu tun, wenn die entstehende Metropolregion Abidjan-Lagos nicht zu einem gigantischen Moloch voller Armut sowie Weltrekordler beim Export von Wirtschaftsemigranten werden soll, sondern das neue Zentrum des Fortschritts an der Schwelle zum 22. Jahrhundert.

STADTENTWICKLUNG

Gigantische Bauprojekte sollen Ägypten umkrepeln

Allein die neue Hauptstadt östlich von Kairo wird voraussichtlich 60 Milliarden Euro kosten

Während die Metropolen in Westafrika unkoordiniert wuchern und zu einer neuen Megalopolis zusammenwachsen (siehe oben), folgt der Städtebau in Ägypten den gigantomanischen Plänen des seit 2014 amtierenden Präsidenten Abd al-Fattah Said Husain Chalil as-Sisi, der durch einen Staatsstreich des Militärs an die Macht gelangte.

So lässt dieser an der Küste des Mittelmeeres 100 Kilometer westlich von Alexandria die New Alamein City mit drei Universitäten, 15.000 Hotelzimmern und Wohnraum für bis zu drei Millionen Menschen aus dem Boden stampfen, was bislang umgerechnet vier Milliarden Euro verschlungen hat.

Noch „etwas“ teurer fällt die zukünftige ägyptische Hauptstadt namens al-Asima al-Idariya al-Gadida (Neue Verwaltungshauptstadt) 50 Kilometer östlich von Kairo aus, die alles in allem wohl 60 Milliarden Euro kosten dürfte. Dafür entstehen auf einer Fläche so groß wie Singapur 663 Krankenhäuser, 2000 Schulen, 40.000 Hotelzimmer und 1250 Moscheen, darunter die imposante fünfstöckige al-Fattah-al-Alim-Moschee für 17.000 Gläubige.

Dazu kommen der 1000 Meter aufragende Wolkenkratzer Oblisco Capitale, der nach seiner Fertigstellung 2030 das höchste Gebäude der Welt sein könnte, und mehrere Millionen Wohnungen in 21

Vierteln an einem 35 Kilometer langen künstlichen Fluss. Allerdings ist unklar, wer später darin leben soll, denn das kleinste Apartment hier kostet 1,2 Millionen Ägyptische Pfund beziehungsweise 62.000 Euro, während die meisten Familien in dem Land am Nil mit etwa 6000 Pfund, also reichlich 300 Euro pro Monat, auskommen müssen. Und ein Drittel der Ägypter lebt gar von weniger als einem Euro am Tag.

Durch Zugangstore abgeriegelt

Gleichzeitig lässt as-Sisi auch noch eine zweite Fahrinne für den Suezkanal zum Preis von 7,8 Milliarden Euro bauen. Darüber hinaus erhielt der deutsche Indus-

triekonzern Siemens den Auftrag zur Errichtung eines 2000 Kilometer langen Schienennetzes für Hochgeschwindigkeitszüge – Kostenpunkt: stolze 8,1 Milliarden Euro.

Finanziert werden diese Projekte vor allem von China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Gleichzeitig zahlen aber auch viele Ägypter einen hohen Preis für den Größenwahn ihres Präsidenten. Sie müssen ihre angestammte Heimat verlassen, damit der Baugrund frei wird.

Dafür sollen die Reichen im Lande sowie auch die erhofften Touristen dann einen bislang nie vorhandenen Luxus genießen. Dazu gehört, auf den Schienen-

strängen von Siemens zwischen den beliebten Badeorten Ain Sokhna am Roten Meer und Marsa Matruh am Mittelmeer oder Alexandria und den Ruinen von Abu Simbel hin und her zu rasen, während die Millionen Berufspendler im Großraum Kairo weiterhin leer ausgehen.

Deswegen drohen massive Unzufriedenheit und Proteste seitens der einfachen Ägypter. Allerdings wären diese dann kaum in der Lage, zu as-Sisis Regierungssitz vorzudringen, um ihre Wut zu äußern. Denn die Neue Verwaltungshauptstadt liegt nicht nur ein ganzes Stück von Kairo entfernt, sondern verfügt auch über Zugangstore, die sich jederzeit verriegeln lassen. W.K.



ÖLBOHRUNGEN

Dallas in Ostpreußen

Nahe der innerostpreußischen Grenze finden in Müngen/Lichtenfeld Probebohrungen statt

VON UWE HAHNKAMP

Ein ungewöhnlicher Anblick bietet sich seit Februar dieses Jahres den Einwohnern der Dörfer in der Gemeinde Lichtenfeld [Lelkowo], wenige Kilometer von der innerostpreußischen Grenze entfernt. Quasi mitten auf den Feldern und weit hin sichtbar steht ein Bohrturm zur Förderung von Erdöl oder Gas. Noch ist nicht sicher, wie viele Rohstoffe in der Region wirklich zu finden sind, doch einige Menschen sehen sich schon in das texanische Dallas versetzt und warten darauf, dass J.R. Ewing aus der Fernsehserie mit seinem typischen Hut auftaucht.

Ob es wirklich so weit kommt, oder ob die Einwohner unter anderem von Arnstein, Tiefensee und Müngen in diesem Punkt enttäuscht werden, prüft gerade der polnische staatliche Energieversorger PGNiG, der sich mit der Suche nach Erdöl und Erdgas befasst, beziehungsweise dessen Mutterkonzern PKN Orlen. Bevor die große Euphorie im Kreis Braunsberg ausbricht, gibt es noch einige Erdschichten zu analysieren, um mögliche und möglichst umfangreiche Rohstofflagerstätten zu finden.

Vom Schiefer zum Sand

Begonnen hatte alles 2010 mit dem Boom von Schiefergas in der Republik Polen. Die hitzigen Diskussionen um das Fracking zur Förderung des Gases blieben den Einwohnern des südlichen Ostpreußen damals erspart. Denn obwohl die PGNiG mit einer Konzession für die Region Landsberg fünf Probebohrungen im Kreis Lichtenfeld niedergebracht hatte, zeigte sich nach den geologischen Analysen, dass hier weniger Gas vorkommt als gedacht und sich eine Förderung wegen der niedrigen Erdölpreise nicht lohnt. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und den darauffolgenden Sanktionen hat sich jedoch einiges geän-



Suche nach Öl in einer Agrarlandschaft: Bohrung Müngen-1K auf dem Bergbaubetrieb Tiefensee

Foto: PGNiG

dert. Jede Möglichkeit einer Unabhängigkeit von russischem Gas wird in Erwägung gezogen.

Auf der Basis früherer durchgeführter seismischer Forschungen und Daten der bisherigen Bohrungen wurde eine Probebohrung in Tiefensee, genauer in Müngen [Milaki] projektiert. Die Planungen dafür begannen vor einem Jahr, im April 2022. Seit Februar 2023 steht der Bohrturm. Diesmal geht es jedoch nicht um schiefer- und dadurch gashaltige Schichten, sondern um die Erkundung der Quarzitsande des mittleren Kambriums, um die Möglichkeit des Auftretens und der Gewinnung von Erdöl oder Gas zu bestätigen.

Chancen auf Aufschwung

Die einleitenden Forschungen lassen auf das Vorhandensein einer geologischen

Struktur schließen, die ein Vorkommen der gesuchten Rohstoffe vermuten lässt. Der Schacht Müngen-1K wird 2770 Meter lang gebohrt, bei einer geplanten Tiefe von 2650 Metern; er wird also ab einer gewissen Tiefe von der Senkrechten abweichen. Danach wird getestet, wie viele Rohstoffe vorliegen, ob sie abgebaut werden können und ob sich das lohnt, und anschließend über eine weitere Bohrung entschieden.

Zwischen Hoffen und Bangen sind die Einwohner der Gemeinde Lichtenfeld. Zwar stehen ihr nach dem Gesetz für Geologie und Bergbau für die Förderung von Kohlenwasserstoffen 60 Prozent der Einnahmen zu, was bei einem Erfolg der jetzigen Bohrungen viel Geld bedeuten würde, und auch eine Modernisierung der Straßen und mehr Arbeitsplätze bei einer größeren Investition würden ihr zugute kommen.

Andererseits ist Lichtenfeld landwirtschaftlich strukturiert, es gibt Befürchtungen, dass die Arbeiten die Böden und das Grundwasser kontaminieren. In diesem Punkt gibt es beruhigende Signale von Seiten des Investors.

Zwischen Hoffen und Bangen

Darüber hinaus sind vorerst keine weiteren Probebohrungen in der Region geplant; auf Grundlage der Ergebnisse, die nach dem Ende der jetzigen Untersuchungen frühestens Ende Mai zu erwarten sind, fallen weitere Entscheidungen. Sollte es zu Ölbohrungen in größerem Umfang kommen, so ist damit mit allen Investitions- und Verwaltungsprozessen erst in etwa drei Jahren zu rechnen. Vorher wird J.R. Ewing also sicher nicht im Kreis Lichtenfeld vorbeischauchen.

FISCHWIRTSCHAFT

Sprotten aus Königsberg in Asien

Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten rückt als Drehkreuz Dubai in den Blick

Die Sanktionen und die derzeitige Lage auf dem heimischen Markt veranlassen die Unternehmer im Königsberger Gebiet, nach alternativen und manchmal eher unerwarteten Märkten für ihre Produkte zu suchen. Die Gruppe „Za Rodinu“ (für die Heimat), der größte Hersteller von Fischkonserven und Fischprodukten aller Art im nördlichen Ostpreußen, beabsichtigt daher, Sprotten und andere Fischkonserven bald in den Handelsnetzen der Vereinigten Arabischen Emirate zu verkaufen. Die Firma setzt auf russische Emigranten im Nahen Osten als Abnehmer.

„Za Rodinu“ wurde in den 1990er Jahren auf der Grundlage der gleichnamigen Fischereikolchosa gegründet, die vor über 70 Jahren ins Leben gerufen worden war. Heute stellt das Unternehmen Sprotten in Dosen- und Glasbehältern her.

Dass der Hersteller beschlossen hat, über die Vereinigten Arabischen Emirate auf die östlichen Märkte zu gelangen, ist nicht sehr verwunderlich, da sich in den

vergangenen Monaten Dubai zu einer zweiten Heimat für wohlhabende Russen entwickelt hat. Viele Russen ziehen für längere Zeit hierher. Es gibt eine Vielzahl internationaler Veranstaltungen, Ausstellungen und Konferenzen auf Russisch, die sich auf Start-ups der Technikbranche,

Kryptowährungen, Immobilien, Luxusgüter, aber auch auf Lebensmittel und andere Alltagsgegenstände konzentrieren.

Eine Delegation aus dem Königsberger Gebiet hat eine dieser Messen besucht, um direkt mit Vertretern der Handelsnetze zu sprechen, die sich an russi-

sche Emigranten wenden. Der Fischverarbeitungsbetrieb „Za Rodinu“ will Sprotten liefern, weil sie in der russischsprachigen Öffentlichkeit bekannt und äußerst beliebt sind. Darüber hinaus beabsichtigt das Unternehmen, ein neues Produkt mit dem Namen „Omegin“ zu liefern – gedämpfte Sardinen, die vor allem auf dem südlichen Markt bekannt sind.

Für die Erschließung neuer Absatzmärkte fällt Dubai eine wichtige Rolle als Verhandlungsplattform zu, auf der russische Hersteller potentielle Partner treffen und Geschäfte aushandeln können.

Es wird erwartet, dass dieses Jahr eine Zeit der aktiven Suche nach neuen Absatzkanälen und Geschäftspartnern sein wird, mit denen die Königsberger Erzeuger zusammenarbeiten können. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass bald Fischprodukte aus dem nördlichen Ostpreußen in den Ladenregalen der östlichen Länder angeboten werden.



Produkte der Firma „Za Rodinu“: Sprotten in unterschiedlichen Soßen

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Allenstein-Monopoly

Allenstein – Eines der bekanntesten Brettspiele der Welt bekommt eine spezielle Allensteiner Version. Neben Sydney, Dubai und Kattowitz wird auch die Hauptstadt des gleichnamigen Regierungsbezirks in den Kreis von etwas mehr als 200 Städten auf der ganzen Welt aufgenommen, die eine eigene Ausgabe von „Monopoly“ bekommen. Statt der üblichen Straßen ersteigern die Spieler lokale Attraktionen und Orte. Auch das Layout des Spiels wird dem örtlichen Kolorit angepasst. Im Moment werden die Felder für das Spielbrett ausgewählt, über eines davon, das aus Anlass des Kopernikus-Jahres ein mit dem Astronomen verbundenes Motiv erhalten soll, dürfen die Einwohner abstimmen. In den nächsten Wochen nimmt das Spielbrett konkret Gestalt an, präsentiert wird das Ergebnis bei der offiziellen Premiere im Oktober 2023 aus Anlass des 670. Jubiläums der Stadt Allenstein. U.H.

Ohne Samen kein Wald

Rudczanny – Eines der auffälligsten Gebäude von Rudczanny liegt an der Ortsausfahrt Richtung Johannsburg: Die Samenschälmühle wurde im 19. Jahrhundert erbaut und ist bis heute in Betrieb. Sie ist ins Denkmalregister der Woiwodschaft Ermland-Masuren als funktionierendes Objekt der Forsttechnik eingetragen. Das Schälen oder Entschuppen von Samen ist der erste Schritt zur bewussten Aufzucht eines Waldes. Im Wald gewonnene Zapfen kommen in die Samenschälmühle. Sie könnte, so ihr Leiter Förster Slawomir Fura, täglich bis zu 2,7 Tonnen Zapfen verarbeiten. Der aktuelle Bedarf liegt im Jahr derzeit aber nur bei 40 bis 60 Tonnen. Dabei lassen sich aus 100 Kilogramm Zapfen der gewöhnlichen Kiefer etwa 1,5 Kilogramm Samen gewinnen, aus dem ungefähr 90.000 Setzlinge wachsen. Bei Interesse ist eine Besichtigung mit einer organisierten Gruppe nach vorherigem Kontakt mit der Oberförsterei Maskulińska (früher Kurwien) möglich. U.H.

Vermehrung des Zanders

Nikolaiken – Ende März ging es in Nikolaiken um den Zander. Die aktuellen Bestände dieser Gattung sind niedrig und ihre Zukunft ist ungewiss, weshalb eine künstliche Vermehrung des Zanders so wichtig ist. Über effektive Methoden informierte beim Fischereibetrieb in Nikolaiken das Institut für die Vermehrung von Tieren und Lebensmittelforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Allenstein, das gute Erfahrungen mit dem Stör gesammelt hat. Der Zander wird „nur“ 20 Jahre alt, kann aber 130 Zentimeter lang und 18 Kilogramm schwer werden. Für die Fischer in Nikolaiken eine gute Investition, mit höherer Effektivität erhoffen sie sich auch eine größere Ausbeute. Die Vermehrung selbst findet in Kürze zwischen Mitte April und Mitte Juni in den Masurischen Seen statt. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Schikorra, Willy, aus Schwalgen-dorf, Kreis Mohrunge, am 22. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fröhlich, Edith, geb. Baltrusch, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Gadge, Erna, geb. Kopiczenski, aus Lyck, von-Mackensen-Straße 2, am 25. April
Montro, Hildegard, geb. Siembek, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gorray, Johanna, geb. Chmielewski, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fimpel, Hildegard, geb. Drawert, aus Eichhorst, Kreis Mohrunge, am 25. April
Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April

Herrmann, Ruth, geb. Metzdorf, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April
Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April
Rogowski, Gerda, geb. Bredlau, aus Mohrunge, am 23. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baltrusch, Hanni, geb. Bloch, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Bratsch, Ursula, geb. Pauloweit, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Dworrak, Heinz, aus Kleschen, Nordental, Kreis Treuburg, am 27. April
Gräper, Gertrud, geb. Topeit, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Müller, Renate, geb. Loch, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Obermüller, Eva, geb. Wolff, aus Wehlau, am 27. April
Puhlmann, Ursula, geb. Hollwitz, aus Wehlau, am 26. April
Volkmann, Sieglinde, aus Treuburg, am 27. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April
Hanke, Gerda, geb. Mentowski, aus Groß Gottwalde, Kreis Mohrunge, am 25. April
Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April

Kesselhut, Ursula, geb. Hoffmann, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. April
Nicolai, Anni, geb. Staschko, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April
Zitzmann, Irmgard, geb. Melsa, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gers, Friedrich, aus Krummfuss, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Hartwig, Ella, geb. Ficht, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunge, am 21. April
Lagershausen, Eva, geb. Nagait-schik, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. April
Przygoda, Adelheid, geb. Rilke, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Roth, Lilli, geb. Grundmann, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 24. April
Schwagrzinna, Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Adomeit, Gerhard, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April
Eisold, Hannelore, geb. Teschner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 25. April
Fröhlich, Waltraud, geb. Kromat, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April
Hantel, Elisabeth, geb. Bahrdt, aus Wehlau, am 22. April
Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April
Keller, Inge, geb. Dommasch, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. April
Märtens, Annemarie, geb. Worm, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. April
Pahlow, Edeltraut, geb. Romanowski, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April
Weichold, Elfe, geb. Marzinowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartsch, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 25. April
Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Flade, Inge, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 22. April
Fröhlich, Gertrud, aus Majewski, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Heiser, Margot, geb. Hermenau, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Ilsinitz, Lieselotte, geb. Kappus, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Kluck, Gerda, geb. Wellsand, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April
Kostina, Elli, geb. Ehlert, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. April
Kurrock, Rosel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. April
Labodda, Helmut, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Lewitzki, Horst, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April
Müller, Klaus Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April
Rieswick, Elly, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. April
Schiffers, Irmgard, geb. Lawischus, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 25. April
Spalcke, Dr. Karl, aus Mohrunge, am 23. April
Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Vulp, Gisela, geb. Ludorf, aus Königsberg, am 23. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barcik, Raymund, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 22. April
Bossy, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Brakemeier, Irmgard, geb. Schmiegel, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. April
Brullinger, Renate, geb. Huntriser, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 22. April
Cott, Erika, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 25. April
Felsch, Eleonore, geb. Stanke-witz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 25. April
Janssen, Eva, geb. Gust, aus Garb-seiden, Kreis Fischhausen, am 25. April
Jarchow, Irmgard, geb. Kowalzik, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. April
Mühlbacher, Ruprecht, aus Karls-walde, Kreis Instertburg, am 23. April
Pfeffer, Christa, geb. Lüpke, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 27. April
Schachtschneider, Gertrud, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 24. April
Schäfer, Christel, geb. Feuersen-ger, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 26. April
Schmitz, Marie, geb. Liss, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 24. April
Suchowitz, Adeltraut, geb. Turner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. April

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

10.06.-17.06. / 15.07.-22.07. / 12.08.-19.08.:
8-tägige Schiffsreise nach Nidden, € 1.199,-
27.08.-05.09.:
Bus- und Schiffsreise Ostpreußen und Hansestadt Riga, € 1.856,-
Mai-Sep. – viele Termine:
Radtour in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab € 545,-
Mai-Sep. – viele Termine:
Wandern in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab 799,-
Mai-Sep. – Termin nach Wunsch:
Mietwagen-Rundreise Memelland und Masuren, 10 Tage, ab € 945,-
Juni – August – viele Termine:
Radtour von Danzig nach Masuren, 10 Tage, ab EUR 1.200,-
Fordern Sie unseren kostenlosen Prospekt an! – www.Partner-Reisen.com
Evertner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. Falkus, aus Marguhenen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. April
Auerswald, Gisela, geb. Giesen, aus Mörlental, Kreis Goldap, am 16. April
Doppelfeld, Hildegard, geb. Jorzik, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 22. April
Erdt, Hans-Werner, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. April
Feind, Christel, geb. Krahn, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. April
Krause, Georg, aus Seeburg, Kreis Rössel, am 24. April
Krink, Karin, aus Wehlau, am 22. April
Lojewski, Siegfried, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 24. April
Matschullies, Herta, geb. Gereit, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 21. April
Schulz, Waltraud, geb. Höpfner, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 22. April
Theilig, Edeltraud, geb. Knieß, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 24. April
Wegelin, Willi, aus Goritten, Kreis Ebenrode, am 24. April
Widmaier, Hilde, geb. Powilleit, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 23. April
Wieczorek, Edith, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 23. April
Worßa, Ingeburg, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 24. April

Kallweit, Kurt, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 25. April
Kämmer, Brigitte, geb. Schwarzat, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Kresin, Manfred, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 26. April
Krüger, Gerda, geb. Reinhart, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 25. April
Kulinna, Helmut, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 27. April
Manier, Irmgard, geb. Soltek, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Müller, Gerhard, aus Wehlau, am 27. April
Plehn, Lieselotte, geb. Kochonek, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 23. April
Reith, Ursula, geb. Koppke, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 24. April
Schulte, Doris, geb. Dahm, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 26. April
Schwarzat, Gerhard, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Sedello, Lothar, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 26. April
Sprenger, Ursula, geb. Baltrusch, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 27. April
Struck, Ingrid, geb. Bolk, aus Lyck, am 22. April
Vollrath, Rosemarie, geb. Hunds-dörfer, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. April
Wohlgemuth, Helga, geb. Grolms, aus Gubitten, Kreis Mohrunge, am 22. April

PAZ wirkt!

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bernhagen, Renate, geb. Brendel, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Boczkowski, Herbert, aus Gim-mendorf, Kreis Neidenburg, am 24. April
Liles, Dagmar, geb. Kriewitz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 22. April
Noetzel, Erika, aus Lessen, Kreis Elchniederung, am 23. April
Osigus, Hans-Jürgen, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Rosenau, Dr. Holger, aus Mohrunge, am 25. April
Schäfer, Ursula, geb. Neumann, aus Lyck, am 27. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gauert, Karl-Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 23. April
Krull, Ute, geb. Thomßen, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 25. April
Mildt, Monika, geb. Denker, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 22. April
Rieß, Elke, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. April

ANZEIGE

Wir gratulieren unserem Freund
Rups
aus Hildesheim
herzlich zum **91.** Geburtstag.
Wünschen alles Gute, viele Glücksmomente, Zufriedenheit und beste Gesundheit.
*Deine Jagdfreunde
Walter, Josh und Siegfried*

Glückwünsche an:
Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine 2023 der LO

26. bis 28. Mai: 9. **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolit-**

scher Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
Infos unter Telefon (040) 41400826, www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 18/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2023 (Erstverkaufstag 28. April) **bis spätestens Dienstag, den 25. April**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
 28209 Bremen, E-Mail:
 heinrichlohmann@gmx.de,
 Telefon (0421) 3469718

Mitgliederversammlung

Bremen – Donnerstag, 27. April, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland, BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“: Mitgliederversammlung. Sie findet im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Im Anschluss folgt um etwa 16.15 Uhr ein Bildvortrag „Im Kaukasus“, Bilder einer Erlebnis-Reise durch Georgien und Armenien im Oktober 2022.

Klopsessen

Bremen – Mit fast 50 Teilnehmern war unser „Bremer Ost- und Westpreußentag mit Königsberger Klops“ Anfang März erfreulich gut besucht. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel ermöglichte das Programm einen Wechsel zwischen persönlichem Gedankenaustausch und gemeinsam gesungenen Liedern, instrumental begleitet vom Akkordeon-Duo Cornelia und Klaus. Dies entsprach genau den Wünschen der Besucher.

Wolfgang Schäl-Helmers war gebeten worden, eine Geschichte aus der Sammlung des Arbeitskreises „Ostpreußisch Platt“ vorzutragen. Er selbst arbeitet in diesem Kreis mit und hatte, passend zum anschließenden Klopsessen, eine Episode über das Schweineschlachten in Ostpreußen ausgewählt, die den Zuhörern in Erinnerung brachte, dass es dabei manches Mal recht deftig zugegangen war. Vor dem Abendessen stärkten sich fast alle noch mit einem deftigem Pillkaller.

Einige Besucher waren erstmalig bei uns zu Gast und versicherten hinterher, dass es ihnen gut

gefallen habe. Damit war der Vorstand als Veranstalter dann ebenfalls sehr zufrieden.

Heinrich Lohmann



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28,
 61381 Friedrichsdorf, Telefon
 (0170) 3086700

Terminänderung

Kassel – Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Vortrag „Aus schwerer Zeit: Anna aus Königsberg berichtet über Erlebtes aus Nord-Ostpreußen und Litauen“.

Rheinwiesenerlager

Kassel – 24 Mitglieder und Gäste nahmen am Apriltreffen der Gruppe teil – heutzutage ein guter Wert. Nach der Kaffeetafel berichtete Horst W. Gömpel über das Thema „Die Rheinwiesenerlager und die Politischen Lager 1945-1948“. Jahrelang hatte der Schwalmstädter Kaufmann in Archiven recherchiert, viele Zeitzeugen befragt und Kontakte zu Historikern und Sachkundigen aufgenommen. Die Frucht der Arbeit ist eine Dokumentation, die das schreckliche Geschehen wieder ins Licht rückt.

Eingeflochten in den Vortrag las Marlene Gömpel eine Passage aus dem Buch ihres Mannes vor, die ein Zeitzeuge beisteuerte, der Pädagoge und Publizist Heinz Matthias. Der inzwischen 96-Jährige war selbst anwesend und konnte ergänzende Hinweise zum Grauen des Lagerlebens glaubhaft bekunden.

Aus dem Harz war ein weiterer Experte in Angelegenheiten Rheinwiesenerlager angereist: Oberstleutnant a. D. Alfred Zips. Der Offizier publizierte zum Thema und organisierte eine beachtete Gedenkfei-

er für die Kriegsgefangenen in Rheinberg.

Zips stellte an den Anfang seiner Wortmeldung den Ausrufesatz: „Wir haben als Unbeteiligte das Recht, die Wahrheit zu erfahren!“ Zahlreiche Unsäglichkeiten kamen an diesem Tage zur Sprache. Erwähnt seien hier stichwortartig nur folgende: Mehr als 1,6 Millionen Gefangene verbrachten in 23 Lagern Monate unter freiem Himmel; Verpflegung gab es kaum; Todesdrohung an Lebensmittelhelfer von außen; Ablehnung von Hilfssendungen des IRKs. Zwischendurch Mord und Totschlag. Die Opferzahlen sind sehr unsicher, da die amerikanischen Besatzer ihre Akten vernichteten. Vermutet werden 10.000 bis über 100.000.

Nachdenkenswert: Die sogenannten amerikanischen Befreier erkannten die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen nicht an. Außerdem amnestierten sie alle Verbrechen der Siegermächte an Deutschen, die vor dem 1. August 1945 geschahen.

Gerhard Landau



Mecklenburg-Vorpommern
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen

Anklam – Sonnabend, 13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus: großes Frühlingstreffen der Ostpreußen.

Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Feierlich umrahmt wird das Wiedersehen vom Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern mit einem ausgewählten Festkonzert.

Ehrengast ist der Schuster Wilhelm Voigt aus Tilsit, bekannt als

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
 IBAN: DE26 7203 0014 1001 8349 83
 BIC: FUBKDE33



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.
Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

„Hauptmann von Köpenick“, der im Jahre 1906 ganz Deutschland und selbst den Kaiser in Erstaunen versetzte.

Am Nachmittag lädt der Polizeichor der Hansestadt Anklam zu einem gemeinsamen Singen von Volks- und Frühlingsliedern ein. Und aus Ribnitz-Damgarten kommen 40 junge Leute vom Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble mit einem schönen Frühlingstagsprogramm.

Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend kostenlose Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Manfred Schukat

Termine

Oldenburg – Mittwoch, 10. Mai, 15 Uhr, Hotel Wöbcken, Hundsmühlen: Kaffeetrinken. Das Hotel kann auch mit dem öffentlichen Bus erreicht werden.

Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Oldenburg: Vortragsveranstaltung über „Bismarcktürme in Ostpreußen“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Versammlungsbericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen hörte am 12. April einen Vortrag über die Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz, vorgetragen von Regine Mentz aus Edewecht. Angefangen in ihrer Kindheit, über die Einflüsse, die ihren Werdegang begleiteten, bis hin zu den ersten nachhaltigen Erfolgen in der Kunstlerzene in Berlin, versuchte sie einen Eindruck von dieser ungewöhnlichen Frau in der bewegten Welt

PAZ wirkt!

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

des letzten Drittels des 19. und den Anfängen des 20. Jahrhunderts zu geben. Weite Teile ihres Lebens konnten nur gestreift werden, wie die Vortragende sich auch auf ihre Zeichnungen beschränkte und die Bildhauerarbeiten nur kurz erwähnte. Das Publikum war sehr interessiert und hörte aufmerksam zu.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhne, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Termine in Düren

Düren - Mittwoch, 3. Mai: Frühlingsausflug mit Spargelessen (Lövenich - Gürzenich). Die Heimatabende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren, statt. Gerda Wornowski

Tanz in den Mai

Gütersloh - Sonntag, 30. April, 20 Uhr Einlass, 21 Uhr Beginn, Haus Ohlmeyer, Brummelweg 125, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Der

Eintritt kostet 12 Euro. Es gibt Livemusik mit dem Oxforduo. Karten gibt es nur an der Abendkasse, Tischreservierungen nicht möglich. Mehr Infos bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211 oder unter www.ostpreussen-guetersloh.de

Frühlingsfest

Wesel - Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Gemeindefaal, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 80: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Eine Anmeldung war notwendig bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Gisela Lossack

Landesgruppe - Am 4. April wurden die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen zum 80 Geburtstag von Gisela Lossack nach Hoyerswerda in das Haus der Parität eingeladen.



Hoch soll sie leben: Gisela Lossack lud zu ihrem 80. Geburtstag ein



Donnerstag, 1. Juni 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34A: Jahreshauptversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, 2. Totenehrung, 3. Ordentliche Feststellungen, 4. Jahresbericht des Vorstandes, 5. Kassenbericht, 6. Bericht der Kassenprüfer, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Beschlüsse und Anträge, 9. Verschiedenes, 10. Ostpreußenlied. Im Anschluss: „Die humanitäre Bilanz Preußens“, Vortrag von Edmund Ferner - LO Schleswig-Holstein, Landeskulturreferent

Donnerstag, 6. Juli: Auf den Kanälen und der Trave durch und um Lübecks Altstadt herum - eine Stadtrundfahrt zu Wasser zum Abschluss des ersten Halbjahres. Einladung folgt noch. Der Vorstand wünscht eine schöne Frühlingszeit. Hans-Albert Eckloff

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schicksal eines Ostpreußen

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Vortrag bei der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig von Ekkehardt Schmidt aus Eckernförde über den ostpreußischen Maler Ernst Ebel (1913-2001) und über Cadinen. Gäste sind herzlich willkommen. Brigitte Christensen

Monatstreffen

Bad Schwartau - Donnerstag, 4. Mai, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34A: Israel ein „Heiliges - Unheiliges Land?“ Lichtbilder-Vortrag von unserem Vorsitzenden Axel Simanowski von seiner Israelreise 2022. Wohl kein Tag vergeht, an dem nicht von Israel in den Nachrichten zu hören ist.

Dienstag, 9. Mai, 10 Uhr, ZOB Bad Schwartau: Abfahrt zum Spargelessen am Nord-Ostsee-Kanal und Ausflug zu einer Straußenfarm. Busfahrt zusammen mit „Reisefreunde Bad Schwartau“, die Fahrtkosten pro Person von 79 Euro bitte an Claus Seifert zahlen.

Fluchterlebnis

Kiel - „Kinder der Flucht“, unter diesem Titel wird die ergreifende Fluchtgeschichte von Brigitte Kieselbach von der Ortsgruppe Pinneberg und unseres Vorsitzenden der Ortsgruppe Nortorf, Dietrich Weichler, am Montag, 8. Mai im

Es kam der Vertriebenen Beauftragte Jens Baumann vom Sächsischen Staatsministerium des Innern, unsere Geschäftsführerin Claudia Florian vom Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler/ Schlesische Lausitz und der Landesvorsitzende der Landsmannschaft. Viele Wege führten von Lossack haben sich auf den Weg gemacht, um sie an diesem Tag zu ehren.

Seit der Wende setzte sich Lossack für die Belange der Vertriebenen im BdV Kreisverband Hoyerswerda ein - mit unzähligen Veranstaltungen und Besuchen von Mitgliedern zu Hause, die nicht mehr aus gesundheitlichen Gründen an den Veranstaltungen teilnehmen können.

Liebe Gisela, wir möchten auf diesem Weg uns recht herzlich für Dein Engagement bedanken und Dir alles Liebe und viel Gesundheit für Deinen weiteren Lebensweg wünschen. Alexander Schulz

PAZ wirkt!

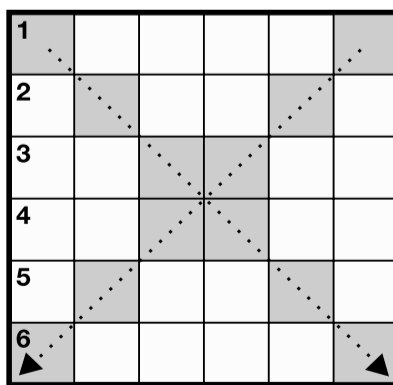
Rätsel

A large crossword puzzle grid with clues in German. Clues include: 'Sitz an einer Wärmequelle', 'feierliches Gedicht', 'Gefäßflöte', 'Aus-schau halten', 'Beiname der Athene', 'Tischlermaterial', 'als Anlage zugefügt', 'Preis- abzug', 'Sumpf-, Kranichvogel', 'Drall eines Balls', 'Bedeutung, Geltung', 'französischer Strom', 'eine gerade Zahl', 'Brennpunkt einer Linse', 'Endpunkt der Erdachse', 'Sagenkönigin von Sparta', 'römischer Kaiser', 'Vorfahr', 'Stadt in Süditalien', 'dänische Währung (Abk.)', 'chemisches Element', 'Gemahlin Lohengrins', 'Klebe- mittel', 'deutsche Filmdiva (Hildegard)', 'eine Spielkartenfarbe', 'Rock- sängerin: ... Turner', 'poetisch; Adler', 'Polster-, Ruhe- möbel', 'Abkürzung für Motor- schiff', 'Bundes- staat der USA', 'Figur bei Wilhelm Busch', 'Königin von Belgien', 'ein Pflanzenfett', 'der Rote Planet', 'Über- bringer, Kurier', 'Wäh- rungs- einheit', 'antikes arab. König- reich', 'flackern, sich hin und her bewegen', 'anfäng- lich', 'Böses, Unange- nehmes', 'Ost- slawe', 'Weiß- wal', 'Unter- haus des russ. Parla- ments', 'gälischer Name Irlands', 'rein, unver- fälscht', 'sicher, fest; be- wandert', 'aus- genommen, frei von', 'Schwanz des Hundes', 'an einer höher ge- legenen Stelle', 'Zeit- messer', 'Summe der Lebens- jahre', 'Arbeits- entgelt', 'Schwanz des Hundes', 'zarte, anmutige Märchen- gestalt', 'in Rich- tung, nach'

Sudoku

A 6x6 grid for a Japanese-style Sudoku puzzle. The grid contains numbers 1-9 in some cells, with empty cells for the solver to complete. The numbers present are: Row 1: 2, 8, 6, 1, 4; Row 2: 3, 8, 7; Row 3: 1, 7, 2; Row 4: 5, 8; Row 5: 3, 4, 9, 7; Row 6: 2, 5; Row 7: 1, 9, 3; Row 8: 8, 5, 6; Row 9: 5, 7, 4, 1, 8.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



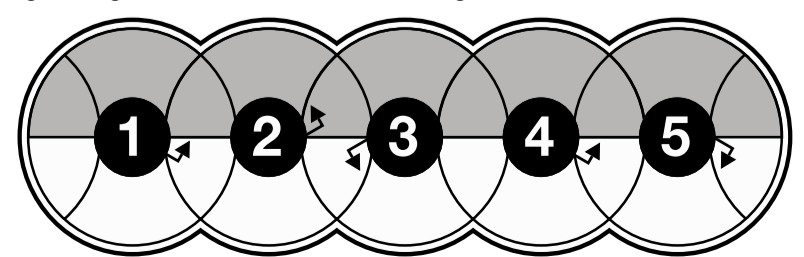
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Getränkebehälter. 1 sehr herb im Geschmack, 2 Schulleiter, 3 unermesslich, 4 Klangfarbe der Stimme, 5 österr. Schriftsteller (Franz), 6 religiöser Brauch; Zeremoniell

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Künstler (Kleinkunstbühne).

1 Rechenbrett der Antike, 2 Preisnachlass, 3 Straffälliger, Delinquent, 4 adliger Krieger im Mittelalter, 5 Rechtskundiger



JUDITTER KIRCHE

Die „Mutter aller Kirchen“

Erbaut, verfallen und wiederaufgebaut – Eines der ältesten Gotteshäuser Ostpreußens wird heute als Kloster genutzt

VON BODO BOST

Die älteste noch stehende deutsche Kirche im nördlichen Ostpreußen stammt aus dem 13. Jahrhundert und steht in Juditten. 1985 wurde sie zugleich die erste orthodoxe Kirche des Gebiets. Seit 1999 ist sie ein orthodoxes Frauenkloster unter der Leitung der russlanddeutschen Äbtissin Sophia Hergenreder.

Das Königsberger Gebiet war die atheistischste Region der Sowjetunion. Erst am 21. November 1985 beschloss das Amt für religiöse Angelegenheiten, die in Ruinen stehende Juditter Kirche zur ersten orthodoxen Kirche der Region in der Nachkriegsgeschichte umzuwandeln. Es besteht keine Einigkeit darüber, wann exakt die Juditter Kirche gebaut wurde. Auf jeden Fall gilt dieses Gebäude als das älteste Bauwerk in Nordostpreußen und als einziges Denkmal der gotischen Architektur des 12. Jahrhunderts in der ganzen Region.

Die Kirche ist ein besonderes spirituelles Zentrum, denn so wie in alten Zeiten Pilgerscharen zur wundertätigen Statue der Jungfrau Maria strömten, so kommen heute viele Menschen zum großen Wundertäter St. Nikolaus, dem ersten Heiligen Russlands.

Erste orthodoxe Kirche im Gebiet

Die Kirche wird im Volksmund als „Mutter aller Kirchen des Kaliningrader Gebiets“ und „das lokale Jerusalem“ bezeichnet. Ihre Einzigartigkeit zieht viele Menschen aus der ganzen Welt an, insbesondere Deutsche aus der Bundesrepublik, für die sie ein Ort der Erinnerung ist. Ab Ende des 19. Jahrhunderts wurde Juditten zu einem Vorort Königsbergs und am 16. Juni 1927 als Stadtkreis in die Stadt Königsberg eingegliedert. Am 25. Juli 1947 wurden die Bezirke Juditten, Hufen, Amalienau, Kosse,



Beliebt als Pilgerort: Juditter Kirche am Stadtrand von Königsberg Foto: imago/SNA

Luauken und Rathshof zum Stadtkreis Stalingrad, später Oktjabrskij und dem heutigen Bezirk Mitte zusammengelegt.

Der Deutsche Orden baute sie in der ihm eigenen Tradition. Die frühe Gotik jener Zeit war sehr streng, sodass die Kirche

selbst eher schlicht und fast ohne Verzierungen ist. Zu ihrer Zeit diente die Kirche auch als Festung, wovon die mächtigen Steinmauern (1,5–2 Meter) und ein zugemauerter Geheimgang zeugen.

In alten Zeiten befand sich unter den Gewölben dieser Kirche eine wunderbare Skulptur der Jungfrau Maria – die Madonna mit dem Kind auf der Mondsichel, die von einem unbekanntem Meister geschaffen wurde und zu der Scharen von Pilgern strömten. Sie war aus Holz gefertigt, größer als ein Mensch und in ihrer künstlerischen Ausdruckskraft in Preußen unerreicht. Die Skulptur galt als Meisterwerk der Plastik des 15. Jahrhunderts.

Legenden umwoben

Der Legende nach war die Skulptur immer warm, und ihr wurden allerlei Wunder und Heilungen zugeschrieben. Allein ihre Berührung löste bei den Gläubigen unaussprechliche Freude aus. Und das brachte jahrhundertlang (auch nach der Reformation) Scharen von Pilgern aus Deutschland, Holland und Rom nach Juditten.

Von 1797 bis 1810 war Königin Luise von Preußen, die Mutter der russischen Zarin Alexandra, eine häufige Besucherin. 1672 fertigte der berühmte Königsberger Meister Schimmelpfenning einen Altar für die Kirche. Im 17. Jahrhundert baute Erhard von Röder, der Vater eines bekannten Feldmarschalls in Ostpreußen, einen Anbau, der den Glockenturm mit der Kirche verband, als Grabstätte für sich und seine Nachkommen. 1840 wurde die von Meister Scherwint aus Königsberg gebaute Orgel in die Kirche eingebaut.

Die größte Anzahl der bis auf den heutigen Tag erhaltenen Denkmäler schuf der Königsberger Bildhauer Stanislaus Cauer (1867–1943). Er verstarb während des Krieges und wurde auf dem Friedhof der

Juditten-Kirche beigesetzt. Sein Grab blieb nicht erhalten.

Die Kirche in der Juditter-Kirchenstraße wurde während des Zweiten Weltkrieges nicht wesentlich beschädigt. Bis 1948 wurde sie noch von der evangelischen Kirche genutzt. Letzter deutscher Pfarrer von Juditten war Kurt Flack. Einer der letzten deutschen Pfarrer, die bis zur Ausweisung im Jahr 1948 in Königsberg blieben, war Hugo Linck.

Danach wurde das Gebäude der Juditter Kirche als Lagerhaus genutzt und fiel einem Brand zum Opfer. Ende der 1950er Jahre war das Dach eingestürzt. In den 1970er Jahren begannen die Mauern einzustürzen. Anfang der 1980er Jahre wurde die Kirche sogar als Steinbruch benutzt.

Neues Leben als Frauenkloster

Seit 1999 befindet sich in der Juditter Kirche, die bei den Russen St.-Nikolaus-Kirche heißt, ein russisch-orthodoxes Frauenkloster. Auf diese Weise erhielt die wiederaufgebaute Kirche in Juditten neues Leben und eine neue spirituelle Bedeutung. Das Hauptkloster befindet sich jetzt bei Palmnicken, die St.-Nikolaus-Kirche dient als Klosterkirche, in der etwa zwanzig Nonnen unter der Leitung der Mutter Oberin (seit 2009), der „Russlanddeutschen“ Hegumena Sophia (Hergenreder), ein beschauliches Leben führen. Die Äbtissin kam 1988 aus Kasachstan in die Bundesrepublik, wo sie bis 2006 in Wiesbaden lebte. 1998 wechselte sie vom lutherischen zum orthodoxen Glauben. Auf dem Gelände des Klosters befinden sich eine Sonntagsschule und das Progymnasium „Peresvet“. Neben dem Kloster gibt es noch einen alten wiedererrichteten deutschen Friedhof und ein Gemeinschaftsgrab für 36 Rotarmisten. Für sie wurde 2005 ein Denkmal errichtet.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine polnische Grünbergerin leitet das Schlesische Museum

Im Museum Görlitz rücken deutsche Ortsnamen oft an die zweite Stelle – Agnieszka Gąsior hat viel Elan

Zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit die in Grünberg [Zielona Góra] geborene Agnieszka Gąsior Direktorin des Schlesischen Museums zu Görlitz wurde. Die Ehefrau und Mutter einer Tochter kam mitten im „Corona-Wahn“ in die Weißstadt.

Als erstes selbst angestoßenes Projekt habe sie einen Geschichtspfad erdacht. Eine App leite dazu an, über die Grenze zu gehen. „Wir haben Objekte auf beiden Seiten der Neiße in Verbindung gestellt, die historisch miteinander verwoben sind“, charakterisiert Gąsior ihre Idee. Dinge nach dem immensen historischen Bruch 1945 auf anderer Seite ganz anders zu denken, bringe mitunter sogar Vorteile mit sich, meint sie. Sie bedauere, dass es noch immer Menschen gibt, die außer zum Tanken nie über die Grenze fahren würden. Umgekehrt gebe es andere Merkwürdigkeiten. In der Republik Polen wirke eine starke Konsum- statt Kulturorientierung beim Motiv des Grenzübertretts. „Wir haben die Werbung in Polen auch daher sehr verstärkt, weil ökonomische Faktoren Einfluss haben. Sobald Tage mit freiem Eintritt anstehen, kommt der überwiegende Anteil der Besucher aus Polen.“

Mittlerweile würden bereits Schulklassen aus Breslau oder Hirschberg [Jelenia Góra] ohne museumspädagogische Voranmeldung einfach so kommen.

Einen Paradigmenwechsel scheint es bei der starken polnischen Prägung des Hauses auch im Mitarbeiterstab zu geben. Im Gegensatz zu der Zeit unter Vorgänger Markus Bauer stehen in Pressemitteilungen deutsche Ortsnamen nun zumeist nur noch an zweiter Stelle in Klammern. „Ich sehe durch eine Veränderung der Reihenfolge keine Gefahr, dass die deutschen Namen aussterben“, sagt Gąsior. Für jüngere Besucher seien die polnischen Namen leichter zugänglich, meint sie. Aber liegt hier nicht gerade ein Bildungsauftrag? Das Museum verdankt seine Existenz letztlich der Intention, kulturgeschichtlich den Stellenwert Schlesiens in der deutschen Geschichte darzustellen.

Die Museumsleiterin bekennt dazu: „Ja natürlich, dieser Aufgabe stellen wir uns auch. In der Präsentation ‚Schlesien seit 1945‘ sind in der polnischen Version natürlich die polnischen Namen zu finden, in der deutschen Version sind zunächst beide Namen genannt, dann operieren wir aber mit den deutschen Namen weiter.“ In der Praxis wird es gleichwohl häufiger auch schludrig. Jüngstes Beispiel: Das Projekt W/E LAB (West-East Laboratory) für junge Kunstschaffende mit einer zeitweiligen Künstlerresidenz im niederschlesischen Ort Kolonie Kuttentberg wurde einzig mit dem polnischen Ortsnamen Tarczyn ange-

kündigt, wenngleich die Zugehörigkeit zur Stadt Lähn [Wlen] dann wieder die deutschen und polnischen Namen parallel nannte.

Gąsior verkörpert dennoch aus einer konzentrierten Reflexion viel Elan. Aktuell arbeite man am Projekt Schönhof digital, durch das virtuelle Rundgänge durch das historische Museumsgebäude möglich

werden. Auch Virtual-Reality-Brillen kommen zum Einsatz. Im Anschluss freue sie sich auf eine Schau von Neuerwerbungen. In Kooperation mit dem Museum im ober-schlesischen Oppeln habe man aus einer Sammlung, die sich ehemals in Bad Carlsruhe [Pokój] befand, unter anderem zwei Porträts der Gründer und eine Silberterrine erwerben können. Neuzugang ist auch

ein Porträt eines Breslauer Kaufmanns von 1850 von dem aus Lodenau stammenden Maler Adolf Zimmermann. „Das Bild war bereits einmal bei ‚Bares für Rares‘, ist dann allerdings ‚leider‘ auf unglückliche Weise verschönert worden.“ Dank Spendern sei eine Renovierung erfolgt.

Neben dem Riesengebirgsmuseum Hirschberg habe man aktuell eine enge Verbindung zum Laubaner Museum. Voraussichtlich ab September solle die Riesengebirgsbahn im Fokus stehen, „nicht jedoch in Form einer Eisenbahnausstellung, sondern die Bahn wird hier Richtschnur sein. Lauban hat einst 90 Prozent der deutschen Taschentuchproduktion gehabt, es geht in Hirschberg um die Spitzenproduktion unter Daisy von Pless oder am Zielpunkt Waldenburg [Walbrzych] noch einmal geballt um den industriellen Aufbruch“, während am anderen Ende mit Görlitz der Blick auf den Waggonbau falle.

Und wie wirkt sich derzeit das Einschlafen vieler Heimatstuben aus? So viele Archivalien kann doch kein Museum verkraften ... Gąsior freut sich an einem positiven Beispiel: „Ich begleite derzeit die Überführung der Heimatstube Löwenberg [Lwówek Śląski] in den Kreis Löwenberg. Vieles ist am Entstehungsort auch am besten aufgehoben.“

Till Scholtz-Knobloch



Baut Verbindungen zu schlesischen Institutionen in der Republik Polen aus: Agnieszka Gąsior, Leiterin des Schlesischen Museums zu Görlitz Foto: Scholtz-Knobloch

300. GEBURTSTAG

Aufsteiger zwischen Verdienst und Vorteilsnahme

Franz Balthasar Schönberg von Brenkenhoff hinterließ bedeutende Spuren

VON MARTIN STOLZENAU

Franz Balthasar Schönberg von Brenkenhoff stammte aus dem Umkreis von Halle/Saale, begann seine Karriere unter Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau und entwickelte sich im Fürstentum zum Landwirtschaftsexperten, der dann von Friedrich II. in dessen Generaldirektorium abgeworben wurde. Er glänzte im Dienste Preußens, sorgte für den Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Teile Pommerns und der Neumark und organisierte die Trockenlegung des Netze- sowie Warthebruchs. Dazu gesellte sich der Bau des Bromberger Kanals. Zwischendurch sorgte Brenkenhoff in Hinterpommern für den Aufbau einer Kadettenanstalt. Der erfolgreiche Aufsteiger erwarb über die Jahre ein riesiges Vermögen und erlebte auf dem Sterbebett wegen der offenkundigen Unterschlagungen den Zorn des Königs, der eine Untersuchung einleitete. Trotzdem gibt es an einigen seiner einstigen Wirkungsstätten bis heute Denkmäler und Orte, die seinen Namen tragen.

Franz Balthasar Schönberg von Brenkenhoff wurde am 15. April 1723 in Reideburg geboren. Sein Geburtsort, aus dem auch der bundesdeutsche Politiker Hans-Dietrich Genscher stammte, liegt nahe Halle/Saale, hatte einst drei frühmittelalterliche Burgen und fungierte später bis 1815 als Grenzort zwischen Preußen und Sachsen. Heute ist Reideburg der östlichste Stadtteil von Halle/Saale.

Verarmter Adelspross an den Hof

Der Vater Brenkenhoffs war Rittmeister in kursächsischen und dann österreichischen Diensten und nahm am Türkenkrieg teil, wobei er 1738 fiel. Auch drei ältere Brüder des Jungen fielen in Kriegen. Der verarmte Adelsprössling, der zuvor schon seine Mutter verloren hatte, wurde als Fünfzehnjähriger durch Verwandte an den Fürsten Leopold I. von Anhalt-Dessau als Page vermittelt. Der Generalfeldmarschall in preußischen Diensten, der



Der von Brenkenhoff gebaute Bromberger Kanal – auf dem rechten Ufer die Überbleibsel der Kanal Kolonie A

mit dem Beinamen „alter Dessauer“ und zahlreichen Legenden in die Kriegsgeschichte einging, sorgte in seinem Fürstentum für Gewinne aus der Landwirtschaft und ließ seinen Pagen in diesem Sinne mit der ihm eigenen Strenge ausbilden. So wurde aus dem mittellosen Knaben ein Landwirtschaftsfachmann, der nach dem Tod seines Förderers 1747 unter dessen Nachfolger, dem Fürsten Leopold Maximilian, zum Kammerdirektor und dann sogar zum Mitvormund für den jungen Fürsten Franz erhoben wurde. Brenkenhoff sorgte für die Kultivierung der Elbebrüche im Fürstentum, sammelte so Erfahrungen in der Melioration, betrieb einen umfangreichen Pferdehandel und verdiente mit riesigen Armeelieferungen zur Versorgung der Truppen des Preußenkönigs in dessen Kriegen sein erstes großes Vermögen.

Landgewinnung und Kanalbau

1762 übernahm ihn Friedrich II. in preußische Dienste. Brenkenhoff wurde als wirklicher Geheimer Finanzrat Mitglied des Generaldirektoriums und wirkte in den Folgejahren als königliche Geheimplatzhalter für den wirtschaftlichen Aufschwung in Pommern, der Neumark, im Netzegebiet und im Warthebruch. Er organisierte an Netze und Warthe die Bruchmeliorationen, sorgte für landwirtschaftliches Neuland und siedelte 2700 Kolonistenfamilien an. Dazu gesellte sich der Rübenanbau, die Pferdezucht und die Entwicklung der Wollspinnerei. Ab 1771 erschloss er auf Weisung von Friedrich II. den Thurbruch im Osten von Usedom in Pommern. Der Thurbruch gehört zu den größten Niedermooren in Nordostdeutschland, wurde 1421 erstmals urkundlich erwähnt und galt jahrhundertlang

als „urwaldartige Seen- und Sumpflandschaft“, die nach Brenkenhoffs Landgewinnung mit neuen Siedlerkolonien besiedelt wurde.

Zuvor schon hatte er in Stolp in Hinterpommern einen anderen dringlichen Wunsch des Königs realisiert, der eine neue Kadettenanstalt für den Offiziersnachwuchs forderte. Zusammen mit dem Kammerpräsidenten von Stargard hatte er mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldern die neue Lehranstalt in Stolp geschaffen, die am 1. Juni 1769 gegründet worden war und vom Hauptmann von Kötteritz geleitet wurde. Bis 1786 wurden 203 Absolventen an das Berliner Hauptinstitut abgegeben. Das war auch der Vorarbeit Brenkenhoffs geschuldet, der pausenlos zwischen seinen Hauptwirkungsstätten unterwegs war, 1772 im ehemaligen Hohensalza und heutigen Inowrocław als

Vertreter des Königs die Huldigungen entgegennahm und dann bis 1775 den Bromberger Kanal bauen ließ, der den Schiffsverkehr bis zur Ostsee ermöglichte.

In Ungnade gefallen

Parallel zu seinen vielgestaltigen Aktivitäten wuchs mit der Anzahl seiner eigenen Güter sein Reichtum. Er führte ein luxuriöses Leben, ließ sich von seiner ersten Frau 1774 scheiden, heiratete in zweiter Ehe die jüngere Elisabeth Gottliebe von Papstein und genoss bis zuletzt die besondere Wertschätzung von Friedrich II. Doch die „Unordnung in der Geldverwertung“ und die offenkundige Nutzung staatlicher Gelder für seine privaten Aufwendungen brachte ihn dann noch auf dem Sterbebett in Nöte. Brenkenhoff starb am 21. Mai 1780 auf seinem Gut Hohenkarzig bei Soldin in der Neumark, wurde 57 Jahre alt und fand sein letzte Ruhe in Lichtenow bei Friedeberg in der Neumark. Der König veranlasste ein Verfahren und ließ nach Bestätigung des Verdachts der „Vorteilsnahme im Amt“ die Güter Brenkenhoffs beschlagnahmen.

Ortschaften erhielten seinen Namen

Bei veruntreutem Geld hörte die Gunst von Friedrich II. auf. Brenkenhoff hinterließ aus seinen beiden Ehen einen Sohn und zwei Töchter, die erst nach einigen Jahren auf dem „Gnadenweg“ durch die Hohenzollern einige Güter zurückbekamen. Parallel stiftete einst die Stadt Driesen an der Netze auf dem Markt und die Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt in Bromberg Denkmäler für Brenkenhoff. Dazu kommen zahlreiche Orte in den Bruchgebieten, die nach der Landgewinnung seinen Namen erhielten wie Brenkenhof, Brenkenhofsberg, Brenkenhofsthal, Brenkenhofswalde und Brenkenhofsfließ. In der aktuellen „Neuen Deutschen Biographie“ ist ihm im 2. Band ein Beitrag gewidmet. Sein Grab in Lichtenow bei Friedeberg ist nicht erhalten. Ein Gemälde befindet sich bis heute im Jagdschloss Grunewald bei Berlin.

KIRCHLICHES

Wertvolle Paramente restauriert zurück in Stralsund

Die Ernst von Siemens Kunststiftung machte das Vorhaben möglich

Einzigartige Seide aus Zentralasien, prunkvoll schillernde Stoffe aus dem Spätmittelalter, Brücken zwischen Orient und Okzident: Die Paramente der Stralsunder Geistlichen aus der Hansezeit gehören zu den wertvollsten Stücken des STRALSUND MUSEUM. Die rund 700 Jahre alten Gewänder, die von Diakonen und Bischöfen getragen wurden, zeugen nicht nur vom Reichtum und der Bedeutung der Hansestadt, sondern auch von einer Handwerkskunst, die ihresgleichen sucht. Getragen wurden die kostbaren Gewänder zu den verschiedenen kirchlichen Anlässen, so auch zur Osterzeit.

Restaurierung mehr als zwei Jahre

Doch der Zahn der Zeit hat an ihnen genagt. Nach Jahrhunderten der Nutzung wiesen die liturgischen Gewänder nicht nur Schmutz, Falten und Löcher auf. Einige Stücke hatten sogar „Rost“ angesetzt, weil darin verarbeitete Metallfäden oxidiert waren. Um die wertvollen Schätze für die nachfolgenden Generationen zu erhalten, wurden nun jeweils zwei Dalmatiken und Kaseln im Domstift Brandenburg von der Textilrestauratorin Geertje

Gerhold aufwendig gesäubert, geflickt und mit kaltem Dampf geglättet.

Nach über zwei Jahren liegen sie nun wieder sicher verwahrt im Depot der Hansestadt Stralsund. Die Leiterin des STRALSUND MUSEUM, Dr. Maren Heun, freut sich, dass die aufbereiteten Paramente in der künftigen neuen Dauerausstellung im Katharinenkloster gezeigt werden können. Die wertvollsten Stücke sind so kostbar, „das hat das Vielfache des Jahresverdienstes eines Bürgers ausgemacht“, sagt die Kunsthistorikern.

Die Museumsleiterin schränkt ein, dass die lichtempfindlichen Stoffe immer nur für eine kurze Dauer zu sehen sein können. Nach Kontakt mit Licht müssen die Paramente danach rund vier bis fünf Jahre in Dunkelheit und klimatisiert verwahrt werden, damit sie sich erholen können. Um die Gewänder in der künftigen Ausstellung überhaupt zeigen zu können, wurde ein Lichtkonzept erarbeitet. Bei 50 Lux können die Paramente ausgestellt werden. Darüber hinaus lässt das Museum für jedes Stück eine Figurine anfertigen. Die Kosten für Aufarbeitung der Paramente in Höhe von mehr als 16.000

Euro wurde von der Ernst von Siemens Kunststiftung übernommen. Die Ernst von Siemens Kunststiftung unterstützt Museen beim Ankauf von Kunstwerken, Ausstellungen, der Veröffentlichung von Bestandskatalogen und Werk-Verzeichnissen sowie die Restaurierung von bedeutenden Sammlungsobjekten.

Das STRALSUND MUSEUM birgt mit etwa vierzig Paramenten einen kostbaren Bestand, der in Norddeutschland seinesgleichen sucht. Dabei handelt es sich vor allem um Prachtgewänder, Kaseln und Dalmatiken, welche die Priester in der Messe getragen haben, aber auch um Decken und Vorhänge für die Altäre. Die vierzehn Priesterkleider stammen zu meist aus dem 15. Jahrhundert. Sie sind aus verschiedenen reichgemusterten Seidenstoffen gefertigt worden, die außerordentlich teuer waren und über weite Strecken hinweg gehandelt wurden. Die Farben, vor allem aber die Muster der Stoffe, verweisen auf die Herkunft aus den großen italienischen Seidenzentren Lucca und Venedig.

HANSESTADT Stralsund | Pressestelle



Museumsleiterin Dr. Maren Heun begutachtet eines der zurückgekehrten Paramente
Foto: HANSESTADT Stralsund | Pressestelle

„Dieser Krieg bringt nur Spekulanten einen Gewinn“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Die PAZ hebt sich sehr deutlich vom derzeit herrschenden ‚Zeitgeist‘ ab. Wer wirklich unabhängigen Journalismus möchte, hier wird er fündig“

Thomas Strobel, Hamburg



Ausgabe Nr. 15

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FRIEDEN OHNE WAFFEN?

ZU: „ICH SEHE KEINE STRATEGIE, DIE ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES FÜHREN KÖNNTE“ (NR. 14)

Es ist erfrischend, mit welchem klaren Geist und Verstand ein pensionierter deutscher General die derzeitige Lage für jedermann verständlich auf den Punkt bringt. Eigentlich wäre dies die Aufgabe der Politik, mithin der uns politisch führenden Köpfe. Wenn man allerdings von dort Antworten erwartet, ist nicht nur die Enttäuschung, sondern offenbar auch die Ratlosigkeit groß.

Dieser Krieg bringt nur für Spekulanten mit militärischen Wirtschaftsinteressen, sonst aber für keine der unmittelbar beteiligten Seiten einen erkennbaren Gewinn. Tod und Zerstörung ziehen eine ungewisse Zukunft nach sich, die eine übermenschliche Größe erfordert, nach einem Friedensschluss sich die begangenen Kriegsverbrechen gegenseitig zu verzeihen. Schon von dieser Warte aus gesehen ist ein früher Beginn für Friedensverhandlungen lange überfällig.

Hier ist allerdings schon feststellbar, dass sich neben der bislang sprachlosen Politikerkaste international agierende Investmentgesellschaften wie BlackRock in den Startlöchern befinden, um sich das Fell des noch nicht endgültig erlegten Bären Ukraine aufzuteilen. Die Skrupellosigkeit, mit der man einer sterbenden Nation immer mehr Waffen liefert, um sie dann eines nahen Tages in das eigene Wertesystem zu integrieren, sollte eigentlich weltweite Proteste auslösen.

Hier besteht bei jeglicher Beteiligung die Gefahr, dass man vom gut gemeinten Helfer zum bösgläubigen Mittäter mutieren könnte. Angesichts unserer niedergewirtschafteten Bundeswehr sollten wir über die großartige Chance neuer Verteidigungsallianzen oder die Einführung der Neutralität nachdenken, es könnte uns vor weiteren Urkatastrophen bewahren.

Gäbe es heute einen Ukrainekrieg, wenn sich vor 30 Jahren neben dem Warschauer Pakt auch die NATO aufgelöst hätte? Es mag gegenwärtig unpopulär

klingen, aber erinnern wir uns einmal an ein wohlklingendes Schlagwort früherer Tage: „Frieden schaffen ohne Waffen!“

Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

MAN KANN NUR ZUSTIMMEN

ZU: „ICH SEHE KEINE STRATEGIE, DIE ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES FÜHREN KÖNNTE“ (NR. 14)

Ausdrücklichen Dank für dieses Interview. Es hebt sich wohltuend vom Kriegsgeschrei insbesondere unserer beiden Amazonen Annalena und Agnes ab. Beide haben wahrscheinlich noch nie auch nur an einem militärischen Manöver teilgenommen. Diese sind zwar im Vergleich zur Realität des Krieges ein Kinderspiel, aber man erlebt mal, wie es knallt und wenn ein Panzer auf einen zurollt, und das ist schon ein beängstigendes Gefühl.

Nur wer so ahnungslos ist wie diese beiden und auch andere in der Regierung, kann so laut schreien, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen. Alexander Gauland hat es meiner Meinung nach in einer Rede auf den Punkt gebracht mit der Aussage: „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, aber es darf ihn auch nicht verlieren.“ General a. D. Kujat hat schon wiederholt sehr sachliche Aussagen zum Krieg gemacht, die vom Wissen um die Dinge geprägt sind. Seinem letzten Satz im Interview kann man ohne Einschränkung zustimmen.

Noch ein Nachsatz zu Russland: Würde es diesen Krieg verlieren und dann zerbrechen, welcher Chaos hat dann die Verfügungsgewalt über die russischen Atomwaffen?

Ulrich Bohl, Berlin

HÖLLISCHER DAUERZUSTAND

ZU: DAS ENDE EINER LANGEN PASSIONSZEIT (NR. 14)

Man muss nur auf die Pläne der WHO schauen, um zu begreifen, was in den nächsten Jahren weltweit etabliert werden soll. Ähnlich wie der Migrationspakt wird hier versucht, den pandemischen

Ausnahmestandard zum Dauerzustand zu erheben, um die Bevölkerungen mit Hilfe diverser NGOs nach Belieben zu kujonieren. Naivität in Zeiten des Versuchs der Etablierung des Transhumanismus ist das Letzte, was wir gebrauchen können.

Chris Benthe, Dresden

DAS POLITIKER-MÄRCHEN

ZU: DIE MÄR VOM UNTERGANG DER SÜDSEE-INSELN (NR. 14)

Nein, ganz falsch: Man braucht das Märchen von den untergehenden Inseln, um Politikerinnen wie Roth und Baerbock einen CO₂-trächtigen Urlaubsflug zu finanzieren. Danke trotzdem für den guten Artikel, der belegt, was vernunftbegabte Menschen schon längst gemutmaßt haben.

Heike Olmes, Essen

EIN VOLLTREFFER

ZU: DIE MÄR VOM UNTERGANG DER SÜDSEE-INSELN (NR. 14)

Dieser Artikel ist ein Volltreffer zu einem Thema, das vor allem wegen der Regierungspolitik aktueller nicht sein könnte. Spätestens, nachdem man das gelesen hat, sollte man sich fragen nach Sinn und Unsinn beziehungsweise den Hintergründen der zu Deindustrialisierung und Wohlstandsvernichtung führenden Pläne der Ampelregierung. Wach endlich auf, Wähler, glaube nicht alles, was in TV, Zeitung und „Studien“ dogmatisch hinausposaunt wird, und lerne zwischen den Zeilen zu lesen!

Hans Sperber, Aachen

VOR DER VERGEBUNG DIE REUE

ZU: DAS ENDE EINER LANGEN PASSIONSZEIT (NR. 14)

Einfach so verzeihen? Nein, dazu ist zu viel Unrecht passiert. Auch nach christlicher Lehre kommen vor der Vergebung die Einsicht und Reue. Sehr wohl waren die Risiken der Impfung vorher bekannt, selbst der Laie konnte nach dem leicht

verständlichen Buch von Clemens Arvay ausreichend wissen, dass sie niemals „Gamechanger“ sein konnte. Zu groß war die Hetze gegen Ungeimpfte. Zudem muss vermieden werden, dass die Verantwortlichen weiterhin Macht haben und somit Wiederholungstäter werden. Arvay hat sich vor Kurzem selbst getötet, und die Hetze gegen ihn war sicher ein Grund dafür. Auch das kann man nicht verzeihen. Petra Löffler, Niefern-Öschelbronn

EIN DREIJÄHRIGER SPUK

ZU: DAS ENDE EINER LANGEN PASSIONSZEIT (NR. 14)

Viele dieser Scharfmacher aus der (ehemaligen) Corona-Verwaltung geben sich jetzt als Biedermänner und -frauen der Nation. Es sei ja schließlich nicht alles nicht so bitterernst gemeint, wie es gesagt und sofort zwangsverordnet worden ist. Dieser dreijährige Zwangsmaßnahmen-Spuk hat für mich nur ein vorläufiges Ende genommen, aber niemand dieser Hardliner aus diesem Corona-Zwangsmaßnahmen-Klub bekommt sein wohlverdientes Fett ab.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

IM RICHTIGEN GREIFFENBERG

ZU: DIE SUDETEN „VON VORNE“ (NR. 13)

Ich finde diese Tagesausflüge, die das Schlesische Museum zu Görlitz anbietet, als eine sehr gute Maßnahme, um niemals zu vergessen, dass Schlesien eine sehr lange deutsche Geschichte und deutschen Ursprung hat. Meine Familie wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von Polen aus dem eigens erbauten Haus rausgeworfen und vertrieben. Das Haus wird seitdem von Polen bewohnt. Für mich eine unverzeihliche Tatsache, obwohl ich selbst erst 1963 in Bayern geboren wurde und aufgewachsen bin. Leider ist der Ort Greiffenberg [Gryfów Śląski] in diesem Artikel falsch geschrieben. Es heißt richtig „Greiffenberg“ und nicht „Greifenberg“.

Renate Fisch, München

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

OSTZONE

Auferstanden aus den Fluten

„Planübererfüllung“ nach nur dreieinhalb Monaten – Das Berliner DDR-Museum ist mit neuem Konzept wiedereröffnet

VON SILVIA FRIEDRICH

Wenn das Leben dir Zitronen gibt, mach' Limonade daraus. So wenig sich diese inhaltlich mit Südfrüchten befassende Weisheit mit der real existierenden Versorgungslage der DDR vereinbaren lässt, so stimmig ist sie bezüglich der Wiedereröffnung des Berliner DDR-Museums im April dieses Jahres. „Wir haben aus der Not eine Tugend gemacht“, ließ der Direktor Gordon Freiherr von Godin kurz vor der Neueröffnung wissen. Viele Inhalte, die Godin und sein Team inhaltlich schon lange in der Schublade hatten, konnten nun durch den misslichen Umstand einer Havarie umgesetzt werden.

Allen steckt der Schock noch in den Knochen beim Gedanken daran, dass am 16. Dezember in den frühen Morgenstunden eine Schadensmeldung kam: Das 16 Meter hohe Großaquarium im Gebäudekomplex des Dom-Aquarées in Berlin-Mitte war urplötzlich geplatzt, wobei sich etwa eine Million Liter Salzwasser in der gesamten Umgebung verteilten. Sofort war klar, dass dieses Unglück auch das direkt benachbarte DDR-Museum betraf.

Bei erster Besichtigung um kurz nach 7 Uhr wateten alle knöcheltief im Wasser. Obwohl die Wassermassen die Wände herunterliefen, von oben durch die Decke kamen und sich das Salz in Stromverteiler und Exponate fraß, konnten die meisten Objekte beinahe unbeschadet gerettet werden. Schwer getroffen hatte es nur die original eingerichtete DDR-Wohnung aus dem Jahre 1984. Insgesamt belief sich der Schaden auf 1,5 Millionen Euro.

Zum großen Teil wird die Summe aus Mitteln privater Gesellschafter übernommen. Gebäudeversicherungsgelder müssen abgewartet werden. Das privat geführte Museum bekommt keine öffentlichen Gelder und will den Schaden auch nicht auf die Besucher in Form von Eintrittspreiserhöhungen abwälzen.



Ostalgie mit Honecker-TV: Nachgestelltes Plattenbau-Wohnzimmer der 1980er Jahre im DDR-Museum

Nach Schließung des Museums im Dezember wurde sofort mit dem Trocknen der Räume begonnen. Prüfgutachter und Sachverständige machten sich an die Arbeit. Es waren Sanierungskonzepte zu erstellen, die insgesamt von 16 Gewerken an Ort und Stelle umgesetzt wurden. Das Modell einer alten Erika-Schreibmaschine, die durch die Salzkristalle komplett korrodierte, wird als Erinnerungsstück nun in die Schau übernommen.

8000 Ausstellungsstücke sind zu bewundern, die mit Sonderausstellungen aus einem reichhaltigen Depot des Museums, das weitere 300.000 Stücke beherbergt, erweitert wird. Den Anfang macht dabei der „DDR-Alltag in 200 Objekten“. Menschen aus Ost und West sind sehr

spendierfreudig und geben ihre Schätze aus DDR-Zeiten gerne unentgeltlich weiter. Ab dem Eingang ist das Museum jetzt außerdem barrierefrei, da nach der Sanierung ein Fahrstuhl für Rollstühle installiert wurde.

Der „Nischel“ darf nicht fehlen

Wer die Räume betritt, steht vor einem sechs Meter langen originalen Mauerstück und sucht zunächst einmal den Weg. Man denkt sofort an alte Zeiten, als Visa und Kontrolle den innerdeutschen Austausch behindern sollten. Ein Trabant 601 Deluxe macht sich vor dem Betonklotz breit und lädt, mit typisch knatternden Geräuschen, Besucher zur virtuellen Fahrt ein. Gut, dass man auf den Abgas-

gestank verzichtet hat, ansonsten ist alles wie dereinst.

Die Ausstellungsmacher ließen wissen, dass man sich bei der Neukonzeption viele Jahre nach dem Mauerfall nun auch auf nachgewachsene Generationen besonnen habe, die von der DDR nicht viel oder gar nichts wüssten, aber auch auf Touristen aus dem Ausland, denen völlig unklar sei, dass und warum Deutschland einmal geteilt war.

Endlich erfährt gleich im vorderen Teil des Museums auch der historisch eher unkundige Besucher durch das Modul „Deutsche Teilung“, wie es zur Teilung Deutschlands, den Besatzungszonen und zum Mauerbau kam. Das Modul „DDR kompakt“ zeigt auf einer großen

Fläche die 15 Bezirke des mitteldeutschen Staates, verziert mit kleinen Landmarken wie dem „Nischel“, also dem Karl-Marx-Kopf, an der Stelle, wo sich die nach ihm benannte Stadt befand.

Regelrecht erdrückt steht der Besucher gleich im Anschluss vor einer Plakatawand mit „Propaganda“ aus den 1980er Jahren. Auch dieses Modul ist neu eingerichtet worden und lässt jeden Gast eine Weile verharren. Beinahe benommen von all den „roten Sprüchen“ zieht es einen dann zu den Aufbauten, die, als Plattenbauten angelegt, viele Schubladen enthalten, die nach Herzenslust und Interesse geöffnet und angeschaut werden sollen.

So mancher betritt danach erstmals eine original „WBS 70“-DDR-Plattenbauwohnung, kann es sich in den Einheitsmöbeln bequem machen oder in den Küchenschränken nach Vorräten schauen. Neu hinzukommen wird noch ein Modell des Palastes der Republik, ein Kino und eine Konsum-Situation. Eine Stellwand erinnert schon vorab an die teils katastrophale Versorgungslage mit Zitaten, wie: „17.8.84 Alter Konsum. Bis 11:30 Uhr wegen Fliegenbekämpfung geschlossen“, oder: „Riesige Schlangen in Dessau wegen Apfelsinen und Bananen“.

Das Haus ist mit 585.000 Gästen im Jahr 2019 eines der meistbesuchten Museen der Stadt und das Interesse ungebrochen stark. Regelmäßig zur „Langen Nacht der Museen“ warten Besucher in langen Schlangen bis zur „Karl-Liebknecht-Brücke“ hin auf Einlass. Grund dafür ist, dass sich nur jeweils 350 Personen in den Räumen aufhalten dürfen. Doch eigentlich erinnert es dadurch sogar schon draußen massiv an alte DDR-Zeiten mit Schlangestehen.

● **Buchtipps** Quirin Graf Adelman/Gordon Freiherr von Godin: „DDR-Alltag in 200 Objekten“, DDR Museum Verlag, 256 Seiten 20 Euro. **DDR-Museum** täglich von 9 bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt: 12,50 Euro www.ddr-museum.de

GESICHTSPFLEGE

Ein echter Schaumschläger

Seit 275 Jahren gibt es den Rasierpinsel für den Mann – Einst totgesagt, erlebt er aktuell eine Retrowelle

Das Werbevideo für eine Rasierseife: Sie enthält „fair“ gehandelte Kakaobutter, und man trägt sie am besten mit einem Dachshaarpinsel auf. Worin liegt der innere Widerspruch? Dachshaar kommt ausschließlich aus chinesischen Tierfabriken, und dort gibt es keinen Tierschutz.

Rasierpinsel vom Dach, namentlich die höchste Qualität „Silberspitz“, gelten noch immer als die besten. Mit ihrer penetranter Weichlichkeit kommen sie auch der Sanftheitsattitüde des neuen Mannes entgegen. Die echten Kerle, mit denen wir neuerdings konfrontiert sind, tragen hingegen lange Rauschebärte vor sich her. Mag es jeder halten, wie er will, jedenfalls gibt es unstrittig eine neue Bartkultur, die sich auch darin manifestiert, dass landauf, landab die Barbierläden aus dem Boden sprießen. Dort wird wieder richtig rasiert, mit heißem Tuch vorneweg und handgeschlagenem Seifenschaum. Das ist weit mehr Retro, als unsere Urgroßväter hätten ertragen wollen, als sie sich selbst rasierten. Und es ist die Absage an das seit den 1970er Jahren immer höher aufgeworfene Werbegeklingel vom immer besseren, schärferen und sanfteren Plastikrasierer.

Der Rasierpinsel geriet in den 50er Jahren aus der Mode, einerseits wegen des Sprühschaums, andererseits wegen der Elektrorasierer. Inzwischen gibt es wieder ein breites Angebot, vom hochwertigen Manufaktur-Pinsel bis zum handgedrehten Liebhaberstück. Obwohl man schon vor vielen Jahrzehnten Pinsel mit Nylon besetzte, sind synthetische Haare heute der wichtigste und

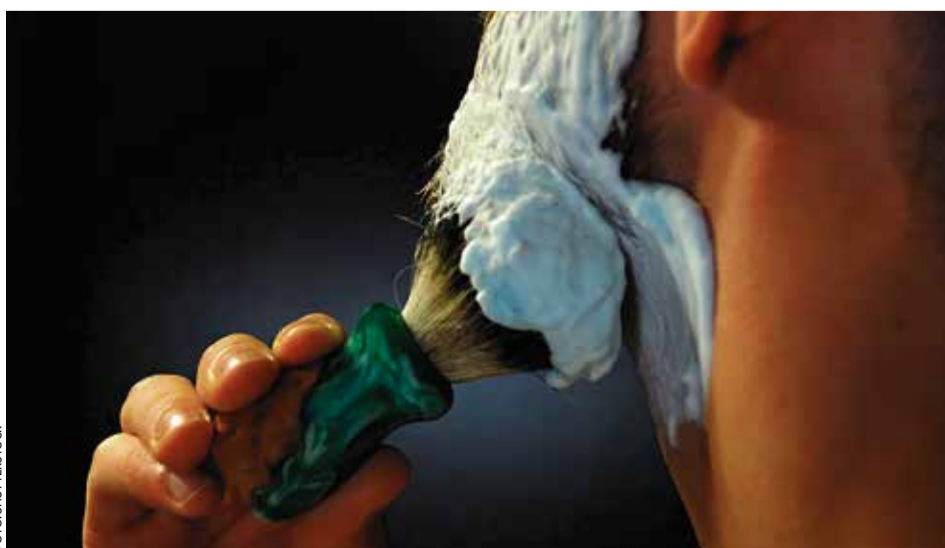
spannendste Entwicklungsbereich. Denn diese Kunstfasern werden zur Spitze hin unregelmäßig dünner. Sie sehen aus und fühlen sich fast so an wie ihr natürliches Vorbild. Außerdem nehmen sie das Wasser genauso gut auf, sind aber hygienischer und haltbarer.

Wurde einst der Pinsel des kleinen Mannes aus Schweineborsten oder Pferdehaar gefertigt, bietet heute jeder Her-

steller auch hochwertige Kunstfasern an. Das ist ein würdiges Geschenk zum 275. Geburtstag, den der Rasierpinsel jetzt begeht, wenn es nach Allen Peterkin geht, der sich mit der Erforschung der Bartkultur beschäftigt. Er datiert die Einführung des Pinsels auf das Jahr 1748.

Einem Buch aus dem Jahr 1815 zufolge blieb jedoch das Aufschäumen mit der Hand in London bis 1756 üblich. Und Jean-Jacques Perrets Anleitung zur Selbstrasur erwähnt sogar noch 1770 nichts von der Pinselei. Unterdessen breitete sich die Selbstrasur aus und damit auch Pinsel und Seifennapf. Ihre Blütezeit reichte bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Sicherheitsrasierer (Hobel) schon lange die Messer verdrängt hatten.

Ab 1968 galten diese Utensilien als großväterlich, altbacken und reaktionär. Doch schon das Rasieren selbst konnte in bestimmten Kreisen verdächtig sein. Heute erfolgt der nostalgische Rückgriff in die Rasiergeschichte ohne politischen Impetus, dafür ausdrücklich nachhaltig. Klingenasierer machen weniger Plastikmüll, Seife und Pinsel werden als vegan beworben. Nun muss nur noch das Dachsheid beendet werden. *Alexander Glück*



Bestens eingeseift: Mit einem Rasierpinsel lässt sich der Schaum gleichmäßig verteilen

BRANDENBURG

Das Jahr der Baukultur

Für dieses Jahr ruft das Land Brandenburg das Jahr der Baukultur aus. Gemeinsam mit der Baukulturinitiative Brandenburg und zahlreichen Partnerprojekten im gesamten Land lädt das Themenjahr „Baukultur leben – Kulturland Brandenburg 2023“ ein, bei der Gestaltung einer zukunftsorientierten, lebendigen Baukultur mitzuwirken. Das geschieht in Festivalformaten wie intergenerationellen Dialogen, Theater, Werkstattgesprächen, Arbeitsgruppen oder Ausstellungen.

Koordiniert von der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte in Potsdam laufen im Rahmen dieses Projektes bereits erste Ausstellungen zum Bau-Thema in Strausberg, Potsdam, Cottbus und Wunsdorf. Daneben gibt es Theateraufführungen wie „Franziska Linkerhand“ nach dem Roman von Brigitte Reimann in der Potsdamer Zimmbühne. Am 2. und 3. Juni findet in Eisenhüttenstadt ein Festakt zum Themenjahr statt sowie am 23. und 24. September ein landesweiter „Tag der Baukultur“. Programm unter: www.kulturland-brandenburg.de *tws*

● FÜR SIE GELESEN

Die Deutsche auf dem Thron

Die Politologin Cornelia Wusowski schreibt historische Romane und Romanbiographien. „Katharina die Große. Herrscherin aller Russen“ ist die zweite Romanbiographie über die Deutsche auf dem russischen Zarenthron. Während im ersten Band „Der Weg zur Zarenkrone Russlands“ die Jugend der jungen Adligen sowie ihre unglückliche Ehe mit Peter III. und ihr Weg an die Macht behandelt werden, gilt der Folgeband ihrer Regierungszeit.

Wusowski schildert auf spannende Weise Katharinas mehr als 20jährige Herrscherzeit. Eine große Rolle in Regierungsgeschäften wie auch für das Privatleben der für ihre zahlreichen Liebchaften berühmten Zarin spielt Fürst Grigorij Potjomkin. Die Abneigung gegenüber ihrem Sohn Paul geht dagegen so weit, dass ihn unbedingt als ihren Nachfolger verhindern will. Ihr Tod hat die Umsetzung dieses Plans jedoch verhindert. MRK



Cornelia Wusowski: „Katharina die Große. Herrscherin aller Russen“, Südv Verlag, Konstanz 2022, gebunden, 268 Seiten, 22 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Sieben Mal Bodensee

Die Regionen des größten Binnengewässers Deutschlands beschreibt der Marco-Polo-Reiseführer in einer druckfrischen Neuauflage mit vielen Aspekten

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER

Ob sportlich oder bequem – der Bodensee hat für jeden Urlaubertyp etwas zu bieten. Darüber informiert der Band „Bodensee“ aus der Marco-Polo-Reihe. Beschrieben werden Ziele auf deutscher, österreichischer

und Schweizer Seite des Sees. Die Region ist ein Paradies für Kulturliebhaber, Sportler und Genießer. Malerische Fotomotive wie die Pfahlbauten im Freilichtmuseum Unteruhldingen (Bild) finden sich allerorts. MRK



Marco Polo: „Bodensee“, 18. aktualisierte Neuauflage, MairDumont Verlag, Ostfildern 2023, broschiert, 138 Seiten, 14,95 Euro

GESELLSCHAFTSKRITIK

Ein Mann sieht rot
– Ralf Schuler rechnet ab

Der Journalist übt scharfe Kritik an der „Generation Gleichschritt“, der LGBTQ-Lobby und dem Zeitgeist. Seinem ehemaligen Arbeitgeber Axel-Springer-Verlag wirft er vor, unterwandert worden zu sein

VON ANSGAR LANGE

Wer wissen möchte, was in Ralf Schulers Buch „Generation Gleichschritt“ steht, kann sich auf die exzellente Einleitung des Kabarettisten Dieter Nuhr beschränken. Denn dieser benennt in klarer Sprache die Themen, die der Autor etwas zu sprunghaft und ausführlich auf rund 200 Seiten beschreibt. Nuhr zufolge ist die derzeitige Diskussionskultur auf den Hund gekommen. In den Meinungsblasen der Gegenwart gelte der konstruktive Austausch mit Andersdenkenden zunehmend als „Haltungsschwäche“. Nuhr macht am Beispiel seiner Sendung „Nuhr im Ersten“ deutlich, dass der Meinungskorridor des Sagbaren von kleinen, aber militanten Gruppen immer enger gezogen wird.

Diejenigen, die Nuhr oder auch seine Gäste schnell mit dem Wort „umstritten“ oder „rechts“ brandmarken, wollen zum einen ihre eigene politische Agenda durchsetzen. Zum anderen wollen sie aber Andersdenkende in die soziale Isolation treiben und erreichen, dass sie möglichst mund- und berufslos gemacht werden. Die extreme Linke ähnelt in ihrer Illiberalität hier der extremen Rechten. Nuhr stellt fest, dass Journalisten immer stärker als Akteure oder Aktivisten und immer weniger als neutrale Beobachter auftreten.

Nuhr selbst ist nervenstark und wahrscheinlich aufgrund seines Alters und seiner bisherigen Erfolge auch in einer Posi-

tion, in der er die Angriffe der Aktivisten abperlen lassen kann. Manche können das nicht. Sie ziehen sich zurück, schließen ihre Social-Media-Accounts und sagen zumindest nicht mehr öffentlich, was sie denken. Der Kabarettist übertreibt nicht, wenn er dadurch unsere Demokratie in Gefahr sieht: „Eine kleine Gruppe radikaler Anhänger von Theorien wie strukturellem Rassismus, Postkolonialismus, Sexismus ist heute in der Lage, Meinungsöffentlichkeit massiv zu manipulieren. Auch radikale Rechte haben ein großes Mobilisierungspotential über die sozialen Medien, ihnen fehlt aber die Machtperspektive.“

Ständige Stasi- und Nazivergleiche

Der Journalist Schuler vertritt ähnliche Thesen. Doch man merkt seinem Stil zu sehr den heißen Atem an. Teilweise übertreibt der ehemalige „Bild“-Mitarbeiter es mit seinen Stasi- und Nazivergleichen. Denn auch wenn das Meinungsklima unzweifelhaft rauer geworden ist, ist es heute trotzdem möglich, seine Meinung zu sagen. Das zeigt sich unter anderem in dem Zuwachs „alternativer“ Medien. In einem totalitären System wären solche Medien verboten worden.

Schuler ist ein meinungsstarker konservativer Journalist. Man liest in jeder Zeile mit, dass er noch nicht den richtigen Abstand zu seinem früheren Arbeitgeber, dem Axel-Springer-Verlag, gefunden hat. Diesen sieht er quasi von einer LGBTQ-Lobby unterwandert. Und so arbeitet er sich in seinem Buch immer wieder an der

sogenannten Trans-Lobby ab, was den Leser auf Dauer ermüdet. Springer, so seine These, sei vor dieser Bewegung auf die Knie gegangen. Schuler, früher Leiter der Parlamentsredaktion der „Bild“-Zeitung, wechselte inzwischen zu Julian Reichelt's Produktionsfirma Rome Medien. Manchmal ist es besser, sich nicht ohne einen gewissen zeitlichen und emotionalen Abstand an einem früheren Arbeitgeber abzuarbeiten.

Roter Faden fehlt

Nach der Schilderung seines Abgangs bei Springer vermisst der Rezensent so etwas wie einen roten Faden. Dem Buch mangelt es eindeutig an Struktur. Und so springt Schuler hin und her, beschreibt, wie die Meinungsfreiheit seiner Ansicht nach untergraben wird, ist dann irgendwann bei Angela Merkel – vielleicht, weil er sie beruflich lange Jahre begleiten durfte oder musste – landet dann schließlich beim Verfassungsschutz, der Fußball-WM in Katar, um dann am Schluss noch mal auf „Mein Ende bei BILD“ zurückzukommen. Das kann, muss man aber nicht lesen.



Ralf Schuler: „Generation Gleichschritt. Wie das Mitlaufen zum Volkssport wurde“, Fontis-Verlag, Basel 2023, gebunden, 240 Seiten, 22,90 Euro

ZEITGESCHICHTE

Bewegendes
über Indonesien

Der Erfolgsautor David van Reybrouck erzählt die Entwicklung des südostasiatischen Landes von einem Kolonial- zu einem unabhängigen Staat

VON DIRK KLOSE

Die Bewegung Blockfreier Staaten, in den 1950er Jahren mit Jawaharlal Nehru (Indien), Gamal Abdel Nasser (Ägypten) und Sukarno (Indonesien) an der Spitze gegründet, ist heute kaum noch in Erinnerung. Damals aber, mit der Konferenz afroasiatischer Staaten im indonesischen Bandung schien es, als würden diese Länder ein Gegenpol zu den Blöcken in Ost und West werden. Bandung war nicht zufällig als Konferenzort gewählt. Der indonesische Präsident Sukarno (1901–1970) hatte damals großes Prestige – als erste Kolonie in Asien hatte er Indonesien 1945 taktisch klug in die Unabhängigkeit geführt.

Der belgische Erfolgsautor David van Reybrouck, dessen Buch über den Kongo unter belgischer Herrschaft zum weltweiten Bestseller wurde, hat das südostasiatische Land zum Thema eines spannenden Buches gemacht. Zumal für deutsche Leser, für die sowohl die Region als auch deren Geschichte fernliegen, öffnet sich eine bislang fast unbekanntes terra incognita.

Indonesien hat als größter Inselstaat der Welt etwa 17.000 Inseln und ist der größte muslimische Staat. Geprägt wurde die Zeit seit 1600 von den Holländern. Zunächst nahm deren Vereinigte Ostindische Compagnie (VOC) erste Inseln in Besitz, ab etwa 1800 dann der holländische Staat. Das Kolonialreich hatte seine größte Ausdehnung zwischen 1914 und 1942.

Der Autor erzählt die Geschichte des Archipels von den Anfängen über die oft

von blutigen Kriegen gezeichneten Jahrhunderte bis ins 20. Jahrhundert, als sich erste Unabhängigkeitsbestrebungen zeigten. Im Zweiten Weltkrieg hatte Japan alle Inseln besetzt, aus denen sie die Amerikaner in verlustreichen Kämpfen vertrieben. Zwei Tage nach der japanischen Kapitulation rief Sukarno die Unabhängigkeit aus.

Doch die Niederlande dachten nicht daran, „ihr“ Land aufzugeben. In zwei „Polizeiaktionen“ 1947 und 1949 versuchten sie hartnäckig, den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Das war militärisch zunächst erfolgreich, scheiterte aber nach massivem Druck der USA und der UN. Die endgültige Freigabe Indonesiens verband die holländische Regierung mit einer Union zwischen beiden Staaten, die Sukarno wegen rasch einsetzender Differenzen 1955 beendete.

Van Reybrouck ergänzt seine Erzählung mit rund 200 Interviews, die er mit fast hundertjährigen Zeitzeugen in Indonesien, Japan und den Niederlanden geführt hat. Es sind bewegende, oft auch schreckliche Geschichten. In Summa eine außerordentliche Darstellung, die man mit großem Gewinn liest.



David van Reybrouck: „Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2022, gebunden, 752 Seiten, 34 Euro

PREUSSISCH HOLLAND

Spuren der jüdischen Vergangenheit

Vor mehr als 200 Jahren wanderten Handwerker- und Kaufmannsfamilien ein – Die Ruinen des Friedhofs erzählen ihre Geschichte

VON BETTINA MÜLLER

Menschen ohne ostpreussische Wurzeln wundern sich vielleicht über den Städtenamen „Preussisch Holland“. Was hatte Holländer in die Stadt verschlagen? Die Festschrift anlässlich des 600-jährigen Bestehens der Stadt – erschienen 1897 – gibt die Antwort. Darin wird ein Vers zitiert, der einst die längst zerstörte Rathausmauer zierte: „Flüchtlinge kamen hierher aus Holland, bauten die Mauern, bauten die Stadt sich zum Schutz, gaben den Namen ihr dann. Schau'n auf das fruchtbare Land, auf die Aussicht, schau'n auf das Andre, Wenige, wirst du gesteh'n, sind in dem Reiche ihr gleich.“ Tatsächlich waren es holländische Deichfachleute, die zu den ersten Siedlern im 1297 von Landmeister Meinhard von Querfurth mit dem Städteprivileg ausgestatteten Ort gehörten, weil man ihre Expertise bei der Eindeichung des Wechseldeltas dringend benötigte. Den Holländern folgten im Laufe der Zeit Franzosen, Schweizer und Schotten – Menschen, die auch unterschiedliche Konfessionen mitbrachten.

Als König Friedrich Wilhelm III. am 11. März 1812 das Edikt über „Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Preussischen Staate“ erließ, durften jüdische Menschen dauerhaft an einem Ort sesshaft werden, was ihnen vorher verwehrt worden war. Man erklärte sie zu Inländern und preussischen Staatsbürgern, doch erwünscht waren sie dadurch noch lange nicht. Der Magistrat der Stadt hatte sich geschlossen gegen sie ausgesprochen, musste sich dann aber dem König beugen, der nun mal das Gesetz vertrat.

Waren davor vereinzelt jüdische Handwerker auf der Durchreise in der Stadt gewesen, wanderten nun ganze Familien vor allem aus Westpreußen ein, wo die Familienoberhäupter im Februar 1813 von der Regierung ihren Staatsbürgerbrief erhalten hatten – unter der Bedingung, einen festen Familiennamen anzunehmen, was vorher



Noch vorhanden, aber in schlechtem Zustand: Der jüdische Friedhof von Preussisch Holland

Foto: Fritz Loseries

nicht der Fall war. Das wurde dokumentiert, sodass man noch heute die ersten Juden in Preussisch Holland, die zwischen 1813 und 1816 in die Stadt kamen, identifizieren kann: Unter anderem waren das Nathan Joseph Fürst und Levin Tobias Lindenheim, beide aus Krojanke. Dringend erforderlich war somit eine größere Begräbnisstätte, die schließlich 1817 entstand, als ein zuvor genutzter kleiner Friedhof nicht mehr genug Platz bot.

Ein „guter Ort“

Die Gemeinde entschied sich für einen damals etwas außerhalb gelegenen Platz an der Krossener Chaussee [Wojska Polskiego]. 1878 baute man eine neue repräsentative Synagoge an der Steintorstraße. Neben Königsberg war Preussisch Holland die einzige Stadt in Ostpreußen, in der die jüdische Gemeinde Eigentümerin ihrer Synagoge war.

Natürlich nagt die Zeit an diesem bemerkenswerten Relikt der Vergangenheit, an dem einst zirka 100 mal 50 Meter großen „guten Ort“, wie ein Friedhof im jüdischen Glauben heißt. Er ist in einem schlechten Zustand, Verfall und Zerstörung aufzuhalten beziehungsweise zu beseitigen ist eine Herausforderung. Helfende Hände gibt es immer mal wieder. In einer Aktion des „Bundes Junges Ostpreußen“ reisten bereits vor 20 Jahren Jugendliche unter der Devise „Denkmalschutz in Preussisch Holland – Arbeit gegen die Patina des Vergessens“ in die Republik Polen. Sie entfernten Wildwuchs, versuchten, umgestürzte Grabsteine wieder aufzurichten und fügten zerschlagene Steine zusammen. Das Entfernen von antisemitischen Graffiti gestaltete sich jedoch als schwierig und gelang nicht vollständig. Heute liest man bei einem Besuch die ersten deutschen Inschriften auf

den insgesamt 23 noch erhaltenen Grabsteinen, den einzigen Zeugnissen der verlorenen deutsch-jüdischen Vergangenheit der Stadt. Sieht die Namen all derer, denen es, so wie ihren christlichen Nachbarn, nicht vergönnt war, in ihrer Heimat zu bleiben, darunter auch Mitglieder der Familie Laserstein, Agnes und Leopold, aus der die bekannte Malerin Lotte Laserstein stammt.

Namen, die man im Staatsarchiv Leipzig wiederfindet, wo das (nicht vollständige) jüdische Friedhofsverzeichnis der Stadt aufbewahrt wird: 14 Seiten mit den Namen der Sterbefälle, 139 eingetragene Begräbnisse. Die noch erhaltenen Grabsteine sind schlicht, manche werden von klassizistischen Elementen geziert. Sie sind zumeist von der Größe und Formensprache her gleich, so wie es die Menschen im Tod auch sein sollen. Die wenigen noch vorhandenen, für jüdische

Friedhöfe typischen Inschriften beziehen sich etwa auf die Erlösung von Krankheit und Schmerzen. Da heißt es auf dem Grabstein von Rubin Ladendorf: „Deinen Schmerzen bist du nun entbunden, und ruhest froh von Himmelsglanz umwunden.“ Gelegentlich sind die hebräischen Inschriften auf der Vorderseite mit ihrem deutschen Äquivalent auf der Rückseite noch gut erkennbar.

Zunehmende Assimilation sichtbar

Etliche Kaufmannsfamilien hatten es in der Stadt zu einem gewissen Wohlstand gebracht, was eine zunehmende Assimilation mit sich brachte. Daher wird es auch opulenter Grabstätten gegeben haben, die jedoch nicht mehr erhalten sind. In Betracht kommt vor allem die Familie Aris, die kurz nach dem Edikt von 1812 in die Stadt kam und die noch bis 1937 im Telefonbuch verzeichnet war. Der Kaufmann Heinrich Aris galt als „der wohlhabendste Mann der Stadt mit einem geschätzten Vermögen von 1 Million Reichsmark“, heißt es in der Stadtchronik. Diese Familie hatte somit auch die meisten Gräber erworben. Und wie so oft bestanden familiäre Verbindungen in die Umgebung. 1818 war Aron Aris in Braunsberg eingewandert, ein Lederhändler, so wie die Aris' in Preussisch Holland auch. Sein Nachfahre Leopold Aris verfasste später die „Geschichte der jüdischen Gemeinde und der Chewra Kaddischa zu Braunsberg“, der Beerdigungsbruderschaft.

Vergessene Namen, Familien, die auch in der Bundesrepublik erloschen sind und allenfalls auf jüdischen Friedhöfen anzutreffen sind, wie zum Beispiel auf der Grabstätte Grumach auf dem Jüdischen Friedhof von Weißensee oder der Lindenheims in Mannheim, wo sich ebenfalls Nachfahren niedergelassen hatten. Vergessene Namen, aber trotz seines schlechten Zustandes ist der Friedhof ein bemerkenswertes Relikt der jüdischen Vergangenheit von Preussisch Holland, eben ein „guter Ort“.

DIWITTEN

Zeppeline in Ostpreußen

Im Jahr 1913 kamen die Luftschiffe in Form einer Zigarre mit dem neu aufgestellten 20. Armeekorps nach Allenstein

In der Vortragsreihe „Exponat des Monats“ des Museums der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein war Ende März ein unscheinbares Dokument zu bewundern. Einen „Soldatenbrief aus Diwitten von 1916“ nahm Rafał Bętkowski vom Museum zum Anlass, um über die dortige Basis Allenstein für Luftschiffe und über die Zeppeline zu referieren.

Die Luftschiffahrt begann nicht mit Flugzeugen, sondern mit Ballons und dem Versuch, diese zu steuern und mit Motoren anzutreiben. Ein Visionär war Herrmann Ganswindt aus Voigtshof bei Seeburg in Ostpreußen, der ein großes Modell eines Luftschiffs und sogar einen Anlegemast entwarf. Wichtig ist jedoch vor allem Ferdinand Graf von Zeppelin, dessen 120-Meter-Luftschiff in Form einer Zigarre sich am 2. Juli 1900 um 20.03 Uhr in Manzell von den Wassern des Bodensees erhob. Mit diesem ersten Zeppelin begann das Zeitalter des Transports von Waren und Menschen – und Waffen – durch die Luft.

Schon damals stand der Hangar des ersten Zeppelins auf dem Wasser des Bodensees. Denn die Konstruktionen waren

am Boden beim Aufprall auf Hindernisse sehr empfindlich. Einige Zeppeline, die problemlos Tausende Kilometer mit ihren Lasten gefahren waren, wurden beim Einhalten in die Hangars geradezu zusammengefallen, wenn sie nicht passend hineingezogen wurden. Der Erfolg wog die Risiken auf; insgesamt 150.000 Kilometer bei 1600 Flügen mit 37.000 Passagieren vor dem Ersten Weltkrieg sprechen für sich.

Im Jahr 1913 kamen die Zeppeline mit dem neu aufgestellten 20. Armeekorps nach Allenstein. Die Stadt hatte auf dem Boden des Dorfs Diwitten Grund gekauft und dem Heer zur Verfügung gestellt. Der erste Zeppelin, der in Diwitten landete, fuhr am 5. Juni 1914 über Allenstein. Damals entstand aus dem Zeppelin heraus ein Luftbild, welches das Museum der Moderne in einer Vergrößerung an einer Wand präsentiert.



Exponat im Museum der Moderne: Postkarte des Zeppelin-Jungfernflugs Foto: U.H.

Im Laufe des Ersten Weltkrieges nahmen von Diwitten aus viele Luftschiffe an Kämpfen teil oder absolvierten Erkundungsfahrten. Neben dem Beschuss durch feindliche Kräfte gab es noch andere Risiken.

Der Zeppelinkapitän Ernst A. Lehmann schilderte in seinen Memoiren die Fahrt vom 10. auf 11. August 1915. Er verlor durch Einschusslöcher Tragtaschen und danach die Orientierung, geriet in Nebel und musste zuletzt auf dem Kellaren-See landen. Wegen eines beschädigten Motors wurden selbst der Neustart und die letzten Kilometer nach Diwitten noch ein riskantes Unterfangen. Lehmann hatte damals Glück. Doch er starb dann am 6. Mai 1937 beim Unglück des Zeppelins „Hindenburg“ in Lakehurst, welches das Zeitalter der Zeppeline beendete.

Ziviler Dienst – Dienst im Krieg

Solche Risiken gab es am Boden nicht. Es war jedoch eine sehr schwere Arbeit, ein Luftschiff über Leitschienen gleichmäßig und vorsichtig in seine Halle zu

ziehen. Das war der Job des Soldaten R. Waschke, der im Feldpostbrief vom 3. Dezember 1916 seiner Frau Maria in Berlin schildert, wie es beim „Königlich Preussischen Feldtrupp für Luftschiffe Nr. 16“ (so der Stempel der Formation) in Diwitten so ist: „Die Beine schmerzen am Knöchel, das könnte auch Rheumatismus sein [...], aber bei einer Krankmeldung wegen Kleinigkeiten droht Arrest.“ An seinem freien Tag hatte er zwei kleine Dörfer besucht, beide ärmlich, leidend unter dem Krieg, von den Russen beraubt. Es gab nicht mehr viel zu kaufen, aber Brot sollte seine Frau nicht schicken, um nicht selbst zu hungern.

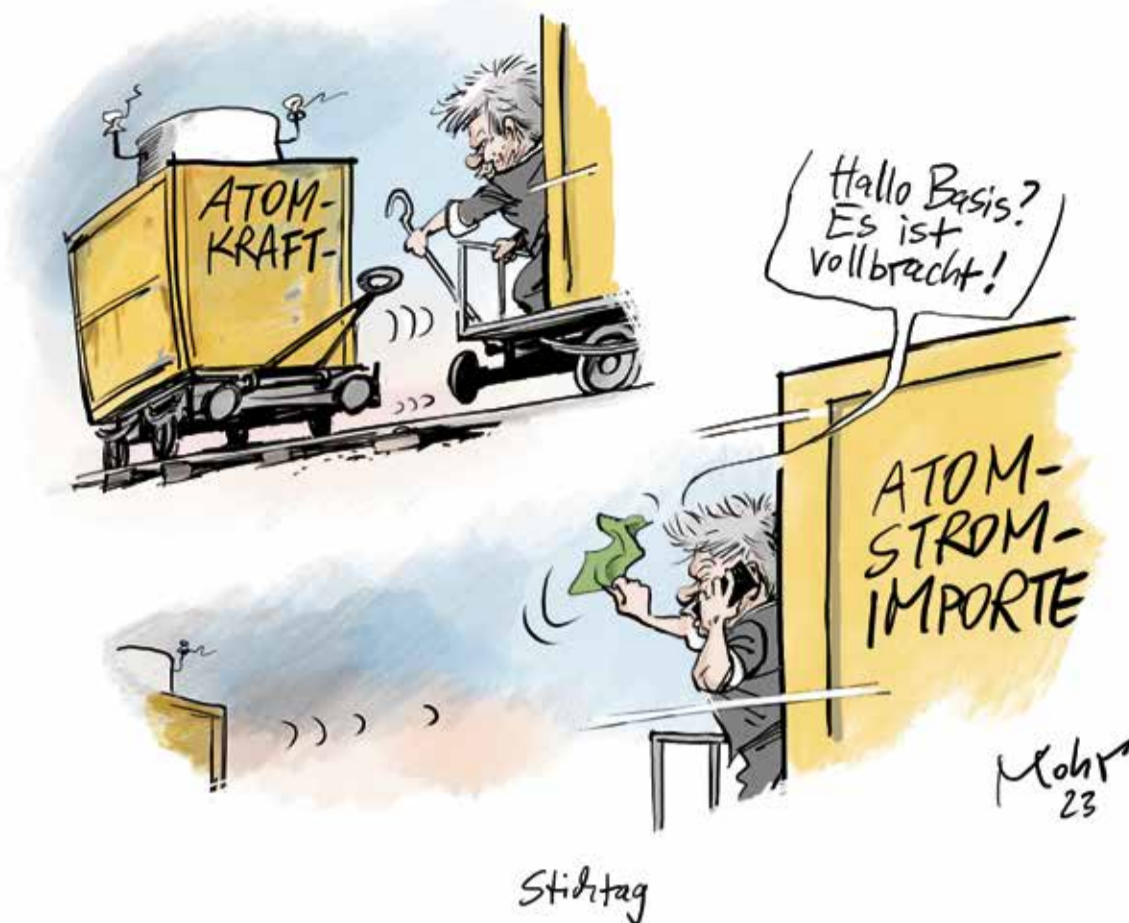
Es sind einfache Worte, grammatikalisch nicht sattelfest, aber eindringlich in der Schilderung der traurigen Lage. Es war für ihn und seine Familie damals keine leichte Zeit, weder beim Heer noch in der Heimat.

Mit dem Versailler Frieden wurde die Basis für Luftschiffe dann formell aufgelöst, sie diente nur noch als Schulungszentrum für die Besatzungen von Beobachtungsballons.

Uwe Hahnkamp

● AUFGESCHNAPPT

Deutschlands Wohnungsbau trudelt in die Krise, Schulen, Straßen, Schienenwege und vieles andere schieben einen gigantischen Renovierungsstau vor sich her – nur an einer Stelle der Republik boomt die Baukonjunktur: Laut „Handelsblatt“ plant die Bundesregierung, allein in diesem Jahr Bauvorhaben zum anvisierten Gesamtpreis von 4,8 Milliarden Euro anzuschleppen – für sich selbst und für nachgeordnete Behörden. Hinzu kommen Bauten für den Auslandsgeheimdienst BND für 1,3 bis 1,7 Milliarden Euro, sowohl für einen Anbau am erst 2019 fertig gewordenen Sitz in Berlin als auch für Um- und Neubauten am alten Standort in Pullach bei München. Als wesentliche Ursache für die mit Steuergeldern zu finanzierende Bauwut wird das rasante Anwachsen der Personalstäbe in den Bundesministerien vermutet. In diesem Jahr wird die Zahl der Beamten in den Ministerien erstmals die Zahl von 30.000 übersteigen. So soll allein das Kanzleramt (PAZ berichtete) 400 weitere Büros erhalten, was vermutlich bis zu einer Milliarde Euro kosten wird. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Alexander King, bis vor Kurzem Mitglied der Linkspartei-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, analysiert in der „Berliner Zeitung“ (12. April) die Gründe für die Einseitigkeit der veröffentlichten Meinung in Deutschland:

„Dass man den Eindruck bekommt, Regierende und Meinungsbildende zögen am selben Strang, hat damit zu tun: Die Akteure stammen aus demselben soziokulturellen Milieu ... Ihren reinsten politischen Ausdruck findet dieses Lebensgefühl in den Grünen. Wo immer in Deutschland Meinungen geformt und Normen aufgestellt werden, in Redaktionen, in Bildungseinrichtungen, im Kulturbereich, haben die Grünen und ihr soziokulturelles Umfeld die Lufthoheit erobert ... Der großen Einigkeit auf der einen entspricht die Entfremdung vom Rest der Gesellschaft auf der anderen Seite.“

Die mehrmalige Präsidentschaftskandidatin des französischen Rassemblement National, Marine Le Pen, äußerte sich gegenüber der „Welt“ (13. April) zur verfahrenen Lage im Ukrainekrieg:

„Als Präsidentin würde ich alles für eine friedliche Lösung des Konflikts tun, weil es keine guten Lösungen gibt: Wenn Russland den Krieg gewönne, wäre es eine Katastrophe. Alle Staaten, die einen territorialen Konflikt haben, würden sich einbilden, dass sie ihn mit Waffen lösen können. Sollte die Ukraine gewinnen, würde das bedeuten, die Nato wäre Kriegspartei, weil die Ukraine Russland allein militärisch nicht standhalten kann. Wir hätten also einen Dritten Weltkrieg ausgelöst.“

Jasper von Altenbockum benennt in der „FAZ“ (14. April), was nach seiner Auffassung wirklich für den Atomausstieg ausschlaggebend war:

„Grüne, SPD und Linke eint in ihrer Antiatompolitik die traditionelle Aversion gegen ‚die Konzerne‘, ‚die Atomlobby‘ (wo ist die?) und gegen eine Industrie, die nicht von Bürgerwindparks, sondern von Großbetrieben am Laufen gehalten wird ... Das Ende der Atomkraft hat sehr wenig mit Energie und schon gar nichts mit Klimapolitik zu tun ... Der deutsche Ausstieg aus der Kernkraft ist eine Opfergabe an die alten grünen Männer.“

Helmut Markwort kritisiert den Atomausstieg im „Focus“ (16. April) ebenfalls:

„Vor allem die Grünen sind nicht bereit, ihre ideologische Umzäunung zu verlassen. Sie bleiben stur, obwohl sie Umfragen entnehmen können, dass eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung ein Weiterlaufen der Werke befürwortet ... Der saubere Strom wird gegen den Willen des Volkes abgeschaltet, aber das ist den Grünen offensichtlich egal.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Verbietet die Kameras!

Warum Aufnahmen von Judenhasser-Demos so schädlich sind, und was Meinungsmacht alles kann

VON HANS HECKEL

Bei Lichte betrachtet wäre das Problem ganz einfach zu lösen: Jedwede Kamera-Aufnahmen von Judenhasser-Demos in Deutschland sollten gesetzlich verboten werden, egal ob Fotos oder bewegte Bilder. Denn es passt einfach nicht in die gewünschte Erzählung, was wir dort regelmäßig zu sehen kriegen.

Die Zahlen sehen da schon viel brauchbarer aus. In Berlin wurden vergangenes Jahr gegen 365 Beschuldigte Strafverfahren wegen antisemitischer Straftaten eingeleitet, darunter 18 Gewalttaten wie Körperverletzung, Raub oder Nötigung. Und siehe da: 284 der Beschuldigten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Antisemitismusbeauftragte der Hauptstadt, Samuel Salzborn, sagte denn auch dem Boulevardblatt „B.Z.“: „Mich überrascht diese Statistik nicht. Wir wissen, dass die Straftaten oft einen rechtsextremen Hintergrund haben.“ So titelt die „B.Z.“ denn auch: „Antisemitische Taten – Beschuldigte meist Deutsche.“

Hätte man es dabei belassen, besäßen die geneigten Leser nun eine sehr präzise Vorstellung von den antisemitischen Unholden an der Spree: Deutsche Jungmänner mit stramm rechtsextremem Einstellung, vermutlich mit ziemlich kurzen Haaren und robustem Schuhwerk, die (unter Missbrauch dieser Fahne) mit schwarz-weiß-roten Flaggen durch die Straßen stapfen.

Dann aber schlugen uns die Bilder aus der Hauptstadt über das Internet entgegen, auf denen wir vorwiegend bärtige Männer sehen mussten, die so überhaupt nicht ins „Narrativ“ vom deutschen Antisemiten passen wollen. Vorwiegend schwarzbärtige Krakeeler, aber auch Frauen mit und ohne Kopftuch, die unter Palästinenserfahnen demonstrieren und „Tod den Juden“ oder ähnliche Parolen brüllen, und zwar auf Arabisch.

Solche Eindrücke legen ganz unerwünschte Rückschlüsse auf die Herkunft auch der 284 konkret Beschuldigten aus dem vergangenen Jahr nahe. Die Vornamen zu wissen, könnte zur Aufklärung beitragen. Die will die Berliner Justizverwaltung aber nicht rausrücken. Wie die „B.Z.“ weiter schreibt, besitzen viele der Namen laut Behörde nämlich einen hohen „Seltenheitswert“, weshalb „die konkrete Gefahr einer Identifikation der tatverdächtigen Personen“ gegeben sei. Sie haben richtig gelesen: „Seltenheitswert“.

Wenn man aber schon so viel Rücksicht nimmt auf solche „Werte“, dann sollte man sich auch schützend vor die Persönlichkeitsrechte der Judenhasser stellen, und, wie eingangs gefordert, Kamera-Aufnahmen verbieten. Dann muss sich Herr Salzborn auch nicht mehr so winden, um die Realität doch noch irgendwie in seine Erzählung zu quetschen, was bislang so aussieht: Er gehe davon aus, so der „Experte“, dass die Teilnehmer der Demo schon länger hier lebten und einen deutschen Pass besäßen. Es sei nämlich „extrem unwahrscheinlich, dass Flüchtlinge nach kurzer Zeit und mit ungesichertem Aufenthalt an Demonstrationen teilnehmen. Sie haben andere Probleme.“

Daher wohl auch die stete Forderung, den Aufenthaltstitel möglichst vieler Asylsucher möglichst schnell zu „sichern“ und sie selbst nach abgelehntem Asylantrag auf keinen Fall abzuschleppen. Denn wenn das alles durch ist, haben sie diese „anderen Probleme“ ja nicht mehr und können endlich auf Demos gehen. Und wenn wir das Kamera-Verbot durch haben, die „Geflüchteten“ so rasch wie möglich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und die Behörden weiterhin striktes Stillschweigen über die Vornamen üben, dann helfen die „Schutzsuchenden“ sogar noch beim Kampf gegen Rechts – ist es nicht wunderbar?

Rassismus bloß nicht benennen

Allerdings darf man es in dem Zusammenhang auf keinen Fall zulassen, dass ein anderes Phänomen an die Oberfläche dringt, das man weder per Einbürgerung noch mithilfe des Vornamentricks wieder unter den Teppich kriegt. Wie Sie auf Seite 5 vielleicht schon gelesen haben, ist die Zahl der rassistischen Straftaten in Brandenburg rasant in die Höhe geschneit, seitdem dort auch Rassismus gegen Deutsche als Rassismus gezählt und statistisch erfasst wird.

Der Verein Opferperspektive ist entsetzt. Nein, selbstverständlich nicht über den deutschfeindlichen Rassismus, sondern darüber, dass diese Art von Rassismus überhaupt benannt, gezählt und zur Kenntnis genommen wird. „Das ist gefährlich und droht, Rassist:innen in die Hände zu spielen“, so der Verein.

Die Benennung von Rassismus spielt also Rassisten in die Hände, aha. Es wird langsam kompliziert, könnte man denken. Könnte man, sollte man aber nicht, denn die Wahrheit ist vollkommen simpel. Die da reden,

—
Vornamen von antisemitischen Tätern werden nicht genannt, weil sie einen hohen „Seltenheitswert“ besitzen, so die Behörde

sind schlicht und einfach selbst Rassisten, antideutsche Rassisten eben, und das in der übelsten Manier. So verhetzt, dass sie dem Ziel ihres Hasses, dem Deutschen an und für sich, sogar das elementare Recht absprechen, frei von rassistischen Angriffen zu leben, indem sie verlangen, dass Rassismus gegen diese eine Gruppe von Menschen weder erwähnt noch erfasst oder gar angeprangert werden darf. Und warum nicht? Da argumentieren die Antideutschen, wie Rassisten schon immer argumentiert haben: Hetze gegen Deutsche sei kein Rassismus, weil die Deutschen solche Hetze selbst verdient hätten und daher gefälligst die Schnauze halten sollten.

Und damit kommen die durch? Aber natürlich tun sie das. Man muss nur über die ausreichende Meinungsmacht verfügen, dann kommt man mit jedem erdenklichen Widersinn durch. Die „postfaktische“ Debatte um den gerade abgeschlossenen Atomausstieg hat uns das zur Genüge vor Augen geführt.

Katrin Göring-Eckardt belehrt uns, dass Strom durch die Abschaltung der Kernkraftwerke sogar billiger würde. Selbst wenn es mittlerweile ein wenig abgedroschen rüberkommt, aber wer sah da nicht schon wieder Jürgen Trittins „Kugel Eis“ durchs Zimmer kullern? Die Grünen folgen hier einer altbewährten Strategie: Blödsinn muss nur oft genug wiederholt werden, dann nehmen ihn die meisten Leute irgendwann als Wahrheit an, ohne weiter darüber nachzudenken. Und verdächtigen jeden, der mit dem Nachdenken nicht endlich aufhören will.

So haben die exorbitant steigenden Energiekosten infolge der Energiewende dem alten Spruch „Wind und Sonne schicken keine Rechnung“ keinen einzigen Kratzer verpassen können. Was auch daran liegen mag, dass hier gewissermaßen mit der Wahrheit gelogen wird. Dass Wind und Sonne keine Konten führen, ist gewiss. Die beiden bauen aber auch weder Solarpaneele noch stellen sie Windräder auf. Die das tun, schicken aber sehr wohl Rechnungen, und zwar gepfefferte.

Gern wird auch über Atommüll gesprochen und über das Problem der Entsorgung ausgedienter Windkraftanlagen geschwiegen. Da verhält es sich wohl wie beim Verein Opferperspektive und dessen Kritik an der Benennung von antideutschem Rassismus: Eine Diskussion über Windmüllenschrott darf es nicht geben, weil sie „Energiewende-Skeptiker:innen in die Hände spielt“.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Man wird dieses Datum in Erinnerung behalten als den Tag, an dem die Stromrationierung ihren Anfang nahm.“

Michael Klonovsky ordnet dem Tag des deutschen Atomausstiegs eine besondere historische Bedeutung zu, wie er in seinem Netztagbuch „Acta Diurna“ am 16. April schrieb